



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

50. Sitzung

5. Wahlperiode

Freitag, 26. September 2008, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt	Jörg Vierkant, CDU	25
	Raimund Borrmann, NPD	27
Antrag der Fraktion DIE LINKE:	Angelika Gramkow, DIE LINKE	30
Hände weg vom Landesblindengeld	Dr. Armin Jäger, CDU	32, 33
– Drucksache 5/1779 –	B e s c h l u s s	34
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE		
Heike Polzin, SPD	Antrag der Fraktion der NPD:	
Ralf Grabow, FDP	Nationale Identität statt	
Harry Glawe, CDU	Multi-Kulti-Extremismus	
Raimund Borrmann, NPD	– Drucksache 5/1790 –	34
Irene Müller, DIE LINKE	Stefan Köster, NPD	34, 40
B e s c h l u s s	Sylvia Bretschneider, SPD	36
	B e s c h l u s s	41
Antrag der Fraktion der FDP:		
Theater- und Orchesterfinanzierung	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
in Mecklenburg-Vorpommern	Deckelung der Krankenhausfinanzierung	
– Drucksache 5/1776 –	aufheben – für eine solidarische	
	Finanzierung des Gesundheitswesens	
Antrag der Fraktion DIE LINKE:	– Drucksache 5/1785 –	41
Die Theater und Orchester des Landes	Änderungsantrag der Fraktion der FDP	
Mecklenburg-Vorpommern in ihrer	– Drucksache 5/1822 –	41
Vielfalt und Eigenständigkeit erhalten		
– Drucksache 5/1783 –	Torsten Koplín, DIE LINKE	41, 47
Hans Kreher, FDP	Minister Erwin Sellering	43
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE	Werner Kuhn, CDU	44
Minister Henry Tesch	Ralf Grabow, FDP	45
Dr. Klaus-Michael Körner, SPD ...	Stefan Köster, NPD	46
Barbara Borchardt, DIE LINKE	B e s c h l u s s	47, 49
Michael Roof, FDP		
Torsten Koplín, DIE LINKE	Nächste Sitzung	
Peter Ritter, DIE LINKE	Montag, 6. Oktober 2008	48

Beginn: 9.05 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 50. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Hände weg vom Landesblindengeld, auf Drucksache 5/1779.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Hände weg vom Landesblindengeld
– Drucksache 5/1779 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Professor Dr. Methling.

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion hat diesen Antrag in den Landtag eingebracht, um deutlich zu machen, dass wir die Kürzung des Landesblindengeldes – egal, wie groß sie schließlich sein wird – für einen Skandal halten.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Dabei spielt es auch keine Rolle, dass wir unsere Standpunkte bereits in der Debatte zum Gesetzentwurf der Koalition darlegen konnten. Wir haben diesen Antrag eingebracht, um grundsätzlich unsere Position vorzulegen, zumal unser Antrag das Gegenteil von dem im Gesetzentwurf vorgelegten Vorhaben verlangt, nämlich: Hände weg vom Landesblindengeld!

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Dieses Vorhaben der Landesregierung – es gibt offensichtlich eine Differenz zwischen dem Vorhaben der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen – halten wir für exemplarisch für eine Politik, die die Menschen nicht mitnimmt, sondern abstößt. Exemplarisch steht dieses Vorhaben von SPD und CDU für eine Politik, die letztendlich Menschen benachteiligt und ihre Benachteiligung verschärft.

Nun wollen SPD und CDU den Betroffenen das Landesblindengeld um fast 40 Prozent kürzen, ohne überhaupt eine Vorstellung davon zu haben, welchen Mehraufwand blinde und hochgradig sehbehinderte Menschen allein wegen dieser Behinderung haben. Das einzige Argument – wir haben es am Mittwoch auch gehört –, das Sie anführen, ist ein Ländervergleich. Noch dazu ist er unvollständig, weil er lediglich das reine Landesblindengeld berücksichtigt und nicht andere Leistungen, die den Betroffenen in anderen Ländern darüber hinaus zur Verfügung stehen, wie höhere Aufwendungen, zum Beispiel für Transporte im bevölkerungsschwachen Flächenland Mecklenburg-Vorpommern.

Und damit meine ich ausdrücklich nicht die Blindenhilfe, um das noch einmal zu sagen. Die einkommensabhängige Blindenhilfe ist etwas anderes. Auf sie zu verweisen, ist schon deshalb unredlich, weil sie erst wirksam wird, wenn ein blinder oder hochgradig sehbehinderter Mensch zum Sozialhilfefall geworden ist. Kürzen Sie das Blindengeld, ist es nur eine Frage der Zeit, dass mehr blinde und hochgradig sehbehinderte Menschen in der Blindenhilfe landen.

Kann es wirklich das Ziel der Landesregierung sein, die Bedürftigkeit von Menschen auf diese Art und Weise zu fördern? Die Logik der Landesregierung, die sich dahinter verbirgt, lautet wie in vielen anderen Fällen auf Bundesebene in den letzten Jahren auch, ob bei der Rente, der Gesundheit oder den Hartz-IV-Regelsätzen: Wir können uns den Sozialstaat in der bisherigen Form nicht mehr leisten. Gleichzeitig wird von Fördern und Fordern, der Notwendigkeit der Integration und der Sicherung der Teilhabe gesprochen. Dieses ist doch letztendlich unglaublich und die Menschen draußen glauben es auch nicht, denn es wird nicht geprüft, was denn nötig wäre, um nicht in Armut leben zu müssen.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahren wird in der Bundesrepublik in vielen Bereichen ein Sozialstaatsabbau betrieben, der dem Grundgesetz entgegensteht. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben das Sozialstaatsprinzip als Lehre aus der Geschichte aufgefasst und deshalb in das Grundgesetz aufgenommen. Seine Aushöhlung widerspricht einem anderen fundamentalen Prinzip des Grundgesetzes. Die Achtung der Menschenwürde, die als Staatsziel im Grundgesetz verankert ist, gebietet es geradezu, ähnlich wie in der Bibel, alle Menschen als gleich anzuerkennen. Dies bedeutet, dass soziale Gerechtigkeit immer auch mit der Durchsetzung der Freiheitsrechte der Einzelnen zusammenhängt. Oder andersherum: Freiheit hat immer etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Jedem Menschen die materiellen und organisatorischen Voraussetzungen zur Teilhabe zu sichern, ist die vornehmlichste Aufgabe des sozialen Rechtsstaates.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, 1998 – ich erinnere mich noch sehr gut – sind wir gemeinsam fast jeden Monat auf die Straße gegangen, um gegen den Sozialabbau der damaligen Kohl-Regierung zu demonstrieren, für mehr soziale Gerechtigkeit. Ich glaube, auch Sie erinnern sich an manchen dieser Tage. Doch statt der Sicherung des Sozialstaates kam die Agenda 2010, die Agenda 2010 von Gerhard Schröder, Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier. Dieses hat die SPD und die Bundesrepublik, wie wir erleben, zerrissen. Die Reichen werden immer reicher, die Armen werden immer ärmer und vor allen Dingen werden es immer mehr. Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste machen sich bei vielen Menschen breit, bei Menschen mit und ohne Behinderung.

Nun wollen Sie den Blinden Geld wegnehmen, und das mit der Begründung, dass Sie nach Prüfung festgestellt haben, dass Mecklenburg-Vorpommern das zweithöchste Landesblindengeld zahlt. Das kann natürlich nicht sein, dass Mecklenburg-Vorpommern das zweithöchste Landesblindengeld zahlt. Im Übrigen: Welcher Prüfung bedurfte es, um zu dieser Erkenntnis zu kommen? Die Situation ist seit Jahren bekannt und die Länderübersicht ist im Internet nachzulesen. Sie hätten lieber prüfen sollen, welcher Mehraufwand den Betroffenen durch ihre Behinderung entsteht. Ja, es stimmt – das ist auch eines Ihrer Argumente –, viele Länder haben seit 1996 ihr Landesblindengeld gekürzt. Aber auch viele können irren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht, dass sich Menschen mit dem, was ihnen der Staat als Almosen gibt, einrichten, weil sie keine andere Chance für sich sehen oder realistisch haben. Ich möchte nicht, dass sich Menschen zurückziehen von gesellschaftlicher Teilhabe und Mitsprache.

Ich möchte, dass sich alle Menschen in der Gesellschaft verankern, ernst genommen werden und beteiligt fühlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion hat sich ebenfalls schon ablehnend positioniert, was die Kürzung des Landesblindengelds angeht. Deshalb wende ich mich insbesondere noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU: Stimmen Sie für unseren Antrag und falls Sie dieses aus irgendeinem Grund nicht können – das Abstimmungsergebnis am Mittwoch war ja etwas gemischt in dieser Runde, wenn man es von hinten gesehen hat –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der FDP –
Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

dann bitte ich Sie, dann fordere ich Sie auf, stimmen Sie wenigstens in der Zweiten Lesung einer Kürzung des Landesblindengeldes nicht zu.

Das Finanzministerium hat eine Presseerklärung veröffentlicht im August. Dort wurde der notwendige Eingriff in die Leistungsgesetze in Höhe von 6,5 Millionen Euro aufgeschrieben. Nun wollen Sie das Blindengeld um 8,7 beziehungsweise 8,2 Millionen Euro in den Jahren 2009 und 2010 kürzen. Vielleicht ist es so, wie meine Kollegin Borchardt das schon angedeutet hat, dass die Differenz zwischen 6,5 und 8,2 Millionen Euro der Betrag ist, den Sie bereits vorher vielleicht einkalkuliert haben und verabredet haben, dass das der Nachlass ist für die Forderungen der Fraktionen. Wenn das so sein sollte, dann kann man ja auch darüber sprechen. Wir werden weiter dabei bleiben: Kein Eingriff in das Landesblindengeld, Hände weg vom Landesblindengeld! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Methling.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Frau Polzin für die Fraktion der SPD.

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor zwei Tagen haben wir uns, denke ich, in einem sehr offenen Schlagabtausch der Meinungen mit dem Thema Landesblindengeld auseinandergesetzt. Im Ergebnis dessen ist das Gesetzesvorhaben in die Ausschüsse überwiesen worden. Und auch da bestand schon die Spanne der Meinungen zwischen „Hände weg vom Landesblindengeld“ und „Wir wollen überprüfen, was in den Spielräumen zu tun ist“. Insofern sind inhaltlich, denke ich, die Dinge gesagt. Von unserer Seite gibt es im Moment, da es auch noch keine Anhörung gegeben hat, keine weiteren Erkenntnisse in diesen beiden Tagen und insofern könnte man sagen, dass der Antrag im Grunde schon aufgeht im Gesetzentwurf.

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Auch da wird wieder diskutiert werden: null Kürzung oder einige Kürzung. Aber ich will es einfach mal als demokratische Geste sagen,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Das reicht eben nicht.)

da diese Entscheidung nicht zu Ende ist, werden wir Ihren Antrag heute auch nicht ablehnen, sondern gemeinsam mit dem Gesetzentwurf überweisen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Bravo!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gramkow für die Fraktion DIE LINKE – Entschuldigung, Herr Grabow für die Fraktion der FDP.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Ralf Grabow, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir hatten das Thema vor zwei Tagen und ich mache aus meiner Einstellung keinen Hehl, dass ich damals gesagt habe, lasst die Hände davon weg und macht erst eure Hausaufgaben. Jetzt ist es überwiesen worden, die FDP wird sich einem Überweisungsantrag anschließen. Ich denke, ich werde ein sehr harter Verhandlungspartner im Ausschuss sein.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Oh!)

Auch wenn ich der Ausschussvorsitzende bin, werde ich bestimmt jemand sein, der sehr darauf achten wird, dass die Betroffenen ein gehöriges Wort mitreden dürfen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr gut. –
Stefan Köster, NPD: Da brauchen
Sie die Mehrheit.)

Ich nehme einfach mal die Ansage von der Koalition: Kein Gesetz ist so reingekommen, wie es wieder rauskommt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich nehme Sie beim Wort

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr gut, ja.)

und werde beim Endprodukt sehen, was dabei herauskommt. – Ich bedanke mich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wirklich gut. –
Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe für die Fraktion der CDU.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der LINKEN „Hände weg vom Landesblindengeld“ ist hinreichend, glaube ich, schon bei der Debatte zur Ersten Lesung um ein Gesetz, das Änderungen vorsieht, debattiert worden. Daher braucht man heute keine großen Ausführungen mehr vorzunehmen. Aber der Spruch „Hände weg“ ist ein alter Spruch der SED und auch der Kommunisten.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Da gab es viele andere Titel, die davor- oder dahintergeschrieben worden sind.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE –
Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Ich will das gar nicht weiter kommentieren,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Na also! –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist ein Skandal.)

ich will auch nicht sagen, an was ich denke, wenn ich an die Zeit denke, als ich Kind war.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Hände weg von Harry Potter!)

Aber immerhin, meine Damen und Herren, dieser Antrag ist es durchaus wert, in den Ausschüssen weiter diskutiert zu werden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Daher werden wir der Überweisung in den Sozialausschuss und dann sicherlich auch in den Finanzausschuss zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Welche Gnade! –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das war's dann!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann für die Fraktion der NPD.

Raimund Borrmann, NPD: Frau Präsidentin Bretschneider! Abgeordnete des Landtags! Herr Minister Sellering! Bürger des Landes! „Hände weg vom Landesblindengeld“, das ist die Forderung der LINKEN. Aber das ist falsch, denn DIE LINKE hat sich längst am Landesblindengeld vergriffen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Aha! Das haben wir noch gar nicht gemerkt.)

In dem Augenblick nämlich, in dem Augenblick, wo Sie die Dynamisierung herausgenommen haben, haben Sie die Hand ans Landesblindengeld gelegt. Mit der Abschaffung ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hätte
Frau Müller das nicht vorgestern gesagt,
würden Sie das gar nicht wissen.)

Es ist doch völlig egal, wer das gesagt hat, Herr Ritter.

... der Dynamisierung haben Sie das Landesblindengeld der Inflationsrate anheimgegeben. Denn wer das Landesblindengeld,

(Irene Müller, DIE LINKE:
Das habe ich klar und deutlich gesagt,
dass wir das überhaupt nicht wollen.)

wer das Landesblindengeld nicht erhöht, der kürzt es in einem System, in dem es Inflation gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

DIE LINKE hat also seit 1999 das Landesblindengeld gekürzt.

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Sie hat Hand an das Landesblindengeld gelegt. Ihr seid Heuchler.

Die Frage ist, wie hoch ist der Wertverlust.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich habe diese Frage vor 14 Tagen im Ausschuss an den Sozialminister Sellering gestellt. Herr Sellering hat fünf Minuten herumgelabert ohne eine substanzielle inhaltliche Antwort.

(Udo Pastörs, NPD: Das kann
er gut. Ja, das kann er gut.)

Herr Sellering war nicht dazu in der Lage, eine Auskunft zu geben. Ich habe gestern Herrn Sellering in der Fragestunde gefragt. Was hat Herr Sellering gemacht? Herr Sellering hat gesagt, es gibt keine Kriterien, ich habe keine Kriterien. Herr Minister, sagen Sie mal: Wer sind Sie überhaupt? Was machen Sie eigentlich?

(Stefan Köster, NPD: Er ist ein Ufo. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Wenn Sie keine Kriterien haben, dann erdenken Sie sich welche. Sie wollen doch schließlich das Landesblindengeld kürzen um 40 Prozent, und nicht wir. Warum haben Sie keine Kriterien, um das zu beurteilen? Die Entscheidung, das kann ich nicht anders sagen, ist ein reiner Willkürakt von Ihnen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh ja!)

Sie kürzen einfach um 40 Prozent. Sie haben keinerlei Kriterien, aber Sie kürzen es um 40 Prozent.

(Volker Schlotmann, SPD:
Geht's Ihnen nicht gut, oder was?)

Da frage ich mich doch einfach, nehmen wir mal hilfsweise die Teuerungsrate von zwei bis drei Prozent im Jahr, Herr Minister, wäre doch ein Vorschlag. Sie können sich ja mal dazu äußern, wenn Sie denn überhaupt Antwort geben können, wenn Sie dazu in der Lage sind, Herr Minister.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wenn ich diese Teuerungsrate von 1999 nehme und die bis heute hochrechne, dann komme ich einschließlich Zinseszins auf etwa 20 Prozent. Mit den Plänen der Landesregierung macht das 60 Prozent Wertverlust, Herr Minister. 60 Prozent muten Sie den Leuten zu und dann erzählen Sie noch was von sozialer Gerechtigkeit! Sie wollen Ministerpräsident werden? – Ein schöner Staat, kann ich Ihnen sagen.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

So viel Unfähigkeit von einem künftigen Ministerpräsidenten habe ich lange nicht erlebt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Borrmann, Sie haben jetzt in Ihrer Rede mehrere unparlamentarische Ausdrücke verwendet.

(Udo Pastörs, NPD: Clara Zetkin.)

Sie haben hier die Mitglieder des Hauses als Heuchler beschimpft,

(Michael Andrejewski, NPD: Todesstrafe!)

Sie haben den Minister beschimpft. Ich bitte Sie, solche Äußerungen zu unterlassen

(Michael Andrejewski, NPD: Sonst ...?)

und die Mitglieder des Hauses, aber genauso die Mitglieder der Landesregierung hier nicht zu diskreditieren.

(Udo Pastörs, NPD: Hilde Benjamin.)

Raimund Borrmann, NPD: Ich empfinde es als eine Diskriminierung, werte Abgeordnete, das Landesblindengeld innerhalb von neun Jahren um 60 Prozent zu vermindern.

Für uns steht die Frage: Warum gibt es denn überhaupt in Mecklenburg-Vorpommern ein erhöhtes Landesblindengeld? Wir haben doch in der Bundesrepublik den niedrigsten Lebensstandard, materiellen Lebensstandard. Es gibt ja noch andere Lebensstandards.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
So sehen Sie auch aus, ja.)

Ja, den haben wir, den niedrigsten. Es geht doch nicht um mich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo leben Sie denn?)

Vielleicht überlegen Sie sich mal, dass es um Leute geht, die sich nicht helfen können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, um Sie geht es sicher nicht. Gott sei Dank! –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

So, Herr Dr. Jäger. Ja, ich kann mich nicht fassen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

denn es gibt Leute in diesem Land, die brauchen diese Hilfe, die brauchen eine erhöhte Hilfe gegenüber anderen Bürgern.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Aber nicht von Ihnen.)

Und wenn wir den niedrigsten Lebensstandard haben, dann ist es für mich völlig klar, dass die Leute, die sich am wenigsten helfen können, die höchste Hilfe brauchen in der Bundesrepublik. Das erscheint mir logisch.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Und wenn Sie eine andere Logik haben, dann kann ich nur sagen, ich erinnere mich an die alten Vorlesungen aus der DDR-Staats- und Rechtsgeschichte. Da hieß es bekanntlich: Juristen sind böse Christen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Müller für die Fraktion DIE LINKE.

Irene Müller, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Da wir als Fraktion nicht wussten, ob das Nachteilsausgleichsgesetz wirklich in dieser Landtagsitzung auf die Tagesordnung kommt, hatten wir vorsorglich diesen Antrag aufgeschrieben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Den können Sie wieder zurücknehmen.)

Und auch wenn Sie jetzt hier stehen und sagen, es ist alles gesagt, ich kann ihn zurücknehmen, dann sage ich Ihnen klipp und klar: Bei den vielen Briefen, die jeder einzelne Abgeordnete auf seinen Tisch bekommen hat, angefangen von Mitgliedern des Blinden- und Sehbehindertenverbandes, weitergegangen über Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadtpräsidenten,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Kreistage, andere Vereine und Verbände, hätten Sie diesen Satz jetzt nicht sagen müssen,

(Heike Polzin, SPD: Welchen?)

denn Sie hätten im Vorfeld das Gesetz zurückgenommen, weil dort Wort für Wort, Satz für Satz überall aus den verschiedensten gesellschaftlichen Stellungen dargestellt wurde, was Sie hier machen wollen, ist falsch.

(Reinhard Dankert, SPD: Ich denke,
Sie haben Frau Polzin nicht richtig zugehört.)

Und wenn ich sage, es ist falsch, dann nehme ich das, was ich da hingeschrieben habe, zurück.

Falsch ist das Gesetz an sich auch noch an anderen Stellen. Gucken Sie sich einmal den Paragraphen 5 an. Dort wollen Sie, wenn ein blinder Mensch keine Arbeit annimmt, die ihm zugewiesen wird, das Landesblindengeld kürzen. Alles, was Ihnen bisher erklärt worden ist, hat ausgesagt, dass das Landesblindengeld ein behindertenspezifischer Nachteilsausgleich ist, ein behindertenspezifischer, also blindenspezifischer Nachteilsausgleich. Nun frage ich mich ganz besorgt: Wird denn ein blinder oder hochgradig sehbehinderter Mensch, wenn er eine Arbeitsstelle oder eine Weiterbildungsstelle abschlägt, plötzlich sehend? Genau das ist es, was Ihnen in diesen vielen Briefen klargemacht werden sollte, was unten bei der Demonstration klargemacht werden sollte, was in den vielen Worten, die hier schon gefallen sind, klargemacht werden sollte: So ist es nicht. Landesblindengeld hat mit Sanktionen Richtung Arbeitsamt überhaupt nichts zu tun – völlig falsch, völlig daneben und am Leben vorbei. Ich kenne überhaupt keinen blinden und hochgradig sehbehinderten Menschen – und wie Sie bemerkt haben, sind wir alle sehr eng miteinander bekannt –, der jemals eine Arbeitsstelle ausgeschlagen hätte. Da müsste einmal einer des Weges kommen und überhaupt Arbeitsstellen anbieten

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Richtig.)

beziehungsweise müsste einmal eine Arbeitsstelle im Netz zu finden sein für blinde Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Sie sind vom Leben entfernt, das ist ja nicht mehr zu glauben. Halt! Eine Person kenne ich, die einmal eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ausgeschlagen hat, die hat hier am Mittwoch auch hinten gesessen. Ihr hat die Arbeitsagentur, damals war es noch das Arbeitsamt, in Malchow eine ABM-Stelle angeboten bei einer Grünanlagenfirma. Sie sollte Bäume ausästen – vollblind!

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Großartig.)

Sie hat diese Arbeitsstelle ausgeschlagen. Ich denke, Sie verstehen auch, warum – einmal der Bäume wegen und einmal um ihrer selbst willen.

(Heiterkeit bei Sebastian Ratjen, FDP –
Udo Pastörs, NPD: Was es da wohl zu lachen gibt?! – Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Ich wüsste nicht, was es da zu lachen gibt!)

Noch ein Fehler ist im Gesetz beziehungsweise eine Unklarheit, die mehr als merkwürdig dasteht, nämlich dieser Härtefonds. Ich hatte schon in meiner Rede am Mittwoch darauf hingewiesen: Härtefonds wofür, für

wen, in welcher Lebenslage? Sie haben alle immer die Blindenhilfe im Visier und stellen dar, auf welche Art und Weise sie gegeben wird. Also folgende Rechnung: 8 Millionen aus dem Topf raus, 500.000 wieder rein – als Alibifunktion – und, was dann das Perverse dabei ist, für ungefähr 150.000 behinderte Menschen hier im Lande Mecklenburg-Vorpommern, falls es Härtefälle sind. Was ist der Härtefall? Noch hinterhältiger: Der IFR, der Integrationsförderrat, soll mitberaten, wer dann diesen Härtefonds in Anspruch nehmen darf.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es sitzen etliche hier im Gremium, die genau wissen, was das Integrationsförderratsgesetz ist, was der Integrationsförderrat ist. Und der hat mitnichten, in keiner Art und Weise die Aufgabe, sich irgendwie als Gremium darzustellen, um Finanzen zu verteilen. Das ist ein beratendes Gremium für die Landesregierung, um diskriminierende Bestandteile in der Gesetzgebung zu verhindern,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

zu ändern beziehungsweise auch Gesetzesinitiativen auszulösen, damit solche Dinge gar nicht erst vorkommen. Was soll das?

Wir wissen auch, dass die Rechnung von 6,5 auf 8 Millionen nicht aufgeht. Ich halte es schon für demagogisch und ich bin es gestern auch gefragt worden beziehungsweise mir ist gestern gesagt worden von einem sehr bekannten Gewerkschafter hier aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern: Das ist aber ein Glück, dass ihr die Demagogie erkannt habt. Ich halte es schon für demagogisch, obwohl man weiß, dass natürlich ein Aufschrei hier durchs Land gehen wird, erst mal mit 40 Prozent reinzugehen in die Debatte, um dann mit 20 Prozent rauszukommen. Auf diese Art und Weise werden hier in Mecklenburg-Vorpommern, denke ich mir, keine Helden geboren. Das wissen wir und das wissen viele Menschen.

Und ich sage Ihnen klipp und klar, Frau Polzin, das war hier kein Schlagabtausch. Ich hatte gehofft, wir hören uns gegenseitig zu, um noch mal nachzudenken,

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

offen nachzudenken, nur so. Ich sage Ihnen auch heute, ich habe um dreiviertel neun noch mal in der Landesgeschäftsstelle beim Blinden- und Sehbehindertenverein angerufen, wir haben eine vierwöchige Unterschriftensammlung gestaltet. Diese Unterschriften werden Ihnen hier noch alle übergeben werden. Wir haben in vier Wochen mit dem gestrigen Abend 28.807 Unterschriften gesammelt.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

28.807! Da waren noch keine Unterschriften mitgezählt, ...

(Gino Leonhard, FDP:
Das haben Sie selber gemacht.)

Das war ja wohl eine Bemerkung, die mehr als daneben war.

... da wurden noch nicht die ganzen Unterschriften gezählt, die heute Morgen schon wieder im Postfach waren.

(Gino Leonhard, FDP: Ja.)

Sie wissen alle, wie viele Unterschriften gebraucht werden, um ein Bürgerbegehren zu gestalten. Wir sind bereit. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Müller.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1779 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU, FDP, NPD, einer Gegenstimme aus der Fraktion der SPD und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 32:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Theater- und Orchesterfinanzierung in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 5/1776, in Verbindung mit der Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Die Theater und Orchester des Landes Mecklenburg-Vorpommern in ihrer Vielfalt und Eigenständigkeit erhalten, auf Drucksache 5/1783.

**Antrag der Fraktion der FDP:
Theater- und Orchesterfinanzierung
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 5/1776 –**

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Die Theater und Orchester des Landes
Mecklenburg-Vorpommern in ihrer
Vielfalt und Eigenständigkeit erhalten
– Drucksache 5/1783 –**

Das Wort zur Begründung des Antrags der Fraktion der FDP erhält der Abgeordnete und Vizepräsident Herr Kreher. Bitte schön, Herr Vizepräsident.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was ist uns Kultur wert?

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Richtig.)

Welchen Wert schafft Kultur?

(Udo Pastörs, NPD: Was ist Kultur?)

Fragen, auf die es ganz bestimmt keine einfache Antwort gibt, die uns aber alle bewegen sollten. Es ist also kein Wunder, dass sich lange Zeit niemand getraut hat, das Thema Theater- und Orchesterfinanzierung anzusprechen oder gar einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Die rot-rote Vorgängerregierung hat dieses Problem einfach ausgesessen und DIE LINKE bleibt auch dabei,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Torsten Koplín, DIE LINKE: Das ist nicht wahr.)

einfach alles so zu lassen, wie es ist.

(Michael Roof, FDP: Genau so.)

So einfach, meine Damen und Herren, geht es nicht.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Dann sagen Sie mal, wie es einfacher geht.)

So allerdings, wie der Bildungsminister es vorschlägt, geht es auf keinen Fall.

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Das sagen nicht nur die, die für Kunst in unserem Land verantwortlich sind. „Mit solchen Ideen kann man keine Würstchenbude leiten.“ Das ist ein Zitat eines Intendanten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Zuruf von Minister Henry Tesch)

der sich von dieser Landesregierung verraten und abgewickelt fühlt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Den kennen wir. –
Zuruf von Minister Henry Tesch)

Selbst in den eigenen Reihen ist das Konzept von Minister Tesch mehr als umstritten. Während Herr Vierkant schon lange eine Schiefelage im Finanzierungskonzept erkennt, lehnt der Kreisverband der CDU in Greifswald das Eckpunktepapier schlichtweg ab.

(Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

Dirigent Tesch hat weder eine Partitur noch ausreichend Musiker für sein Streichorchester.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Udo Pastörs, NPD)

Das Ergebnis kann keinen Wohlklang und Harmonie erzeugen, sondern nur Lärm, Wut und Kakophonie. Man kann nicht einfach vom grünen Tisch aus durch simple Arithmetik, aus neun macht zwei, die Theater- und Orchesterlandschaft mit der Axt kurz und klein schlagen.

Was für die Schulreformen gilt, gilt genauso für die Kultur. Wir brauchen dringend Reformen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und wenn einer
was vorschlägt, fällt ihr alle über ihn her.)

Hier sollte allerdings kein Abbruchunternehmen agieren,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Schön! Selber kein
eigenes Konzept, aber nörgeln, nur nörgeln.)

sondern Präzisionsarbeit geleistet werden, Herr Dr. Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So
kommen wir richtig weiter. –
Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Die Theater und Orchester des Landes sind nicht nur ein Teil der kulturellen Identität des Landes,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Der soll doch mal was machen! –
Michael Roolf, FDP: Das kommt ja in den
Ausschuss. Das kommt ja in den Ausschuss.)

sie sind auch kulturelle Leuchttürme, die weit über die Landesgrenzen hinaus strahlen, Herr Dr. Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.
Erzählen Sie uns mal, was Sie wollen!)

Sie vermitteln die kulturelle Bildung im Land und geben wertvolle Impulse für eine positive gesellschaftliche Entwicklung, meine Damen und Herren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wissen wir doch
alle. Sagen Sie uns mal, was Sie wollen!)

Dieses kulturelle Fundament gilt es in der gesamten Fläche des Landes und über alle Alters- und Sozialstrukturen hinweg zu entwickeln und zu stärken.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und weiter?)

Die Mittel für die Theater und Orchester sind auf Landesebene faktisch gekürzt worden,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Geldentwertung und Preissteigerungen lassen die Handlungsspielräume weiterhin schrumpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, deswegen muss
man handeln. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Von einer Verstetigung der Mittel zu sprechen, wird der Situation der Spielstätten, die mit den Kostensteigerungen zu kämpfen haben, in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Minister Henry Tesch)

Die Konsequenz ist Qualitätsminderung bis hin zur Aufgabe einzelner Sparten beziehungsweise ganzer Spielstätten. Sind jedoch erst einmal Sparten und Spielstätten geschlossen, ist es eher unwahrscheinlich, dass diese Strukturen wiederhergestellt werden können. Daher darf ein neues Konzept nicht einfach auf Zwangsfusionen und Umverteilungen in der Theater- und Orchesterfinanzierung aufbauen. Dies würde ein willkürliches Prinzip nur durch ein anderes ersetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

„Vielmehr“ – und jetzt kommt es, was Sie dauernd einfordern, und was wir anmahnen –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Vorschlag! Vorschlag! –
Zuruf von Minister Henry Tesch)

„müssen die Ressorts Kultur, Wirtschaft, Soziales und Agrar gemeinsam ein Konzept entwickeln, wie man möglichst effektiv“

(Dr. Armin Jäger, CDU: So kann
man natürlich was verhindern, klar. –
Zuruf von Minister Henry Tesch)

„und nachhaltig die zukünftige Theater- und Orchesterförderung gestalten kann.“ Wir müssen einfach von diesem Ressortdenken weg und es nur dem Kultusminister überlassen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha! –
Zuruf von Minister Henry Tesch)

„Qualitäts- und Leistungssteigerung, sowie die Möglichkeit der Dynamisierung der Mittel“

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie wissen, dass das Konzept von der
Landesregierung beschlossen worden ist?)

„sind dabei ein unverzichtbarer Bestandteil eines zukunftsorientierten Förderkonzeptes.“ Wir wollen dabei gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen, die in dieser Angelegenheit offenbar auch noch keinen gemeinsamen Weg gefunden haben, und mit den LINKEN, die sicherlich beim Status quo verharren wollen, über ein differenziertes und zukunftsweisendes Konzept im Kulturausschuss beraten.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das sind alles nur Leerformeln.
Was wollen Sie? Werden Sie mal konkret!)

Dazu müssen wir, auch das ist wichtig, Leistungs- und Qualitätskriterien wie bürgerliches Engagement berücksichtigen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

Wie schaffen es Theater, das bürgerliche Engagement in ihren Bereichen zu aktivieren? Das ist ein Ansatz, den wir dabei mit beachten müssen.

Zweitens, die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen. Wie schaffen es die Theater, Kinder und Jugendliche an die Theater zu binden? Das ist ein Qualitätskriterium.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Drittens, Theater als Lernort für lebenslanges Lernen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

Meine Damen und Herren, Theater ist nicht einfach nur Kultur, sondern Theater – das hat schon Goethe gesagt –, da ist etwas zu lernen, da ist Bildung mit drin und Theater sind ein Ort des lebenslangen Lernens.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

Es ist selbstverständlich auch der wirtschaftliche Erfolg zu sehen. Und der wirtschaftliche Erfolg ist nicht einfach nur von der Qualität zu trennen, denn wenn in einem Theater viel Publikum sitzt, dann ist es auch für die Schauspieler eine ganz andere Art zu agieren, als wenn wir vor leeren Räumen sitzen. Insofern muss diese wirtschaftliche Seite dabei bedacht werden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo träumen Sie denn wieder hin?)

genauso wie das Kulturangebot in der Fläche. Die Theater strahlen in den ländlichen Raum aus. Insofern ist es auch eine Sache des Agrarministers, der dabei sehen muss, dass wir nicht weiße Flecken in der Theaterlandschaft zulassen, sondern dass wir erreichen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dass es in den ländlichen Raum ausstrahlt. Und schließlich müssen die Kostensteigerungen im Betrieb der Spielstätten berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns auf eine konstruktive Debatte. Für die Theater tragen wir alle in unserem Land Verantwortung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie Sie wollen. Ja, das machen wir.)

Und ich bitte Sie deshalb, das nicht einfach so abzutun. Ich habe am Anfang gesagt – Herr Dr. Jäger, wenn Sie zugehört haben –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich höre Ihnen gerne zu. – Michael Roof, FDP: Das war aber geschwindelt.)

es ist ein schwieriges Problem, das wir nur gemeinsam lösen können. Da sollten Sie wirklich zuhören und nicht einfach so von vornherein sagen: Ach die, was die da wollen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, schön wäre es, wenn Sie sagen, was Sie wollen. Das sind doch nur Leerformeln.)

Wir wollen es mit Ihnen lösen. Ja, ich habe es Ihnen gesagt, dass wir diese Kriterien bei der Förderung viel stärker mit einbeziehen müssen und nicht einfach so, wir verteilen von hier nach da. Das habe ich Ihnen gesagt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sind nur Leerformeln. Da ist nichts an Substanz drin.)

Das ist ein ganz anderes Vorgehen. Darüber sollten wir sprechen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Machen wir das im Ausschuss.)

Meine Damen und Herren, es ist notwendig, dass wir darüber sprechen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Okay!)

Ich freue mich auf die Debatte. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Dr. Armin Jäger, CDU: Schön, dass wir darüber gesprochen haben.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Kreher.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, das ist ein sehr emotionales Thema, ich kann die Aufregung deshalb verstehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da kann man sich doch aufregen.)

Trotzdem hat hier vorne der Redner das Wort. Bemerkungen und Kommentare vonseiten der Regierungsbank sind nicht zulässig. Wer reden möchte, kann sich hier zu Wort melden.

(Heinz Müller, SPD: Wer war das?!)

Ich bitte jetzt Herrn Professor Dr. Methling als Fraktionsvorsitzender für DIE LINKE, den Antrag der Linkspartei einzubringen.

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Dezember 2007 forderte die Fraktion DIE LINKE per Antrag die Landesregierung auf, ein Konzept zur Sicherung der Zukunft der Theater und Orchester des Landes zu erarbeiten. Ziel sollte sein, ich zitiere aus dem Antrag, „Wege zur Erhaltung der Theatervielfalt des Landes und der künstlerischen Freiheit der Theater und Orchester sowie der Schaffung der dafür erforderlichen Rahmenbedingungen und der Planungssicherheit aufzuzeigen.“ Zitatende. Einen Monat zuvor, im November 2007, hatte meine Fraktion die Landesregierung aufgefordert, Maßnahmen zur Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen vom 20. Oktober 2005 zu erarbeiten.

In beiden Anträgen ging es uns um die Stärkung der kulturellen Vielfalt und die Eigenständigkeit der Akteurinnen. Beide Anträge der LINKEN wurden mehrheitlich abgelehnt mit der inzwischen sattsam bekannten Begründung, dass die Regierung sich ohnehin mit Fragen der Theater und Orchester befasse und im Übrigen kulturelle Vielfalt und Eigenständigkeit hochhalte. Angesichts kommunaler Zuständigkeit wurde gleichzeitig, Sie erinnern sich vielleicht, die Entwicklung eines Kulturkonzeptes des Landes abgelehnt.

Was die Koalitionsfraktionen unter Vielfalt und Eigenständigkeit verstehen, zeigt das Ende August vom Kabinetts einstimmig beschlossene Diskussions- und Eckpunktepapier zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen bis 2020. Dass das eine schwere Geburt war, kann ich mir vorstellen und auch nachvollziehen, denn Fragen beim Kultusminister führten ja zunächst zur Antwort, dass es ein solches Konzept nicht gäbe und er deshalb nicht darüber berichten könne.

Dieses Papier ist eine Kampfansage an die Theater und Orchester, ein Angriff auf die Vielfalt der künstlerischen Handschriften und auf deren Eigenständigkeit. Der Proteststurm, parteiübergreifend getragen von den kommunalen Vertretungen und der Bevölkerung, ist mehr als berechtigt. Selbstherrlich haben Sie auf die Einbeziehung der Theater, Orchester und deren Träger verzichtet. Ich halte das für den größten politischen Fehler. Dadurch wird es letztendlich nicht leichter. Auch wenn es möglicherweise leichter ist, ein Konzept vorzulegen, wird es nicht leichter, ein solches Konzept dann umzusetzen. Leistungen der einzelnen Häuser werden nicht oder nur unzureichend anerkannt. Unterschiedliche Rechtsformen sollen zusammengepresst, mit Finanzen unter Druck gesetzt werden. Wir erleben einen Zentralismus, den ich nicht mehr für möglich gehalten hätte, auch angesichts dessen, worum wir uns im Lande bemüht haben.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Und wenn ich sage „wir“, dann meine ich alle, die in der Vergangenheit politische Verantwortung getragen haben. Die Koalitionsfraktionen sagen, es handelt sich nur um eine Diskussionsgrundlage, denn angeblich – ich greife diesen Spruch wieder auf – kommt nichts so heraus, wie es reinkommt. Schauen wir mal! Dabei wissen wir doch, dass wohl alles dafür getan wird, um den einstimmigen Beschluss des Kabinetts auch umzusetzen, und Änderungen bestenfalls marginal ausfallen dürften, möglicherweise nach dem Prinzip: „Teile und herrsche!“ Einem solchen Eindruck kann man hin und wieder gewinnen, wenn man in die Theater geht und mit den Orchestern spricht.

Theater und Orchester sind kein Luxus. Sie gehören zur Daseinsvorsorge, für die das Land sowie die Kreise und die Kommunen zuständig sind. In den Artikeln 7 und 16 unserer Landesverfassung sind daher sehr deutlich diese Schwerpunkte benannt. Zudem war es ein wichtiges Signal zur Stärkung der Kultur, als der Landtag im Mai 2006 auf Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und SPD beschlossen hatte, die Bestrebungen, Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen, zu unterstützen. Wir wollten den Künstlerinnen und Künstlern sowie allen Kulturschaffenden damit sagen, wenn es um eure grundlegenden Interessen geht, könnt ihr euch auf das Land Mecklenburg-Vorpommern verlassen. Heute stellt sich immer mehr heraus, dass Kunst und Kultur nur als eine Garnierung auf dem Teller angesehen werden, die man sich nur in guten Zeiten leisten kann. Aber wann haben wir denn Zeiten, die wirklich besser sind, wenn es um die Finanzierung von Bildungs- und Kultureinrichtungen geht? Wahrnehmungsweise geht es eher verloren und es besteht die Vision – eine Horrorvision –, dass wir schließlich vollends bei Videoclips landen.

Mit Tradition und Vielfalt der Theater verfügt Deutschland über eine Einmaligkeit in der Kulturlandschaft in der Welt. Das zu erhalten, ist auch eine Verantwortung Meck-

lenburg-Vorpommerns. Sie meinen, Theater und Orchester dafür reformieren zu müssen, aber für die Betroffenen hat der Begriff „Reform“ inzwischen einen negativen und bedrohlichen Klang. Wenn er auftaucht, erwarten die Menschen nichts Gutes.

Ich spreche, ich darf das einmal nebenbei sagen, als Rostocker Politiker nicht unbedingt über die Situation in Rostock. Sie ist eine zusätzlich komplizierte, die sich daraus ergibt, dass eben Stadtpolitik, Intendanz und so weiter lange keine Gemeinsamkeit gefunden haben. Ich will das deshalb hier nicht in den Vordergrund stellen, obwohl ich in Rostock ziemlich umfangreich kulturpolitisch unterwegs bin. Aber ich nehme das nicht als Maßstab. Da sind sicherlich Hausaufgaben zu machen, die woanders schon gemacht worden sind. Das will ich an dieser Stelle sagen.

Die Reaktionen auf das Eckpunktepapier sind Ihnen sicherlich genauso wenig entgangen wie uns. Einige will ich stellvertretend für andere in Erinnerung rufen: Die Deutsche Orchestervereinigung warnt vor einer Verwirklichung des Theaterkonzepts. Ich zitiere: „Es droht eine bundesweit einzigartige Kulturkatastrophe.“ Verwiesen wird darauf, dass seit 1990 die Zahl der Orchester von acht auf vier halbiert worden sei. Von 530 Musikerstellen gebe es noch 292. Was bleiben würde, seien noch – ich zitiere – „zwei künstlerisch völlig entstellte Reste-Orchester“. Zitatende. Die Folge sei ein zumindest halbiertes Musiktheater- und Konzertangebot. Hinzu kämen lange Fahrtzeiten, hohe Logistikkosten und ein drastischer Rückgang der Einspielergebnisse.

Der Intendant der Vorpommerschen Landesbühne sagt, dass seit der politischen Wende kein Minister so deutlich signalisiert habe, Kultur abzuschaffen. Der geschäftsführende Rektor der Deutschen Tanzkompanie Neustrelitz verweist darauf, dass bei der Umsetzung der Pläne für die Tanzkompanie als Tanzsparte eines Theaters der Status eines international agierenden Tournéeensembles nicht mehr zu halten sei. Der Intendant des Theaters Vorpommern meint, dass Zusammenarbeit auf Autonomie und gleicher Augenhöhe basiere, aber – ich zitiere – „zentralistisch verordnete Wirtschaftszwänge schon einmal danebgingen“. Zitatende.

Kritik und Proteste kommen aus allen Theatern, von allen Trägern, aus den Bürgerschaften und Stadtvertretungen. Worte wie Kahlschlag, Willkür, Kultur- und Tourismusfeindlichkeit, Sparkonzept, Missachtung der kommunalen Selbstbestimmung, Ignoranz, Arroganz und Selbstgefälligkeit sind eindeutige Vokabeln, die Frust und Wut zum Ausdruck bringen.

Das Theater Vorpommern sammelt Unterschriften gegen die Pläne der Landesregierung. Kaum ein Passant, der sich nicht auf die Liste setzt. Da gilt natürlich auch der Kommentar, der in Rostock gilt: Alle die, die unterschreiben, sollten auch ins Theater gehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, genau.
Da sind wir uns völlig einig. –
Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Also in Schwerin machen sie das ja. –
Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Ja? Also das ist in Rostock nicht überall so. Deswegen sage ich ja, dass ich diese Auffassung teile.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Der Aufsichtsrat der Theater- und Orchester GmbH Neubrandenburg-Neustrelitz schreibt an den für Kultur zuständigen Ausschuss im Landtag, dass das Konzept der Landesregierung – ich zitiere – „nicht Grundlage für eine sachbezogene und seriöse Diskussion zur Entwicklung“

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

„tragfähiger und nachhaltiger Theater- und Orchesterstrukturen sein kann“. Zitatende.

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die seit Jahren anhaltenden Diskussionen um eine unvermeidbare, angeblich unvermeidbare Änderung der Theater- und Orchesterstrukturen sind keine Folge einer etwaigen Krise der Theater, oder wenn, dann nur partiell. Sie ist vielmehr eine Folge der Krise der öffentlichen Finanzen. Darüber muss man ja öffentlich reden. Das ist, glaube ich, auch für niemanden ein Feld, was er nicht betreten will. Das ist ja ein wesentliches Feld für diese Debatte. Eine Diskussion darüber, welchen Stellenwert Orchester und Theater in unserer Gesellschaft haben, ist eine zutiefst politische Frage und muss dann natürlich auch als eine solche geführt werden.

Selbstverständlich geht es auch um Geld, besser gesagt, um die Verteilung des Reichtums, der in der Gesellschaft erarbeitet wird und ja durchaus da ist. Es ist aus unserer Sicht nicht zu akzeptieren, dass der Staat sich einer neoliberalen Steuerpolitik bedient. Und das sage ich auch zu den Kollegen der FDP. Sie wollen überall die Steuern senken, aber sagen nicht, wie Sie dann die notwendigen Ausgaben des Staates auch im Kulturbereich finanzieren wollen,

(Hans Kreher, FDP: Weil dann die Wirtschaft besser in Gang kommt. Weil dann die Wirtschaft besser in Gang kommt. – Udo Pastörs, NPD: Und die Banken mit ihrer Gier.)

denn über Sponsoring in Mecklenburg-Vorpommern geht das wohl nicht so einfach wie in Hamburg. Das ist eben eine andere Situation bei uns.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin mir bewusst, das ist ein ganz schwieriges Feld. Und dass jeder, der ein Konzept vorlegt, viel Kritik erntet, das ist auch klar. Aber was wir unbedingt brauchen, ist das Gespräch mit den Beteiligten,

(Reinhard Dankert, SPD: Machen wir doch. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das machen wir doch. Das tun wir doch.)

und dieses muss schnellstens hergestellt werden, um zu Lösungen zu kommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir sind andauernd draußen. Also ich habe das gemacht.)

Na, den Eindruck habe ich bisher nicht gehabt und die Beteiligten offensichtlich auch nicht in ausreichendem Maße.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir können das gerne zusammen machen. Ich kann Sie nur einladen. – Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Ja, ja, ist klar.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Kommen Sie mit!)

Das ist aus meiner Sicht das Wichtigste, was wir tun müssen, wenn man tatsächlich eine größere und auch Zustimmung findende Struktur bekommen will. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Methling.

Im Ältestenrat wurde eine verbundene Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat zunächst der Bildungsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Tesch.

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich will zunächst einfach der Vollständigkeit halber die Dinge vortragen, auch noch einmal aus dem Konzept, weil ich bei den Einlassungen, die ich eben gehört habe, zur Kenntnis nehmen musste, dass Sie ja weniger aus dem Konzept zitieren, sondern eher aus Zeitungsartikeln. Das ist ja okay.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Der Ausschuss hat es bis heute nicht.)

Ich habe Sie akustisch nicht verstanden, Herr Bluhm?

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Der Ausschuss hat es bis heute nicht. – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Insofern kann ich nur sagen, es steht auf der Internetseite, Herr Kreher, da Sie ja sozusagen für neue Technologien hier plädieren. Ich will sie nicht zitieren, ich kann Ihnen auch noch einmal die Adresse sagen unter „www“.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann können wir da noch mal reingucken.)

Also diese Blasphemie, zu sagen,

(Udo Pastörs, NPD: Blasphemie! – Michael Roof, FDP: Herr Tesch, Herr Tesch! – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

man kenne und hätte nicht die Möglichkeit, das Konzept zu lesen, die müssen Sie im 20. Jahrhundert einfach mal an anderer Stelle machen.

Ich will es zunächst einmal vortragen, weil ich schon finde, dass es ein bisschen altbacken und unterirdisch dahergekommen ist, und werde darauf auch noch einmal eingehen.

In Mecklenburg-Vorpommern werden zurzeit vier Mehrspartentheater, Musiktheater mit Oper, Operette, Musical, Ballett, Schauspiel, Konzertwesen mit eingebundenen Orchestern, drei Einspartentheater und zwei Beispieltheater ohne eigenes Ensemble betrieben. Das künstlerische Leistungsniveau der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern findet bundesweit Beachtung. Um es an dieser Stelle einmal vorwegzunehmen – und darüber haben Sie komischerweise gar nicht gesprochen –, die Landesregierung betrachtet die Sicherung einer hohen künstlerischen Qualität des Theater- und Konzertwesens durch tragfähige personelle und finanzielle Strukturen als einen wichtigen Schwerpunkt der Kulturförderung.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Sie machen das Gegenteil. Sie machen das Gegenteil.)

Herr Koplín, ich nehme das gerne entgegen. Bei Ihnen habe ich mir doch einfach nur – und deshalb sage ich das bei allem Respekt – angeguckt, was Sie vorgeschlagen haben. Da steht kurz drin: Es bleibt, wie es ist, plus 19 Millionen Euro.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, schön.
Und wo kommen die her? –
Michael Roof, FDP: Ja, ja!)

Wenn ich jetzt alle Anträge von 2006 der Linksfraktion zusammenrechne, ich nehme nur die großen Brocken, bin ich insgesamt bei 100 Millionen Euro.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Zuruf von Michael Roof, FDP)

Ich werfe Ihnen das nicht einmal vor.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die Geldverwertungsmaschine, sonst nichts.)

Ich habe mich ernsthaft damit auseinandergesetzt. Und dass man damit natürlich durchs Land reisen kann, das kann ich auch verstehen.

(Michael Roof, FDP: Das machen die seit 20 Jahren so.)

Nur, Sie können doch nicht davon ausgehen, dass das ein Konzept ist.

(Michael Roof, FDP: Eben.)

Und jetzt komme ich zum zweiten Punkt. Träger der Theater sind die jeweiligen Kommunen.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Schön, ne?! – Volker Schlotmann, SPD:
Das kann man nicht bestreiten. –
Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Herr Kreher, Träger der Theater sind die jeweiligen Kommunen.

Zurzeit haben wir aber die Situation, alle schauen in eine Richtung, und zwar auf die Politik, auf die Landesregierung und auf den Ressortminister, und lenken von ihren eigenen Dingen ab.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Das stimmt nicht. – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Hans Kreher, FDP)

Ich komme gleich dazu, Herr Kreher. Ich lese Ihnen das mal vor, was die FDP gesagt hat.

(Hans Kreher, FDP: Da ist was Wahres dran. Da ist was Wahres dran.)

Sie sind dafür verantwortlich, welches und wie viel Theater vorgehalten und angeboten wird. Und ich weise darauf hin, dass für das Land jedes Jahr knapp 36 Millionen Euro aus Mitteln des Finanzausgleiches FAG kommen. Auch darüber werden wir ja noch zu sprechen haben. Sie tun, als ob das so eine leichte Nummer ist. Da werden wir ja sehen, wie die einzelnen Abgeordneten sich sozusagen einsetzen werden für dieses Geld, was angeblich nicht ausreichend ist.

(Jörg Vierkant, CDU: Richtig, richtig.)

Ich werde ja sehen, wie die Finger hochgehen oder auch nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau, genau. Das meinte ich nämlich konkret, Herr Kreher. –
Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Darauf werden wir noch kommen, Herr Kreher, ob sie sozusagen 35,8 Millionen aus dem FAG sichern wollen oder nicht.

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Und das ist seit 1997 auch bei einer Regierungsbeteiligung der PDS, das muss man der Fairness halber auch sagen, zum Erhalt und zur Weiterentwicklung gesichert worden. Auch die Zuweisungen der einzelnen Kommunen sind in den letzten Jahren weitgehend stabil geblieben – das haben Sie aber auch nur angedeutet – und die Haushaltssituation der Theater tragenden Kommunen ist angespannt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und deshalb sind auch die Theater und Orchester zunehmend in den Prozess der dringenden notwendigen Konsolidierung der kommunalen Haushalte einzubinden. Zudem sind bereits absehbare Belastungen, wie der mit einem Einwohnerrückgang verbundene demografische Wandel und der Rückgang der Leistungen aus dem Solidarpakt II, zu berücksichtigen. Ich komme darauf heute noch einmal zurück, was ich da so lesen darf.

(Raimund Borrmann, NPD: Tja!)

Die Theaterträger müssen mit Blick auf diese Situation sowie vor dem Hintergrund der tariflichen Entwicklung strukturelle und personelle Entscheidungen für ihre Theater- und Orchesterbetriebe vorbereiten. Bei einer Fortführung der Betriebe wie bisher beziehungsweise auch mit weiteren kurzfristigen Einsparmaßnahmen vor Ort ist eben die Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern in der jetzigen Qualität und mit den vorhandenen Mitteln des Landes und der Kommunen einschließlich eigener Einnahmen langfristig nicht zu sichern, geschweige denn weiterzuentwickeln. Allein durch zu erwartende Tarifsteigerungen würden laut Hochrechnung für den jetzigen Personalbestand bei Fortschreibung des Status quo im Jahr 2020 landesweit rund 17 Millionen Kostenerhöhung für den Theaterbetrieb einzuplanen sein. Dies liest man in der Presse. Andere gehen sogar davon aus, dass das noch nicht mal ausreichen würde. Deren Zahlen sind noch viel, viel höher, wie es Pressemeldungen zu entnehmen ist. Aber außer einem „Weiter so!“ habe ich bisher niemanden vernommen, der diese Situation ernst nimmt.

Und deshalb sehen Sie uns jetzt hier nicht freudig, irgendwie gelassen oder, wie Sie sozusagen unterstellend suggerieren, überheblich oder vom grünen Schreibtisch. Auch diese Äußerungen, die in der Öffentlichkeit hier gemacht worden sind, die nachzulesen sind, werden alle noch auf ihre Substanz hinterfragt werden. Sie kommen hinter diese Äußerungen auch nicht mehr zurück. Und wir sprechen uns wieder, denn das Thema ist ja nicht morgen zu Ende. Da sprechen wir uns wirklich wieder, dass Sie das sozusagen einfach mal so in den Raum stellen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ich habe zitiert, Herr Minister!)

Gemäß Koalitionsvertrag Ziffer 199 soll die Theater- und Orchesterlandschaft des Landes so strukturiert wer-

den, dass sie ihrer kulturpolitischen Bedeutung gerecht wird und langfristig mit den ihr zur Verfügung stehenden Finanzmitteln tragbar ist für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, das haben wir so gewollt.)

Und andere Länder haben uns das schon 1999 vorgebracht, wenn Sie zum Beispiel nach Brandenburg gucken. Aber auch darauf komme ich gerne noch zurück.

In diesem Zusammenhang hat das Kabinett am 26. August 2008 einstimmig das Diskussions- und Eckpunktepapier der Landesregierung zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern 2010 bis 2020 beschlossen. Und auch das scheint ja „so einfach“ zu sein. Herr Kreher, wir sind alle noch so jung, dass ich mich jetzt schon auf die Diskussion 2018/2019 freue, wenn man denn das Theaterkonzept 2020 bis 2030 beschließt.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Und da werden wir alle diese Äußerungen wieder herauskramen, all diese werden wir herauskramen, denn Sie sind nur auf einen kurzfristigen wie auch immer Erfolg aus bei diesem Thema, aber nicht auf die Sicherung dieser Konzeption.

(Michael Roof, FDP: Na, na, na, na, na!)

Doch. Darauf kommen wir noch. Dazu kommen wir noch, Herr Roof.

(Michael Roof, FDP: Ach, Herr Tesch. Das ist hier nicht Ihr Niveau. Hören Sie auf!)

Noch am gleichen Tage habe ich mich, nachdem wir das im Kabinett beschlossen haben, zu einem ersten Gespräch mit der Gewerkschaft der Mitglieder der professionellen Kulturorchester, Rundfunkchöre und Bigbands in Deutschland und der Deutschen Orchestervereinigung getroffen, Herr Methling. Am selben Tag! Und es hat erste Gespräche mit den Theater tragenden Kommunen aus dem Kulturkooperationsraum I und II an dem Tag und am Folgetag in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern gegeben.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Sich hinzustellen und zu sagen, es würde mit niemandem gesprochen, ist einfach. Dann müssen Sie schon ganz klar sagen, wen Sie damit meinen. Könnte es sein, dass Sie einen bestimmten Intendanten meinen? Dann muss ich Ihnen sagen, das Schwarze an unserem Konzept, das sind die Buchstaben, und da steht drin, wir sprechen mit den Theater tragenden Kommunen. Das kann man gut finden und das kann man schlecht finden. Das ist einfach die Situation, die wir haben. Und wenn Sie den Eindruck erwecken, als ob man dies nicht tun sollte, dann sagen Sie es! Dann sagen Sie es! Im Übrigen können Sie doch alle Intendanten dieses Landes einladen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ich habe jetzt gerade das Gegenteil gesagt.)

Die waren gerade gestern alle in Hamburg beim Bühnenverein. Lassen Sie sich einfach mal berichten, welche peinliche Vorstellung das war. Lassen Sie es sich einfach berichten. Wenn nicht, dann erzähle ich es Ihnen nachher. Das heißt also, auch hier sind die Gespräche da. Seit Mitte September sind die Briefe raus. Auch das

steht im Konzept, dass wir jetzt zu Einzelgesprächen die Theater tragenden Kommunen in unser Haus einladen. Wir haben angeboten, sie mögen uns signalisieren, mit wem sie zu diesen Gesprächen kommen. Also den Eindruck zu erwecken, hier würden keine Gespräche stattfinden, das muss ich nicht nur zurückweisen, sondern ich glaube einfach, dass Sie schlecht informiert sind.

Ich denke auch, dass wir handeln müssen, das ist unsere kulturpolitische Verantwortung. Mir ist von vielen Seiten gesagt worden, Sie haben es ja auch bestätigt, wir haben endlich etwas, was auf dem Tisch liegt. Denn bei denen, wo Sie jetzt gerade unterstellen, wir würden nicht mit ihnen reden, ist es ja so, das haben wir ja nun auch gerade gesehen, da kommt dann jemand rein und sagt, er hätte ein Konzept. Dann sagen wir, okay. Was machen wir damit? Na, das wäre so sensibel, das könne er jetzt nicht veröffentlichen. Also lassen Sie es sich schicken und dann veröffentlichen Sie es letztendlich. Aber zu sagen, wir haben da ein Konzept, und dann lese ich von dem Nächsten in der Zeitung, man lege ein eigenes Konzept vor – die Zeit rennt, es ist keins da.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Und ich sage Ihnen gleich, Herr Kreher, was Ihre FDP vorgeschlagen hat.

(Raimund Borrmann, NPD: Das ist wie in Redefin, da gibt es auch ein Konzept. Das sind die Worte von Dr. Backhaus.)

Die Landesregierung betrachtet die Sicherung einer hohen künstlerischen Qualität des Theater- und Konzertwesens durch tragfähige personelle und finanzielle Strukturen als einen wichtigen Schwerpunkt der Kulturförderung. Sie wird daher den Vorwegabzug im Finanzausgleichsgesetz Mecklenburg-Vorpommern Paragraph 10 c für die Theater tragenden Kommunen bis zum Jahr 2020 mit jährlich 35,8 Millionen Euro verstetigen. Sie wird zudem die FAG-Zuschüsse auf die strukturbestimmenden Mehrspartenstandorte – also das können wir doch ganz klar sagen, das Mecklenburgische Staatstheater Schwerin gGmbH, das Volkstheater Rostock, die Vorpommersche Theater- und Sinfonieorchester GmbH und die Theater- und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz – konzentrieren. Die Beispiel- und Einspartentheater erhalten ab 2010 – und da ist das Nächste, was Sie in der Öffentlichkeit als Eindruck erwecken, ich sage noch einmal, das Schwarze sind die Buchstaben – keine direkten FAG-Zuschüsse. Wo steht denn, dass sie keine direkten FAG-Zuschüsse erhalten? Die Frage können Sie ja mal beantworten. Und soweit sie entsprechend der geplanten Kulturkooperationsräume tragfähige Kooperationen beziehungsweise Fusionen mit einem Mehrspartentheater eingehen, können sie über dieses Mehrspartentheater Zuweisungen auf der Basis des FAG erhalten. Wo steht denn, wie sie kooperieren sollen? Das ist doch das Diskussionspapier.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das sind dann indirekte.)

Und ich hoffe doch, dass die, die Sie im Blick haben, nicht nur Arbeitsverträge unterschrieben haben, wo drinsteht, sie müssen Fragen stellen. Also als Arbeitgeber eines bestimmten Intendanten gehe ich davon aus, dass der einen Arbeitsvertrag hat, wo auch drinsteht, er möge Antworten liefern und nicht nur Fragen stellen.

Die Förderung der Mehrspartentheater soll sich an den bisherigen Kriterien – und auch das ist wichtig – Grundbeträge, Einwohner in der Theaterregion, Gesamtausgaben, Besucherzahlen und Quote aus Einnahmen und Personalaufwand orientieren. Die Landesregierung geht davon aus, dass die Theater tragenden Kommunen sich angemessen an der Finanzierung ihrer Einrichtung beteiligen. Das bedeutet mindestens, auch hier muss man mal mit einem Trugschluss aufhören, eine Höhe von 50 Prozent der jeweiligen – und jetzt muss man das natürlich übersetzen – fixen Landesanteile aus Grundbetrag und Einwohnern in der Theaterregion. Auch das können Sie sich mal erklären lassen.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Na, dann müssen Sie nur den
Rechnungshof zurückpfeifen.)

Der zweite Satz kommt, Frau Gramkow:

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Das Innenministerium als oberste Rechtsaufsichtsbehörde wird dies bei den Entscheidungen zu den Haushalten der unter ihrer Aufsicht stehenden Kommunen berücksichtigen

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

und den unteren Rechtsaufsichtsbehörden Hinweise für die Prüfung der von ihnen beaufsichtigten kreisangehörigen Gemeinden geben. Das ist kein kleiner Satz.

Bei der Erarbeitung des Konzeptes waren folgende Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Auch die wollen wir uns einfach noch mal in Erinnerung rufen:

Erstens musste Mecklenburg-Vorpommern bei der demografischen Entwicklung in der Zeitspanne von Anfang 1991 bis Ende 2006 einen Bevölkerungsrückgang um rund 230.000 Einwohner – wenn Sie das umrechnen, minus zwölf Prozent – hinnehmen. Die Einnahmesituation des Landeshaushaltes Mecklenburg-Vorpommern ist eng mit der Bevölkerungsentwicklung des Landes verbunden.

Herr Kreher, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Im Grunde genommen haben Sie ein bisschen so gesprochen wie Herr Koplín – mehr Geld. Aber ich habe Herrn Roof schon zugehört, der hat gesagt, keine Neuverschuldung.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, was nun? Was wollt ihr denn?)

Also Sie bleiben einfach Konzepten untreu, die Sie hier vortragen. Herr Roof wird uns das sicherlich erklären, wie das, was Herr Kreher hier vorgetragen hat, mit mehr Geld ohne Neuverschuldung geht, oder Sie werden uns auch vortragen, wie viel wir dann bitte sozusagen ausgeben sollten.

(Michael Roof, FDP: Kommen Sie damit
doch in den Ausschuss und dann können
wir in Ruhe darüber diskutieren.)

Ja, wir können in Ruhe diskutieren. Ich fasse nur noch einmal zusammen, was in diesem Hohen Haus gesagt wird: keine Neuverschuldung.

(Zurufe von Hans Kreher, FDP,
und Toralf Schnur, FDP)

Und gleichzeitig stellt sich Herr Kreher hin und erzählt irgendwas Blaues vom Himmel.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Michael Roof, FDP: Oh, oh, oh! So viel
gekränkte Eitelkeit! Das ist doch nicht Ihr
Niveau, Herr Tesch. Kommen Sie runter!
Kommen Sie runter und werden Sie sachlich! –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE –
Glocke der Vizepräsidentin)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich bitte noch einmal ...

Minister Henry Tesch: Ich habe nur zitiert, was Sie hier gesagt haben, keine Neuverschuldung.

(Michael Roof, FDP: Dabei bleiben wir auch.)

Davon gehe ich aus. Vielleicht besprechen Sie das mal mit Herrn Kreher.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Die Einnahmesituation des Landeshaushaltes Mecklenburg-Vorpommern ist eng mit der Bevölkerungsentwicklung des Landes verbunden. So hängen beispielsweise die Wirkungen des länderübergreifenden Finanzausgleichs wesentlich von der Einwohnerzahl des jeweiligen Landes ab.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Bedauerlicherweise. Ja, das ist so. –
Zurufe von Angelika Gramkow, DIE LINKE,
und Toralf Schnur, FDP)

Das ist nichts, was wir uns ausgedacht haben.

Damit ergeben sich aus der absehbaren Bevölkerungsentwicklung erhebliche Konsequenzen für die Finanzplanung. Mit den Einwohnerzahlen sinken auch die Mittel aus dem länderübergreifenden Finanzausgleich, der derzeit rund 2.400 Euro pro Jahr und Einwohner ausmacht. Und jetzt erwecken Sie den Eindruck und sagen, das sei alles nichts wert. Wenn wir das machen, was Sie unterstellen, dann müssen wir doch degressiv vorgehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, leider.)

Das machen wir aber nicht. Das, was die Landesregierung gemacht hat, soll bis 2020 Bestand haben. Da können Sie ja sagen, das reicht nicht aus, aber Sie erwecken den Eindruck, es wäre degressiv. Festgeschrieben auf den Satz von 2008 würde eine Absenkung folgen nach den Prinzipien, die Sie hier vortragen, wie Landeshaushalt organisiert werden soll.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –
Jörg Vierkant, CDU: Richtig.)

Genau das macht die Landesregierung nicht und insofern kann man ja kritisieren, Herr Professor Methling, das wäre nicht ausreichend als Verantwortungnahme. Das nehme ich zur Kenntnis. Aber so zu tun, als ob wir hier degressiv vorgingen, das sollten Sie einfach noch mal nachrechnen.

(Auf der Besuchertribüne werden Zettel verteilt.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, ich muss Sie noch einmal unterbrechen.

Auf der Besuchertribüne ist das Verteilen von Dokumenten laut unserer Geschäftsordnung nicht gestattet. Ich bitte, das einzustellen

(Harry Glawe, CDU: Und einzusammeln.)

und die Dokumente wieder einzusammeln.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Borrmann, NPD)

Bitte, Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Minister Henry Tesch: Der Verlust aus dem Bevölkerungsrückgang beträgt jährlich rund 30 Millionen Euro. Ferner bedeuten weniger Einnahmen auch weniger Steuern und Abgaben aufgrund eines sinkenden Beschäftigungsstandes und eines niedrigeren Konsums.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Zweitens unterliegen wir – auch das ist hier schon besprochen worden – der Haushaltskonsolidierung. Der Rückgang der Einnahmen aus dem Solidarpakt II wird bis 2020 circa 2 Milliarden Euro betragen. Aber die Verstärkung der Theaterfördermittel konnte erreicht werden. Das habe ich Ihnen gerade dargestellt. Das ist eine feste Größe und bietet ein Höchstmaß an Planungssicherheit. Und ich sage noch einmal, ich werde genau beobachten, wie Sie beim FAG abstimmen.

Der dritte Punkt, den es zu beachten gilt, ist die Frage, wo Mecklenburg-Vorpommern im Ländervergleich steht. Im Ländervergleich fällt der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Theater und Musik am Bruttoinlandsprodukt in Mecklenburg-Vorpommern mit 0,24 Prozent deutlich höher aus als in anderen finanzschwachen Flächenländern wie Schleswig-Holstein mit 0,1 Prozent und im Bundesdurchschnitt mit 0,13 Prozent. Hier wird deutlich, dass Mecklenburg-Vorpommern im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft und Einwohnerzahl mehr Geld für das Theater- und Konzertwesen ausgibt als vergleichbare finanzschwache westliche Flächenländer. Und ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie das gutfinden, dass wir das machen. Also insofern sollte an dieser Stelle auch die Diskussion ein bisschen anders geführt werden. Betrachtet man nur die Flächenländer Ost, die entwicklungsbedingt mehr Geld für Theater und Musik als im Bundesdurchschnitt ausgeben, also im gesamten Osten, zeigt sich, dass sich das finanzielle Engagement Mecklenburg-Vorpommerns im Durchschnitt dieser Länder bewegt. Der Vergleich verdeutlicht, dass Mecklenburg-Vorpommern den Theater- und Musikbereich wesentlich stärker fördert, als es der finanziellen Leistungsfähigkeit entsprechen müsste. Auch das ist etwas, was Sie immer nicht vortragen.

Als vierter Punkt bei der Erarbeitung des Konzeptes müsste die gesamte Kulturförderung in Mecklenburg-Vorpommern berücksichtigt werden. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat 2008 für Kultur einschließlich Theaterförderung über das FAG 2008 rund 67 Millionen Euro Landesmittel eingeplant. Der Anteil der Theater- und Orchesterförderung beträgt dabei rund 53 Prozent dieser Ausgaben. Auch das sollten Sie berücksichtigen. Mehr als die Hälfte der Kulturausgaben des Landes fließen in diesen exponierten Bereich. Mehr als die Hälfte!

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Es ist auch weiter unsere Aufgabe, die Balance zwischen den einzelnen Kulturbereichen zu halten und eine breite kulturelle Förderung sicherzustellen. Und die Herausforderungen sind groß. Bibliotheken, Musikschulen, Kinder- und Jugendkunstschulen, Museen, Soziokultur – überall

gibt es berechnete, mitunter auch weniger berechnete Ansprüche, aber es gibt Ansprüche. Wir müssen in unserer kulturpolitischen Verantwortung sicherstellen, dass wir die Vielfalt im Land mit den vorhandenen Mitteln unterstützen.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz der weiterhin notwendigen Haushaltskonsolidierung, auch im eigenen Personalbereich, und trotz sinkender Einnahmen verpflichtet sich das Land, seinen Beitrag zur Förderung der Theater- und Orchesterlandschaft bis 2020 auf diesem Niveau von 35,8 Millionen Euro zu halten. Die Landesregierung unterstreicht damit nachhaltig die Bedeutung, die sie den Theatern und Orchestern, der Kultur in diesem Land beimisst, und nimmt ihre Verantwortung für die Schaffung der Rahmenbedingungen zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern ausdrücklich wahr.

Und ich betone an dieser Stelle noch einmal, dass vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Kommunen und des Landes langfristige Lösungen nur durch standortübergreifende Modelle erreicht werden können.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Um Kulturabbruch durch einseitige Kürzung und Spartenschließung der Kommunen zu vermeiden, müssen wesentliche Eckpunkte dieses Konzeptes umgesetzt werden.

Und jetzt können wir einfach mal gucken, was wir so lesen. Da heißt es in der „Ostsee-Zeitung“: „Die Theaterfinanzierung ist aus dem Ruder gelaufen.“ Dann wird vorgeschlagen, wir sollten die soziokulturelle Autonomie in Vorpommern und freiwillige Kooperationen der Kultureinrichtungen stärken. Ja, wer verhindert denn sozusagen eine freiwillige Gesprächsaufnahme meinerseits des Anklamer Theaters mit einem dieser beiden Stellen?

Dann lesen wir aber aus Greifswald und Stralsund, wir verhandeln nicht mit denen. Wir haben uns schon alle konsolidiert, mehr geht nicht. Das heißt alle, Herr Kreher. Die Aufgabe ist eine ganz andere. Wie sichert man Kinder- und Jugendtheater in Parchim?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:

Die haben doch Vorschläge gemacht.)

Keine direkten Zuweisungen, haben wir gesagt, aber wir haben nicht gesagt, keine Zuweisungen. Das heißt also, es müsste ein ganz anderer Druck durchgehen. Und wenn man dann sagt, in der Theaterakademie hat man auch noch eine exzellente Ausbildung, dann ist das so. Dort sind zurzeit 36 Eleven, schreibt Herr Borden – nur so viel zum Thema Privatschulfinanzierung. Nasensätze zwischen 10.000 und 11.000 Euro zahlen wir dort. Das ist eine private Einrichtung, die wir bezuschussen. Ich weiß nicht, ob Ihnen das bewusst ist, Herr Kreher.

Und so können Sie durch diesen Bereich durchgehen. Das heißt, was ich nur lese, ist, keiner kann mit keinem.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Wenn das so wäre, dann könnten Sie doch bitte schön alle einladen, denn der Plan steht auch in dem Konzept.

(Hans Kreher, FDP: Jaja, richtig.)

Aber die Zeit läuft und es hat seit 18 Jahren keiner ein Konzept gemacht für die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Das ist doch das Problem. Und was Sie hier vorschlagen, das ist doch einfach nur eine Plattitüde, wirklich, da ist keine Substanz dahinter.

(Michael Roof, FDP: Ach, hören Sie auf! – Hans Kreher, FDP: Sie haben es gar nicht verstanden.)

Wer hindert Sie denn daran, Herr Kreher, als FDP alle einzuladen, und dann kommen Sie aus der Tür und bringen uns ein Landeskonzept.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wir reden mit ihnen.)

Kein Konzept für Schwerin, kein Konzept für Rostock,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

keins für Greifswald und Stralsund, sondern Sie bringen uns eins für das Land. Die haben alle unterschrieben, die müssen dann nämlich alle unterschreiben und dann verteilen Sie das. Wir wollen die 35,8 Millionen nicht einsparen. Wir wollen sie nicht einsparen. Und wer hier von Kürzungen und Abbau spricht, der sollte sich das Konzept noch einmal in Gänze anschauen.

Der Planungsverband Vorpommern sagt, die jetzige Theaterstruktur muss erhalten bleiben, und Herr König unterschreibt es dann und sagt, nichts anderes ist möglich. Der Intendant von Mecklenburg-Strelitz – und Sie haben das ja sozusagen zitiert, Herr Methling – sagt im Grunde genommen, das ist ja nicht zu bestreiten, er schreibt, das Konzept hat Verluste, aber er schreibt, es sei auch innovations- und kreativitätsoffen.

(Harry Glawe, CDU, und Jörg Vierkant, CDU: Richtig.)

Das heißt also, es gibt Unterschiede in diesem Land. Aus Schwerin höre ich auch andere Signale.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Und ich glaube einfach, wir tun den Theatern gut, wenn wir sie stärken würden.

Gestern hat der Bühnenverein in Hamburg getagt. Es ist nicht gerade förderlich, was dort Einzelne produzieren. Und wenn Sie nach Stralsund und Greifswald gucken und sagen, Sie haben einen Intendanten, der kann mit seinem Geschäftsführer nur noch über den Anwalt reden, wenn in einer Veranstaltung beide auftreten müssen und was anderes vortragen, wenn Sie in Stralsund und Greifswald zurzeit die Stelle des Generalmusikdirektors ausschreiben, muss man sie denn jetzt besetzen in einer solchen Phase? Wie gehen wir mit Geld um? Nein, jeder macht die Schotten dicht und die Bösen sitzen in Schwerin und machen keine Kultur.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Das heißt, momentan lenkt jeder von seinen Schwierigkeiten ab und schaut in Richtung Schwerin. Sie haben die Stiftung Tanzkompanie angesprochen. Herzlichen Glückwunsch! Sie können uns sicherlich sagen, was in den Büchern steht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

Noch kein Mensch hat seit 18 Jahren in die Bücher der Tanzkompanie geguckt. Herr Methling, wir schreiben Herrn Denne an, ich komme zu Ihnen in die Fraktion und wir beide gucken in die Bücher.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Wir waren bei Herrn Denne. Wir haben mit ihm geredet. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie haben in die Bücher geguckt, Herr Koplín, dann können Sie gern berichten. Sie haben mit ihm geredet? Sie gucken einfach mal in die Bücher, Herr Koplín. Sie reden und reden, wir wollen handeln.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ja, wir analysieren, wir entscheiden und wir handeln. Und das ist das Problem an der ganzen Sache.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Gucken Sie mal in die Geschichte, warum die Tanzkompanie heute outgesourct ist!)

Ich sage noch einmal, dann fordert jeder einen Zuschuss und am Ende wird es letztendlich nicht gehen. Und dann wird gesagt, wir laden den Minister ein über die Zeitung. Sie werden vermuten, als ich das las, lag natürlich noch keine Einladung vor, ganz klar.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Auch das ist bekannt, so ein Spiel. Und dann kommen sozusagen alle Fragen, die man eigentlich als Theater tragende Kommune klären muss. Also wenn man der Meinung ist, wir sollten das auch noch alles machen, dann muss man uns das mal schreiben. Aber so wird das nicht gehen, dass man einfach in die andere Richtung zeigt, scheinbare Diskussionsrunden initiiert und dann nicht handeln will.

Und jetzt, Herr Kreher, lese ich Ihnen vor, was die FDP sagt, und dann machen Sie es doch so. Ich zitiere: „Auch der Vorstand der Greifswalder FDP hat die Pläne der Landesregierung zur Entwicklung der Theaterlandschaft nun abgelehnt.“ Okay. „Nach unserer Ansicht sollte sich die Politik aus den Diskussionen und Fusionen und Kooperationen der Bühnen des Landes heraushalten.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja. Das haben wir viel zu lange gemacht.)

Einverstanden, einverstanden, Herr Kreher. Das steht auch im Konzept. Und dann lesen Sie es zu Ende, was dann passiert. Das können Sie gern verbreiten.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ist die Landesregierung außerhalb aller Politik? Das wundert mich aber.)

Die Vorstellungen und Vorschläge dazu müssen von dort kommen, von den Kommunen, meinte er. Wir brauchen für das ganze Land ein Konzept. Ich warte, ich stehe hier und warte. Und ich sage Ihnen, ich werde keins bekommen. Das ist das Problem.

Der Kreisvorsitzende der Liberalen Andre Beckmann: „Und mit dem Zusammenschluss der Bühnen Greifswald, Stralsund und Putbus hätten die Vorpommerschen sozusagen ihre Hausaufgaben gemacht.“ Und das ist genau das Problem. Das können wir nicht bestreiten im Land, dass Einzelne schon viel mehr Anstrengungen unternommen haben. Nur was hilft uns diese Diskussion, wenn wir nach vorn schauen müssen?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wir wollen das respektieren und ich sage Ihnen, andere sind in Gespräche eingetreten. Wir würden der Kultur in Gänze einen Gefallen tun, wenn wir das sozusagen als

gemeinsamen Auftrag nehmen. Aber dann müssen Sie die Rahmenbedingungen zur Kenntnis nehmen. Das, was Sie hier veranstalten nach dem Motto, das wäre Kulturabbau, ist nicht richtig. Und wenn Sie sich mal Theaterverbände zwischen Frankfurt/Oder, Brandenburg und Potsdam angucken, was seit Jahren läuft, dann nehmen Sie einfach mal unsere Bereiche, die wir gesehen haben. Es ist einfach nicht zielführend, das zu tun. Und ich gehe auch davon aus, dass einzelne Kommunen hier wissen, was die Uhr geschlagen hat, und natürlich in Gespräche eintreten.

Ich bin überzeugt, dass wir eine Riesenchance haben mit dem, was an Diskussionspotenzial drinsteckt, aber auch mit dem Zurkenntnisnehmen der Eckpunkte hier einen Schritt weiterzukommen. Sie sollten den Leuten einfach nichts vorgaukeln. Und wenn man in den Unterricht geht und Schüler unterschreiben lässt, hier zu protestieren,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

das wäre alles nicht richtig. Darüber will ich hier gar nicht spekulieren. Ich sage, hier engagieren sich viele Menschen für Theater und Kultur, aber dann bitte schön das Konzept auch bis zu Ende erklären und nicht immer nur dieses Übrigbleibende, am Ende bleiben zwei Standorte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ist das ein Kulturkooperationsraum?

Und jetzt komme ich zum Letzten, das ist doch das Entscheidende an dem Konzept: Wir reden heute über die Finanzen der Theater tragenden Kommunen. Die Idee des Kulturkooperationsraumes, egal, wie Sie es dann gestalten wollen,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Ist eine ganz andere.)

ist doch sozusagen, dass auch die aktiv werden, die heute in Gemeinden, Ämtern oder Landkreisen sitzen, die vergleichsweise wenig dazu beitragen. Machen wir doch alle mit, Sie in Ihrem Dorf, der Nächste in seinem Amt und sagen, wir beteiligen uns an der Finanzierung des uns so lieben Theaters!

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Der weiß auch nicht, wie die 38 Millionen zustande kommen sollen. – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Das würde den Theatern helfen. Aber das ist auch wieder anstrengend und darüber wollen Sie nicht reden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Die angemeldete Redezeit wurde durch die Landesregierung um zwölf Minuten überschritten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Er hätte ruhig noch ein bisschen länger reden können. Dann hätten wir noch mehr davon gehabt. – Michael Roof, FDP: Die haben uns nicht wirklich weitergebracht, die letzten 20 Minuten. – Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Angelika Gramkow, DIE LINKE)

sodass entsprechend Paragraph 85 unserer Geschäftsordnung den Oppositionsfraktionen diese Redezeit zusätzlich zur Verfügung steht.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Körner von der Fraktion der SPD.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Alles, aber auch alles, was wir in diesem Hause zu entscheiden haben, steht in gewisser Weise mit Finanzen in Verbindung.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ah ja! – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist wohl wahr.)

Und so ist auch dieses Thema, was wir heute zu verhandeln haben, nicht ohne den Finanzrahmen, wie er sich in diesem Lande, wie er sich in diesem Lande nun einmal darstellt, zu verhandeln.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Das ist falsch.)

Ich bin darauf gespannt, wie Frau Gramkow das Thema Theaterstruktur ohne Finanzrahmen behandeln will.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie kann ja mal sagen, was sie bei uns in der Stadtvertretung so gemacht hat. Da war ich dabei. Das kann sie mal äußern. – Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Aus meiner Sicht ist dieses Thema von Finanzen nicht loslösbar und ich muss in diesem Raum wohl nicht extra noch einmal unterstreichen, wie sich die finanzielle Situation des Landes bis zum Jahr 2020 darstellt.

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Ich gehe davon aus, dass alle Abgeordneten wissen, dass sich die Einnahmesituation des Landes bis dahin drastisch reduzieren wird aus den bekannten Gründen Solidarpakt II, Länderfinanzausgleich.

(Irene Müller, DIE LINKE:
Damit wird jetzt alles begründet.)

Das muss ich hier nicht weiter ausführen, das wissen Sie alles.

Vor diesem Kontext ist es natürlich eine äußerste Anstrengung des Landes, hier eine Mittelzuweisung von 35 Millionen Euro als Landesmittel für die Theater für die nächsten zwölf Jahre zu verstetigen. Das sind zwei Bewegungen, die nicht parallel laufen. Das ist eine Bewegung, die eindeutig für die Kultur läuft.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das stimmt so. – Zurufe von Ministerin Sigrid Keler und Minister Henry Tesch)

Sie alle wissen, dass wir, wenn wir den gegenwärtigen Status der Theater- und Orchesterlandschaft erhalten wollen bis zum Jahr 2020, enorme finanzielle Zuwächse haben. Sie wissen, dass der gegenwärtige Status, also vier Mehrspartenhäuser, drei Einspartenhäuser, zwei Beispieltheater, nicht zu erhalten ist,

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

ohne dass das Land im zweistelligen Bereich Mittel drauflegt. Das wissen Sie.

Nun stellt sich die erste Weichenstellung: Plädieren Sie dafür, dass das Land die nächsten Jahre diese Zuwächse, die erforderlich sind, erhält. Der Minister sagt 17 Millionen, es gibt auch andere Zahlen.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Ach, andere Zahlen! Es gibt gar keine. –
Minister Henry Tesch: Nur Ihre. –
Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Die hätte ich gerne haben wollen. –
Minister Henry Tesch: Es gibt keine.)

Der Minister hat gesagt 17 Millionen, Frau Gramkow, und ich gehe erst mal davon aus.

(Udo Pastörs, NPD: Vielleicht darf der
Minister auch mal von der Regierungsbank
den Mund halten, sonst muss er raus. –
Stefan Köster, NPD: Sonst muss er raus.
Der Minister muss geräumt werden.)

Ich habe diese Zahl nicht nachgerechnet. Ich gehe davon aus, dass es eine Berechnungsgrundlage gibt.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Es gibt keine
Berechnungsgrundlage für dieses Konzept.)

Dann sagen Sie mir das nicht, Frau Gramkow, wenn es keine Berechnungsgrundlage gibt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wurde
offenbar nicht verstanden.)

Ich denke, man sollte erst einmal davon ausgehen, dass jemand, der ein ganzes Ressort im Hintergrund hat und 17 Millionen auf den Tisch legt, das nicht aus der Luft gegriffen hat. Sie werden auch Möglichkeiten haben, diese Zahlen zu hinterfragen, zu überprüfen und sich die Berechnungen anzuschauen. Ich weiß nicht, ob Ihr Misstrauen so groß ist, dass alles, was gesagt wird, von vornherein in Zweifel gezogen wird, oder ob Sie nicht zumindest sagen, bitte schön, zeigt uns mal, wie das funktioniert. Wenn Sie das sagen würden, dann wäre das angemessen. Aber wenn Sie das gleich infrage stellen, dann spricht das auch nicht unbedingt für Sie,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

um jetzt diese Situation weiterzuführen, um zu sagen, wie wir über die erste Weichenstellung gehen, Verlängerung des Status quo und damit Aufwuchs oder ein Konzept, was hier einen neuen Weg beschreitet. Dann bin ich schon sehr dankbar, dass das Ministerium endlich ein Konzept vorgelegt hat, mit dem man sich auseinandersetzen kann, an dem man sich auch reiben kann.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Aber endlich ist etwas da.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Dieses Konzept – der Minister hat es ausgeführt – beinhaltet einen Zweistufenplan, einen Stufenplan bis 2010 für die Einspartenhäuser und Bespieltheater und der zweite dann die Herstellung von zwei Kulturkooperationsräumen.

Das Konzept der Landesregierung geht aber noch weiter. Im Konzept der Landesregierung ist auch noch eine Alternativrechnung vorgestellt, dass man sagt, wir versuchen noch einen weiteren Weg vorzuschlagen, nämlich die Bildung eines Landesorchesters. Sie wissen alle, dass die Orchester der teure Teil bei der Gesamttheaterlandschaft sind. Deshalb hat die Landesregierung gesagt, gut, wir machen einen Alternativvorschlag. Wir bilden ein Landesorchester. Das ist das Teuerste, das übernehmen wir mit 150 Musikern und damit sind von den teuren Orchestern die Kommunen erst einmal entlastet.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Die sind dann nur auf Achse, oder was?)

Bisher habe ich noch niemanden gehört, der dieses unterstützt hat. Aber immerhin muss man der Landesregierung zugutehalten, sie hat sich bemüht, hier einen Weg zu finden, der dauerhaft dazu führen würde, dass die Kommunen die zugestandenermaßen geringeren Kosten für Schauspiel- und Musiktheater selbst dauerhaft tragen könnten.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Nun hat die Opposition jeweils einen Antrag vorgelegt und ich frage Sie allen Ernstes, meine Damen und Herren von der

(Michael Roof, FDP: FDP.)

liberalen Fraktion und von der Linksfraktion, ich habe bis heute von Ihnen kein Alternativkonzept gesehen und auch noch nicht ansatzweise gehört, in welche Richtung Sie marschieren wollen.

(Gino Leonhard, FDP:
Nee, wir wollen nicht marschieren.)

Wo sind denn Ihre Vorstellungen?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Zwölf Jahre
hatten Sie das Bildungsministerium. Jetzt ist
endlich ein Konzept da. Also nee, es tut mir leid!)

Es tut mir auch leid, Frau Borchardt, dass Sie kein Konzept haben. Das muss man aber einfach noch mal deutlich betonen.

(Unruhe bei Abgeordneten der
Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Nee,
Herr Körner, das ist aber jetzt unter der
Gürtellinie! – Glocke der Vizepräsidentin)

Sich hinzustellen und zu sagen, alles ist schlecht, das ist viel zu einfach. Wo ist denn Ihre Alternative?

(Hans Kreher, FDP: Das haben Sie doch
gehört. – Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Wo ist denn Ihre Alternative?

(Unruhe bei Abgeordneten der
Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Zurufe von Ralf Grabow, FDP,
und Hans Kreher, FDP)

Wenn Professor Methling beispielsweise sagt, in Rostock ist in der ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, es muss der Redner noch zu verstehen sein. Also ich bitte hier um mehr Aufmerksamkeit. Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Körner. Bitte schön.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Wenn Professor Methling sagt, in Rostock hat sich die letzten Jahre so gut wie nichts bewegt, und dann noch zugesteht, dass er durchaus mitmischte in der kulturpolitischen Szene, dann muss man ...

(Unruhe bei Abgeordneten der
Fraktionen DIE LINKE und FDP –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Nun drehen Sie mir die Worte mal
nicht im Mund um, Herr Körner! –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das ist typisch. –
Michael Roof, FDP: Das hat er aber gut gemacht.)

Das will ich nicht, Herr Professor Methling. Pardon, ich habe Sie so wahrgenommen, dass Sie gesagt haben, in Rostock hat sich in der letzten Zeit wenig bewegt. Ist das falsch?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Nein.)

Und zum Zweiten habe ich gehört, Sie haben in dieser Szene auch ein bisschen Anteile.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP – Dr. Armin Jäger, CDU: Hab ich auch gehört, hab ich auch gehört. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Nein, nein, nein, ich gebe Ihnen das noch mal schriftlich! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich wollte Ihnen in keiner Weise zu nahe treten.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Schon passiert.)

Ich habe Sie so verstanden. Ich will aber auf etwas anderes hinaus.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Dann nehmen Sie doch mal Ihre eigene Verantwortung wahr!)

Wenn wir das so weiterlaufen lassen, dass sich hier und da etwas bewegt und hier und da eben etwas nicht bewegt, dann bleibt ein Stillstand in der Szene, wie er in Rostock zu konstatieren ist.

(Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Und ich sage jetzt mal etwas anderes: In Schwerin hat man sich teilweise nicht weiter Gedanken gemacht, als einen Brief an die Landesregierung und an die Fraktionen zu schreiben mit der Aufforderung, das Land möge doch bitte schön Gesellschafter von Schwerin werden. Und weil Schwerin so ein bedeutendes Theater hat, muss es selbstverständlich mehr Geld kriegen als die anderen Häuser. Was ist denn das für ein Lösungsvorschlag, wenn jeder nur auf seins schaut?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Kennen Sie den Beschluss des Kreistages Parchim mit allen Fraktionen, auch der SPD und der CDU? Tja, da sitzen auch Abgeordnete aus diesem Hause, nicht nur wir.)

Das ist insoweit nur in Bezug auf Lösungsansätze, die aus den Regionen selber kommen. Rostock hat keine Bewegung, Schwerin hält die Hand auf und sagt, das Land will bitte schön mehr.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Parchim hat einen Ansatz und der ist überhaupt nicht diskutiert worden.)

Und so ist das in anderen Sparten auch.

(Reinhard Dankert, SPD: Rostock bewegt sich, keine Angst.)

Mittlerweile gibt es Bewegung.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Gab es schon vorher, auch aus Ihrer eigenen Region. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich begrüße außerordentlich, dass in Rostock eine Entwicklung im Gange ist, die verhängnis..., verheißungsvoll ist, pardon.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Eindrucksvoll, ja, eindrucksvoll. – Irene Müller, DIE LINKE: Das war ein freudscher Versprecher. – Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Ich nehme aber etwas anderes wahr und hier muss ich dem Minister ausdrücklich beipflichten. Ich nehme einen Spagat wahr zwischen den Theater tragenden Kommunen und auch den Intendanten, wenn es denn um die Einschätzung dieses Konzeptes geht. Ich war in den letzten zwei Wochen viele, viele Stunden unterwegs im Land, habe mit diversen Intendanten

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mitgemischt.)

sowie Theater führenden Kommunen geredet und ich machte folgende Wahrnehmung: Hinter verschlossenen Türen sagen einem Kommunalpolitiker, sagen einem Intendanten, dieses Konzept ist alternativlos.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das hör ich auch. Genau das hör ich auch.)

Hinter verschlossenen Türen sagen sie das, wir haben keine andere Alternative, wir sehen keinen anderen Weg,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Auf Kosten der anderen. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

aber ich bitte um Verständnis, wenn wir das nicht öffentlich sagen. Und wenn sie dann vor die lokale Presse treten, dann sagen die gleichen Personen etwas anderes,

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

dann lassen sie den Kommunalpolitiker raushängen und sagen, keine Veränderung für uns,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Nennen Sie doch mal Namen! Die kennen Sie doch alle.)

wir wollen unbedingt unseren Standort erhalten.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Borchardt?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Wie könnte ich Frau Borchardt eine Antwort verweigern?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von der CDU: Charmeur! Charmeur!)

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte schön, Frau Borchardt, fragen Sie.

(Michael Roof, FDP: Jetzt seien Sie auch charmant, Frau Borchardt!)

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Dr. Körner, Sie haben eben gesagt, dass die Kommunalpolitiker, auch die Landespolitiker, so habe ich Sie verstanden, in den Kommunen zusagen ihren Kommunalpolitiker raushängen. Ist Ihnen bekannt, dass der Kreistag Parchim, in dem aus diesem Hohen Haus fünf Abgeordnete Mitglied sind, einen Beschluss gefasst hat, und zwar einstimmig, zur Erhaltung des Theaterstandortes in Parchim?

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Das ist mir nicht bekannt.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Oh!)

Ich lese nicht alle Zeitungen. Ich weiß wohl, dass es in dieser Hinsicht in vielen Teilen des Landes eine große Identifizierung der Bevölkerung, auch der kommunalen Parlamente mit dem Theater gibt. Und das begrüße ich erst mal außerordentlich.

Wenn jetzt Parchim diesbezüglich Position bezieht, dann kann ich sagen, dieses Konzept birgt auch etwas sehr Schmerzliches, es birgt Verlust. Das kann man nicht schönreden und das bedauere ich auch. Und das, was in Parchim im Kinder- und Jugendtheater gemacht wird, was ich außerordentlich begrüße, das wird in dieser Form nicht hundertprozentig weiterführbar sein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Das, was die Tanzkompanie Neustrelitz macht, begrüße ich außerordentlich, und Sie wissen, ich komme aus Neustrelitz und ich war damals Gründungsmitglied, als die Tanzkompanie aus der Taufe gehoben wurde. Es tut mir furchtbar weh, aber ich sehe keine Alternative.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das ist schlecht.)

Und was Herr Bordel in Anklam macht, das verdient allerhöchste Anerkennung, nicht nur im künstlerischen Bereich, sondern auch im sozialpädagogischen Bereich, alle Achtung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen

der SPD, CDU und DIE LINKE –

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Stimmt.)

Ich bin noch nicht fertig.

Aber was haben wir denn für eine Alternative?

(Torsten Koplín, DIE LINKE:

Na Geld in die Hand nehmen. –

Heike Polzin, SPD: Wie denn? Wie denn?)

Ich habe auch mit Parchimer Künstlern geredet. Sie wollen natürlich sagen, wir wollen das beibehalten. Und es ergibt sich in meinen Augen so etwas wie ein Pseudokonzept, dass insbesondere die Einspartenhäuser mittlerweile dahin tendieren, dass sie sagen, was wir machen, das ist phantastische Arbeit. Wir haben ein Kosten-Nutzen-Verhältnis, also Besucherzahlen im Verhältnis zu den finanziellen Aufwendungen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

Das ist exzellent, da können die großen Standorte überhaupt nicht mithalten. Ist auch klar, die Kleinen haben auch kein Orchester. Und nun gibt es eigentlich bei den Kleinen welche, die sagen, sie wollen gute Arbeit machen, was man auch unterstreichen kann, sie wollen weiter existieren, und wenn das Geld nicht reicht, dann plädieren sie dafür, dass die vier Standorte abgebaut werden, dass sie keine Mehrspartentheater mehr haben. Es gibt allen Ernstes Leute in Einspartenhäusern, die sagen, uns ist es lieber, wenn wir in der Fläche viele kleine Theater haben, die so etwas machen, wie Herr Bordel macht, wie in Anklam passiert,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:

Dann müssen sie gestärkt werden.)

und damit verzichten wir gern auf so etwas wie Landesliga. Dann bauen wir die Orchester ab, die wollen wir nicht. Wir haben aber eine flächendeckende Versorgung im Lande mit dem, was gegenwärtig in Parchim und

Anklam läuft. Das ist eine Möglichkeit, das kann man machen. Wollen Sie das ernsthaft?

Insofern gestehe ich zu, dieses Konzept ist auch ein Konzept der Verluste. Wir werden nicht alles weiterfinanzieren können. Aber wir müssen nach Mitteln und Wegen suchen, dass in Parchim, Anklam und so weiter auch weiterhin Kultur möglich ist.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ist das denn Ihr Konzept, dass Sie sagen, wir müssen die Orchester plattmachen und das Geld nutzen, um im Land flächendeckend zu werden? Regionalliga ist auch nicht schlecht. Dann haben wir eben im Land nur noch eine Regionalliga und keine Landesliga mehr. Bundesliga findet dann nur noch während der Festspiele statt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

Regionalliga ist übrigens höher als Landesliga. –

Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE –

Die Abgeordnete Barbara Borchardt

bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Bundesliga findet dann bloß noch statt im Land bei den Festspielen in M-V oder wenn das NDR-Sinfonieorchester im Lande rumtourt. So kann man es sagen. Wollen Sie das ernsthaft? Insofern, denke ich, muss man die Dinge von allen Seiten beleuchten.

Rückfragen, liebe Kollegin?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Borchardt? (Zustimmung)

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Meine Nachfrage: Ihren Ausführungen entnehme ich, dass auch die Beschlussfassung im Kreistag Parchim, an dem sich die Abgeordneten des Landtages, die dort ansässig sind, beteiligt haben, deutlich macht, dass es doch nicht so rund ist, wie Sie versuchen, uns das hier darzustellen, sondern es doch Ecken und Kanten gibt.

(Zurufe von Minister Lorenz Caffier
und Minister Henry Tesch)

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Rund? Was heißt rund?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Rund ist nicht eckig.)

Rund ist vollkommen,

(Michael Andrejewski, NPD: Rund ist vollkommen! – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

aber vollkommen ist dieses Konzept nicht. Ich habe deutlich gemacht, dass es ein Konzept der Einsparungen und auch ein Konzept der ganz klaren Einschnitte gibt. Was heißt rund? Aber die Frage lautet, gibt es Alternativen? Auch wenn hier einige Abgeordnete im Kreistag dieses und jenes machen, ich stehe nicht dafür. Möglicherweise kennen Sie die Gesamtsituation noch nicht so deutlich, wie ich sie als kulturpolitischer Sprecher kenne.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah!)

Wir werden uns auseinanderzusetzen haben und an diesem Punkt, denke ich, kann jeder lernfähig sein.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Was machen Sie in Ihrem Kreis denn? –
Peter Ritter, DIE LINKE: Dann sind das
also Ahnungslose, die da Beschlüsse fassen? –
Reinhard Dankert, SPD: Das hat er aber auch
nicht gesagt. – Zuruf von Minister Henry Tesch)

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Danke.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Ich fahre fort in meinen
Ausführungen.

Ich sehe teilweise bei den verantwortlichen Kommunal-
politikern und bei den Kulturschaffenden in den einzel-
nen Regionen eine unterschiedliche Äußerung derge-
stalt, dass sie hinter verschlossenen Türen sagen, ja, wir
haben kein Alternativkonzept und das, was das Land vor-
schlägt, ist so falsch nicht, aber öffentlich anders votie-
ren. Das kann, verehrte Abgeordnete, dazu führen, dass
mangels Blick über den lokalen Tellerrand dieses Konzept
scheitert. Wenn alle Lokalpolitiker und alle Intendanten
weiterhin öffentlich sagen, wir schauen nur auf unseren
Standort und was das Land macht, interessiert uns nicht,
dann wird dieses Konzept scheitern.

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

Was passiert dann? Was passiert denn dann, wenn
dieses Konzept nicht dazu führt, dass eine Bewegung
in Gang kommt, dass Gespräche geführt werden, dass
eben Herr Bordel auch im Blick hat, was in Schwerin
stattfindet und umgekehrt.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das weiß er sehr
wohl. – Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Und umgekehrt! Und umgekehrt! –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Jetzt haben Sie die Intendanten schlechter
gemacht, als sie sind. – Heike Polzin, SPD:
Das macht er doch gar nicht.)

Ich mache die Intendanten überhaupt nicht schlecht,
aber ich kann nur nach dem Prinzip gehen: „Leben und
leben lassen.“

(Torsten Koplín, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

Es kann doch nicht danach gehen, dass jeder nur sagt,
ich will leben und das Land soll geben,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja. –
Angelika Gramkow, DIE LINKE: Richtig.)

und was woanders passiert, das interessiert mich nicht.

(Heike Polzin, SPD: Richtig.)

Das funktioniert doch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist richtig. – Heike Polzin, SPD:
Ja, ja! – Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Ich will meine Ausführungen nicht weiterführen. Das
Wesentliche ist nach meiner Einschätzung gesagt. Ich
will noch etwas zum Verfahren sagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich hätte gerne
noch etwas über die Ligen gewusst.)

Ich habe deutlich wahrgenommen – und wer das nicht
gehört hat, für den möchte ich das noch einmal unter-
streichen –, das Ministerium führt Gespräche mit den
Theater tragenden Kommunen, die auch erforderlich
sind. Ich mache das und jeder kulturpolitische Sprecher
kann das für sich natürlich auch tun.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist aber nett.)

Damit wird man in der Regel klüger, das kann ich nur
sagen. Aber dann stellt sich die Frage: Wie gehen wir mit
diesem Papier der Landesregierung weiterhin um?

(Michael Andrejewski, NPD: Ab in die Tonne!)

Ich schlage vor, dass wir in einiger Zeit, in einer relativ
überschaubaren Zeit, nämlich wenn der Minister seine
Gespräche mit den Theater tragenden Kommunen abge-
schlossen hat und sich das Bild für ihn auch noch einmal
rundet,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn
er weiß, was er angerichtet hat.)

dass sich dann der Bildungsausschuss in Form einer
Selbstbefassung dieses Papier der Landesregierung
auf den Tisch zieht. Dann können wir, Kollege Kreher,
nicht nur debattieren, das machen wir hier, dann können
wir durchaus auch diskutieren. Dann geht es praktisch
darum, was der eine zu den Argumenten des anderen
sagt. Es geht dann nicht nur darum, dass man seinen
Standpunkt vorträgt und Ruhe hat, sondern darum – dar-
auf bin ich schon gespannt –, wie Sie auf die Dinge rea-
gieren, die ich Ihnen dann vorzutragen habe. Ich werde
mich bemühen, auf Ihre Fragen zu antworten. Dieser Dis-
kussionsprozess steht im Bildungsausschuss an.

(Hans Kreher, FDP: Das
wäre ja schon mal ein Weg.)

Ich denke, wir sollten dem Minister noch Zeit geben, die
Gespräche zu führen. Das heißt, nicht am Sankt-Nim-
merleins-Tag, das kann Ende des Jahres oder Anfang
nächsten Jahres losgehen. Das muss es auch, weil die
Situation drängt.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter,
gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordne-
ten Herrn Rooff?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Auch dem Kollegen
Fraktionsvorsitzenden der FDP kann ich natürlich nicht
die Antwort verweigern.

Michael Rooff, FDP: Herr Dr. Körner, in Vorbereitung
einer solchen Diskussion, die wir sehr begrüßen, können
Sie uns bitte sagen, wo wir das Konzept der Sozialdemo-
kraten finden? Wir haben nachgeschaut, in der Zeit von
1998 bis 2006 haben wir kein Theaterkonzept der Sozial-
demokraten gefunden. Können Sie uns bitte sagen, wo
wir das finden?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Das kann ich Ihnen
sagen, wo Sie das finden. Das finden Sie nirgends.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Michael Rooff, FDP: Danke schön.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Es gab zwischen 1998
und 2008 kein Konzept, was mir bekannt ist. Es gab
sicherlich Überlegungen in den Ministerien, wie man das
weitermachen kann, aber es gab ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das kann nicht sein. Nein, nein.)

Doch, ich muss mich ein bisschen korrigieren, Kollege Roof.

Michael Roof, FDP: Na, was denn nun?

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Ich war nicht ganz auf der Höhe der Zeit. Das habe ich jetzt versucht, in Sekundenschnelle nachzuholen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Nein, ich muss es ein bisschen korrigieren. Es gab in der letzten Legislaturperiode natürlich die Bemühungen – Entschuldigung in Richtung Haus –, ein solches Konzept zu erarbeiten. Damals mit dem sicherlich guten Vorschlag, wir nehmen alle Beteiligte an einen Tisch, reden gemeinsam und dann wird am Ende etwas rauskommen.

(Heike Polzin, SPD: Eine Intendantenkonferenz.)

Es gab die sogenannte Intendantenkonferenz. Da waren die Intendanten, die Vertreter der Orchester und Theater, die Geschäftsführer und Politiker am Tisch.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Richtig, das gab es doch.)

Diese Gesprächsrunden, die mehrfach angesetzt wurden, gingen aus wie das Hornberger Schießen. Es ist nichts herausgekommen. Es ist gar nichts herausgekommen.

(Jörg Vierkant, CDU: Richtig.)

Das heißt, die Beteiligung der Theaterschaffenden hat nicht unbedingt dazu geführt, dass es weiterging, weil, wie gesagt, die egoistische Brille nicht abgesetzt wurde.

(Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

Insofern denke ich schon, dass wir gut aufgestellt sind,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Hat Herr Körner so lange Redezeit gehabt? –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ja.)

wenn das Land hier eine Steuerfunktion übernimmt und wir damit weiterkommen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Körner.

Herr Borrmann, mit Ihrem Zwischenruf haben Sie eine persönliche Beleidigung ausgesprochen. Dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Michael Andrejewski, NPD:
Er hat nur die Wahrheit gesagt.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplín von der Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Was ich zu diesem Thema zu sagen habe, habe ich auf diese beiden Eintrittskarten geschrieben.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Frage doch mal, wer in den letzten Wochen im Theater war! – Dr. Klaus-Michael Körner, SPD:
Ist ja ein tolles Konzept.)

Unsere Arbeitsthesen, Herr Dr. Körner, lasse ich auch von Ihnen nicht verunglimpfen. Ich werde darauf noch eingehen.

Ich zeige sie deshalb, weil der Bildungsminister in der Pressekonferenz am 26. August gesagt hat: Wer sich dazu äußert, soll seine Billets danebenlegen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und erst habe ich gedacht, auf den Unsinn musst du nicht unbedingt eingehen, aber dahinter versteckt sich aus meiner Sicht ein eigentümliches Demokratieverständnis. Ich bin sehr dafür und halte es auch für unabdingbar, dass wir ins Theater gehen, dass wir uns für Kunst und Kultur interessieren und auch auf diese Art und Weise Solidarität mit den Künstlerinnen und Künstlern zeigen beziehungsweise Interesse an ihrer Arbeit dokumentieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr richtig.)

Aber wenn wir einander die Berechtigung absprechen, nur wenn dieses oder jenes gegeben ist, sich zu gesellschaftlichen Prozessen und Themenstellungen zu äußern, dann halte ich das für sehr zweifelhaft. Das würde ja bedeuten, Frau Polzin, entschuldigen Sie, als Bildungsexpertin dürften Sie nicht zu wirtschaftspolitischen Dingen sprechen, denn Sie haben kein Modegeschäft, obwohl Sie immer sehr adrett angezogen sind, aber Sie haben kein Modegeschäft wie Herr Rühls.

(Zurufe aus dem Plenum: Oh! –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Mach mal weiter so!)

Ja.

Oder Herr Dr. Nieszery, ausgewiesener Gesundheitsexperte, müsste einen Sack Kartoffeln mit nach vorne nehmen, wenn er sich zum ländlichen Raum äußern wollte.

(Heike Polzin, SPD: Ich kann auch keine Eier legen und weiß trotzdem am besten, wann das Frühstücksei gut ist. –
Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Das halte ich also für nicht hinnehmbar.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Ich will Ihnen allen zusammen aber sagen, um davon wegzukommen,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

ich denke, die Theater und Orchester sind derzeit bei Ihnen, Herr Tesch, in schlechten Händen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Ich meine, dass die Politik, die die Landesregierung auf diesem Gebiet betreibt, sehr widersprüchlich ist. Sie sagen, wir verstetigen die Mittel bis 2020 mit 35,8 Millionen Euro und verkaufen das als Erfolg.

(Heike Polzin, SPD: Ja, das ist es auch, Herr Koplín. Aber ein gewaltiger. Ist es wirklich. –
Jörg Vierkant, CDU: Ist es, richtig, ist es. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das ist ein zweifelhafter Erfolg. Nein, nein, nein, nein, ich bezeichne das nicht als Erfolg. Ich will Ihnen auch sagen, warum:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hatten wir noch nie. Das ist neu für uns.)

Sie betrachten nämlich nicht mit die Geldentwertung bis 2020.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –

Dr. Armin Jäger, CDU: Ach, das wissen wir doch alles. – Heike Polzin, SPD:

Sie betrachten nicht die finanzielle Situation des Landes. – Zuruf von Minister Lorenz Caffier – Glocke der Vizepräsidentin)

Das wissen wir alle. Ich habe das einmal ausgerechnet, das ist sehr viel Geld, Frau Keler, sehr viel Geld.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie können bloß alles schlechtreden. – Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Bei einer Inflationsrate, unterstellt von zwei Prozent, das ist beträchtlich unter dem, was zurzeit die Inflationsrate ausmacht, sind die 35,8 Millionen Euro,

(Egbert Liskow, CDU: So ein Quatsch!)

Herr Liskow, aus diesem Jahr, im Jahre 2020 nur noch 28,1 Millionen Euro wert.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Sehr richtig. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das Geld wird entwertet.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Genauso ist es.)

Sie geben also den Theatern und Orchestern weniger Geld, weniger Geld auf lange Sicht gesehen.

(Egbert Liskow, CDU: Es geht um eine Garantie, um eine Garantie. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ich komme nachher auch noch zu den Fragen der Wertschöpfung.

Ein zweiter Punkt ist die Behauptung, das halte ich auch für widersprüchlich, dass es sich hier bei diesem Dokument der Landesregierung um ein Diskussionspapier handelt. Herr Tesch und Herr Caffier, Sie hatten in der Pressekonferenz am 26.08. gesagt, das ist unser Eckpunkte- und Diskussionspapier. Über zwei Dinge lassen wir nicht mehr mit uns reden: erstens übers Geld und zweitens über die Fusionen.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Sehr richtig. – Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Ja, über was wollen Sie dann noch reden?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Angelika Gramkow, DIE LINKE: Genauso ist es.)

Was ist denn nun noch Verhandlungsmasse? Was ist Gestaltungsspielraum? Das ist etwas eigenartig.

(Minister Lorenz Caffier: Wo ist denn Ihr Konzept? Was ist denn Ihr Konzept? Geld drucken? Das hatten wir schon mal.)

Da sage ich gleich noch etwas zu.

Der dritte Punkt, den ich für sehr widersprüchlich halte, damit meine ich die Betrachtung von Herrn Kreher. Was haben Sie für eine Sicht auf Kunst und Kultur in diesem Land? Da begrüßt Frau Keler in dieser Woche völlig zu Recht 220 Arbeitsplätze im Finanzamt Neubrandenburg und sagt, das hat die Dimension eines mittelständischen Unternehmens. Und das ist eine Tatsache. Ich finde es gut, dass die Arbeitsplätze erhalten bleiben und dort angesiedelt werden. Aber im gleichen Atemzug muss man auch erklären, dass es sich bei diesem Eckpunkte- und Diskussionspapier um die Streichung von 180 Arbeitsplätzen von Künstlerinnen und Künstlern handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Angelika Gramkow, DIE LINKE: Richtig.)

Das hat die Dimension eines mittelständischen Unternehmens. Sind diese Arbeitsplätze weniger wert?

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Verdienen diese Arbeitsplätze keine Würdigung?

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das ist hier die Frage.)

Sind nur bestimmte Arbeitsplätze von Wert und diese nun nicht? Ich halte das für sehr widersprüchlich.

(Werner Kuhn, CDU: Na, das wird aber von Steuergeldern finanziert.)

Ich fordere Sie auf umzudenken!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Kulturpolitik ist keine Subvention, Kulturpolitik ist eine Investition in die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP – Udo Pastörs, NPD: Kultur zahlt der Bund und nicht das Land.)

Wo Kultur kaputtgemacht wird, Herr Pastörs, das an Ihre Adresse, da hält Barbarei Einzug. Das ist der Punkt.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Und wer heute Theater schleift, braucht morgen mehr Geld für Projekte gegen Rechts.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist auch ein Punkt.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja ein bisschen billig, Herr Koplín. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und nun zu den Alternativen: Wenn wir sagen, wir wollen mehr Geld für Kunst und Kultur haben, dann lasse ich das nicht verunglimpfen. Manchmal ist es so, dass man mehr Geld in die Hand nehmen muss.

(Heike Polzin, SPD: Das tun wir schon überdimensional.)

Und im Übrigen halte ich das ...

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Ich sage Ihnen, Herr Caffier, es ist doch so, was politisch gewollt wird, das wird auch bezahlt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Heike Polzin, SPD: Ja. – Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Was politisch gewollt wird, das wird auch bezahlt.

(Michael Roof, FDP: Das müssten Sie doch aus Ihrer Regierungszeit kennen von 1998 bis 2006. Was ist da denn passiert? – Zuruf von Minister Lorenz Caffier – Glocke der Vizepräsidentin)

Ich will Ihnen gerne ein Beispiel aus dem Kulturbereich bringen, einen Punkt aus dem Kulturbereich, dem Bildungsausschuss: Das Musikfestival gGmbH kommt in den Kulturausschuss und stellt die Idee einer Stiftung vor. Ich finde das eine ganz tolle Sache. Das haben wir alle, die da saßen, begrüßt. Das Interessante an dem Aspekt ist, sie kommen zu uns und sagen, sie haben die Überlegung, eine Stiftung zu gründen. Sie haben das bereits mit Frau Keler und Herrn Ringstorff besprochen

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Und haben schon das Stiftungskapital.)

und faktisch offene Türen vorgefunden und haben 1 Million Euro als Stiftungsgrundkapital.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hört, hört!)

Das ist doch vernünftig. An dieser Stelle ist Geld dafür da.

(Regine Lück, DIE LINKE: Interessant!)

Ich begrüße das. Aber wenn Geld dafür da ist und plötzlich immer erklärt wird, also für die anderen Bereiche, da hätten wir nichts, dann möchte ich Ihnen sagen:

(Heike Polzin, SPD: Das ist schon wieder dieser Trugschluss. – Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Sie extrapolieren immer.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das hat mir der Intendant aus Neustrelitz und Neubrandenburg ja auch mitgeteilt, der Herr Schulze.

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Herr Ringstorff, Sie waren ja bei ihm und haben dieses bekannte Diagramm gezeigt: die Ausgaben steigen und die Einnahmen aus dem Bund-Länder-Vergleich sinken. Und dann gibt es dieses Diagramm mit den entsprechenden ...

(Heike Polzin, SPD: Das sind die Fakten. Das sind die Fakten. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das sind die Fakten.)

Das sind die Fakten.

Aber eines wird immer ausgeblendet, und zwar wird es in den nächsten Jahren eine Wertsteigerung geben.

(Raimund Borrmann, NPD: Na, dann warten wir mal ab.)

Menschen, die arbeiten, produzieren aus technologischen und ökonomischen Gründen mehr mit den Ressourcen, die vorhanden sind. Das schafft eine Wertsteigerung. Die

wird immer ausgeblendet. Es sind immer lineare Kurven, die Sie zeichnen.

(Zurufe von Heike Polzin, SPD, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Insofern halte ich das nicht gerade für zielführend.

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Mein zweiter Punkt.

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Also, wir wollen mehr Geld in die Hand nehmen, das ist die Alternative.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ist diese Alternative eine schlechte? Sie ist auf alle Fälle diskussionswürdig.

(Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Zweiter Punkt. Die Kooperation zwischen den Theatern und Orchestern sollte belohnt werden, ohne eine Fusion zu erzwingen. Es gibt Kooperationen, die sollten weiterhin unterstützt werden.

Drittens. Wir brauchen eine ressortübergreifende Förderung.

Viertens. Wir brauchen ein Investitionsprogramm für Kulturbauten. Investitionen in Kulturbauten sind Investitionen, wie sie im Buche stehen, wie in anderen Bereichen,

(Udo Pastörs, NPD: Gegen Neonazis. Nur gegen Neonazis.)

im gesellschaftlichen Leben, in der Wirtschaft.

Abschließend, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich verweisen auf eine sehr bemerkenswerte Laudatio oder auf die Antwort auf die Preisverleihung von Uwe Tellkamp, der vor einigen Tagen den „Uwe-Johnson-Preis“ in Neubrandenburg verliehen bekommen hat vom „Nordkurier“ und von der Literaturgesellschaft. Er hat gesagt: „Wir leben in einer kulturfremden Gesellschaft. Eine kulturfremde Gesellschaft ist schlimmer als eine kulturfeindliche Gesellschaft.“

(Udo Pastörs, NPD: Weil dem Volk die Kultur fremd ist, die produziert wird.)

Weil eine kulturfeindliche Gesellschaft, und da bezog sich Herr Andrejewski zu Recht auf die DDR, dort hat man die Kultur ernst genommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Udo Pastörs, NPD: Ja, ja!)

Die Frage ist, ob wir uns anheften lassen wollten, eine kulturfremde Gesellschaft zu sein? – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Minister Lorenz Caffier: Sie sollen Ihr Konzept vorstellen! Wo ist denn Ihr Konzept?)

Ich habe vier Punkte genannt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Kulturrevolution haben die gemacht. – Zuruf von Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplín.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch. Bitte schön, Herr Tesch.

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das ist ja genau das Problem, Herr Koplín, was Sie machen. Ich habe gesagt, ich nehme Ihre 19 Millionen Euro ernst. Sie stellen sich hin – und das machen Sie ja sozusagen, indem Sie immer nur die Hälfte des Konzeptes transportieren – und sagen, ja da hat er gesagt, wenn da einer protestiert, dann soll er gleich die letzte Theaterkarte mit abgeben. Und dann sagen Sie – was ist denn das für ein Beispiel –, das würde bedeuten, wenn Frau Polzin über Wirtschaft redet, dürfte sie nur ein Modegeschäft haben. Nee, sie kann da einkaufen gehen, um in dem Beispiel zu bleiben.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie versuchen wirklich, die Leute zu vernebeln. Dann sagen Sie etwas zu den Kartoffeln. Ich habe aber nicht gesagt, dass man die anbauen soll, sondern man kann ja welche kaufen. Ich habe nicht gesagt, dass man Schauspieler werden muss wie Sie.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, man muss die Theaterkarte mitbringen, um in Ihren Beispielen zu bleiben.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Aber Sie sind nicht schlechter als Herr Koplín.)

Also das ist genau das, was Sie machen. Herr Koplín, jetzt nehme ich Ihr letztes Beispiel mit Tellkamp.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie reißen das aus dem Zusammenhang. Sie wissen ganz genau, dass ich bei dieser Veranstaltung war, da ich sozusagen den Einführungsvortrag gehalten habe. Tellkamp würde wütend sein, wenn Sie ihn so aus dem Zusammenhang reißen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das glaube ich auch. – Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das glaube ich nicht.)

gerade weil er ja einen Roman über die letzten acht Jahre in der DDR geschrieben hat. Also das sind einfach diese Dinge, wir nehmen die Hälfte, wir machen es nicht.

(Der Abgeordnete Peter Ritter
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, gestatten Sie, eine Anfrage?

Minister Henry Tesch: Ich mache es ganz kurz zu Ende, Herr Ritter. Das dauert nur noch eine Minute, dann gerne.

Der Gestaltungsspielraum, den wir haben, den muss man beschreiben. Ich habe das gemacht mit den Zahlen. Das ist doch keine Position, auf die wir uns zurückziehen, sondern wir sagen, wir machen ja. Und das ist hinter den Kulissen – da kann man natürlich die Frage so stellen, Frau Borchardt – gerechtfertigt. Dann wundern wir uns, aber das ist natürlich die Systematik, wir wollen offene Ausschüsse, wir wollen das machen, wir wollen das alles tun, und wenn es dann vor Ort ernst wird, dann muss das natürlich einer aushalten.

(Michael Roof, FDP: Ja.)

Und das halten Menschen nicht aus.

(Michael Roof, FDP: Das müssen sie aber.)

Also sagen Sie: Okay, wir machen das so, einer soll das mal aushalten, den setzen wir dahin, und der muss es dann aushalten.

(Ralf Grabow, FDP:
Das haben Sie doch gemacht.)

Und auch zu dieser Diskussion, bestimmte Arbeitsplätze wären mehr wert und andere weniger, sage ich Ihnen Folgendes: Was ist denn das für eine demagogische Grundhaltung, das mit mittelständischen Unternehmen zu vergleichen? Wir machen das ja gerade nicht. Kultur muss subventioniert werden. Aber wenn Sie dann solche Vergleiche machen mit den mittelständischen Unternehmen, ich weiß nicht, ob man das mit subventionierten Unternehmen gleichsetzen sollte. Sie machen immer nur eine Hälfte in diesen Bereichen und glauben, die Menschen merken das nicht.

(Zurufe von Werner Kuhn, CDU,
und Irene Müller, DIE LINKE)

Herr Koplín, wenn wir so viel übers Geld reden – und das werfe ich Ihnen jetzt nicht persönlich vor, denn ich weiß, Sie gehen jetzt sofort an die Decke –, dann nehmen wir doch mal in diesen Tagen das Beispiel, wenn wir irgendwann über die Deutsche Einheit sprechen, denn Sie reden immer über die Tatsache, mehr Geld, mehr Geld, okay, wir haben es hier nicht irgendwo gebunkert. Ich kann mich noch daran erinnern, jemand wie Oscar Lafontaine war gegen die Deutsche Einheit, weil sie Geld kostet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das dürfen wir nicht vergessen. Und Sie kommen hier jedes Mal reinmarschiert und sagen: Geld her! Geld her! Der wollte es gar nicht. Er wollte gar kein Geld in den Osten geben. Das muss man einfach mal sagen an dieser Stelle.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Und wir wollen das Geld der Bürgerinnen und Bürger, was da ist, ausgeben. Wir wollen Kultur, Theater und Orchester sichern. Das ist kein einfacher Vorgang. Jetzt muss man das auch mal den Schülerinnen und Schülern und den Abgeordneten erklären – und Herr Körner hat es ja auch getan –, wir reden jetzt über einen Zeitraum von zwölf Jahren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Auch das ist ja etwas, was nicht alltäglich ist. Sie tun ja so, als ob es morgen zu Ende ist. Und jetzt sagen Sie, ja, man muss dann mal reden, man soll keine Kooperation erzwingen. Wann, stellen Sie sich vor, haben Sie denn die Kooperation fertig? Und dann nehmen Sie Beispiele von einer Stiftung und verwirren die Leute wieder zur Hälfte und sagen, was politisch gewollt ist und der Ministerpräsident und die Finanzministerin haben einfach Geld rein getan. Tja, eine einmalige Geschichte ist das.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und
Jörg Vierkant, CDU: Richtig.)

Wir reden über einen jährlichen Zuschuss bis zum Jahre 2020.

(Heike Polzin, SPD: Genau.)

Und wenn Sie von einer Geldentwertung reden, dann sage ich es noch mal, wir treffen uns alle wieder, wenn Sie dann sozusagen plädieren für das Theaterkonzept 2020 bis 2030, denn das muss alles erwirtschaftet werden.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Das erleben wir zum Glück nicht
mehr. Ich hoffe, er auch nicht.)

Wir sollten Kultur und Orchester nicht kaputtreden. Ich denke, letztendlich ist es möglich, wir können das nach vorne entwickeln, aber es ist kein einfacher Vorgang. Und deshalb, wenn Sie hier schon Ralf-Peter Schulze zitieren, der gesagt hat: Wer soll denn sagen, dass ist jetzt kein Einschnitt? Wer soll das denn sagen? Das macht keiner von uns. Und Sie sehen ja, dass das nicht vergnügungssteuerpflichtig ist. Wenn Sie sagen, das ist bei Ihnen in schlechten Händen, ja, das ist wie auf einer Bühne. Also, um bei Brecht zu bleiben, ein bisschen wahrhaftig muss es dann doch schon sein,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Aber nicht bei Ihnen.)

wenn wir nicht alle zu Schauspielern werden wollen. In dem Zusammenhang kann man nur sagen, das ist in guten Händen, weil wir uns dieser Verantwortung stellen. Es ist nicht einfach, das kann ich Ihnen versichern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist wohl wahr.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt die Anfrage?

Minister Henry Tesch: Bitte, Herr Abgeordneter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Minister, dann bleiben wir mal bei der Wahrhaftigkeit. Sie haben meinen Kollegen Torsten Koplín als Schauspieler bezeichnet.

Minister Henry Tesch: Habe ich nicht getan.

Peter Ritter, DIE LINKE: Würden Sie mir zustimmen, dass auch der Kreistagspräsident Herr Lietz oder der Stadtpräsident Herr Liskow Schauspieler sind,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Genauso ist es.)

weil sie in ihren Vertretungen Ihr Konzept mit Beschlüssen auch abgelehnt haben oder ablehnen werden?

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Sehr gut.)

Minister Henry Tesch: Sehr geehrter Herr Ritter, da sind wir genau wieder bei dieser Geschichte, wir machen etwas zur Hälfte. Herr Koplín hat das Beispiel bemüht, dass ich gesagt habe, wenn man protestiert – weil ich eigentlich eine Welle auslösen wollte von Theatergängen –, legen Sie bitte die letzte Theaterkarte hinzu.

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Und dann hat er gesagt, das ist aber ein schlechtes Beispiel, man dürfe sich ja über Wirtschaft nur äußern, wenn man ein Geschäft hat. Damit ist er sozusagen aus dem Zusammenhang dieses Beispiels heraus, weil ich sage, Frau Polzin kann gerne einkaufen gehen. Dann hat er gesagt, man dürfe sich nur über Kartoffeln äußern, wenn man welche anbaut. Ich habe gesagt, man kann auch welche kaufen. Und dann habe ich sozusagen den Rück-

schluss gezogen und gesagt, Theaterkarte mitbringen und nicht Schauspieler werden.

Peter Ritter, DIE LINKE: Aber Sie haben jetzt meine Frage nicht beantwortet.

Minister Henry Tesch: Das hat nichts mit dem Beispiel zu tun, was Sie gefragt haben.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter ...

Peter Ritter, DIE LINKE: Dann stelle ich eine Nachfrage: Wie stehen Sie denn zu den Beschlüssen im Kreistag Ostvorpommern und in der Bürgerschaft in Greifswald, die ja am Montag einen Beschluss fassen wird, die Ihr Konzept sozusagen von Ihren Kollegen ablehnen?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Minister Henry Tesch: Ja, aber da ist vollkommen richtig, dass ich gesagt habe, vor Ort ist das doch eine völlig normale Haltung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das versteht
Herr Ritter nicht. Hier ist man Abgeordneter.)

dass man zunächst einmal das, was Herr Dr. Körner hier beschrieben hat, diesen Einschnitt zur Kenntnis nimmt. Und wer soll dann bei einem Einschnitt klatschen? Was ich bemängelt, ist einfach das Stehenbleiben auf dieser Position, das Stehenbleiben, das Nichtsprechen.

(Michael Roof, FDP: Genau das.)

Herr Dr. Körner hat angedeutet, dass wir wahrnehmen, und nicht nur er, sondern auch ich, dass, wenn wir in den Gesprächen sind – und wir sprechen, das habe ich Ihnen auch zugestanden, das können Sie dann polemisch auswerten, das kann man noch so groß in einer Vierzenteimerüberschrift machen –,

(Michael Roof, FDP: Sie sind in den letzten zehn
Jahren stehengeblieben hier in diesem Land.)

die mit niemandem reden. Ich habe von Anfang an ganz offen in der Landespressekonferenz gesagt, ich spreche mit den Theater tragenden Kommunen. Und nun nachzuweisen, dass ich mit denen nicht spreche, das wird Ihnen schwerfallen. Insofern verstehe ich diese Bedenken vor Ort. Aber ich kann nur sagen, man darf nicht stehenbleiben, man muss parallel die Gespräche führen. Ich sage Ihnen, Einzelne tun es. Wenn ich Ihnen sagen würde, was meine Gespräche mit der Theater tragenden Kommune Parchim ergeben haben, dann habe ich einen anderen Eindruck, dass man da sehr wohl diesen Einschnitt sieht, aber man durchaus bereit ist, einen Schwerpunkt zu sichern, und der heißt Kinder- und Jugendtheater. Und das ist möglich, wenn man die Gespräche, Fusionen und Kooperationen kreativ angeht. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das kann ich nur bestätigen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

Jörg Vierkant, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Große Koalition in Mecklenburg-Vorpommern der 5. Legislaturperiode ist die erste in unserem Bundesland, die sich langfris-

tig verpflichtet, 35,8 Millionen Euro für die Theater tragenden Kommunen bis zum Jahr 2020 bereitzustellen. Die Theater- und Orchestereinrichtungen befinden sich ausnahmslos in kommunaler Verantwortung beziehungsweise Trägerschaft.

Das Land ist derzeit in keinem Falle an der Trägerschaft beteiligt und hat somit keine direkte Entscheidungskompetenz für strukturelle Veränderungen. Wir sind jedoch Geldgeber. Als solcher stehen wir in der Verantwortung und wir stehlen uns da nicht raus. Zu dieser Verantwortung gehört, dass wir uns Gedanken darüber machen, ob und wie mit den von uns zur Verfügung gestellten Mitteln langfristig Theater- und Orchesterangebote in hoher Qualität vorgehalten werden können. Zu dieser Verantwortung gehört auch, dass wir alle Beteiligten natürlich darauf hinweisen müssen, dass die Einwohnerzahlen sinken und somit die Mittel aus dem länderübergreifenden Finanzausgleich.

Der Minister wies schon darauf hin, 53 Prozent der Kulturausgaben Mecklenburg-Vorpommerns fließen in die Theater- und Orchesterfinanzierung. Allein durch die zu erwartenden Tarifsteigerungen würden laut Hochrechnung für den jetzigen Personalbestand in den nächsten zwölf Jahren 17 Millionen Euro plus X Kostenerhöhung in den Theaterbetrieben einzuplanen sein und die Solidarpakt-II-Mittel werden bis dahin auf null zurückgefahren. Das sind Fakten, das sind harte Fakten.

Es muss Sie, meine Damen und Herren der Linksfraktion, ja sehr schmerzen, dass nun gerade die Große Koalition mit einem CDU-Bildungs- und Kulturminister in diesem Bereich tätig wird und verantwortlich handelt. Aber müssen Sie deshalb die Fakten, so, wie sie nun einmal sind, auch gleich noch als kulturpolitisches Blendwerk bezeichnen, so, wie Sie es in der vergangenen Woche getan haben? Das ist unredlich. Sie setzen jeden Abend eine Maske auf und spielen, wie die Rolle es verlangt: „Theater, Theater, der Vorhang geht auf, dann wird die Bühne zur Welt. ..., das ist wie ein Rausch“.

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

Mir scheint, der eine oder andere hier verwechselt das Parlament mit einer Bühne.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie schaffen das auch. – Udo Pastörs, NPD:
Das ist keine Ahnungs-, sondern Machtlosigkeit.)

Aber wir alle sitzen hier in einem Parlament und haben Verantwortung, und zwar Verantwortung dem Bürger gegenüber. Theater ums Theater! Ich kann verstehen, sehr geehrte Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, wenn Sie Masken brauchen bei der Aufführung Ihres Stückes „Alles ist bezahlbar“.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, wir verkaufen auch noch was.)

Bei so viel Unredlichkeit würde ich selbst auch rot und würde mein Gesicht verstecken wollen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Da hat Ihnen wohl wieder Ihre lyrische Mitarbeiterin die Rede geschrieben.)

Da halte ich mich lieber an die Wahrheit und das sind die Fakten, die ich Ihnen eben benannt habe. Zu dieser Wahrheit gehört, dass ich selbstverständlich keinen Jubelschrei und freudiges Jauchzen von den Theater-

und Orchestermitarbeitern erwartet habe, denn natürlich ist diese festgeschriebene Summe zwar auf einem hohen Niveau, aber eben auch ein enger Handlungsrahmen. Dieser Rahmen lässt realistischerweise keine Träumereien zu. Ja, wahrscheinlich sind auch Seifenblasen zerplatzt, doch waren nicht wir es, die diese mit hohen Erwartungen ins Land geblasen haben.

Bei unseren Gesprächen vor Ort, meine Damen und Herren, haben wir von vielen gehört, dass sie nun endlich einmal wissen, woran sie sind, dass sie nun endlich einmal mit einer zugesicherten Summe rechnen können. Und dies hat die Große Koalition ermöglicht. Dafür brauchen wir jedoch nicht die Anträge von der LINKEN und der FDP.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ach so, Sie sprechen von der FDP. Ich dachte,
Sie können nur mit einem Auge sehen. –
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Es gibt bereits einen Kabinettsbeschluss mit entsprechenden Eckpunkten und Vorschlägen zur Entwicklung und darüber werden wir reden.

(Hans Kreher, FDP: Dann reden Sie auch in Stralsund darüber!)

Und im Gegensatz zu Ihnen von der LINKEN vertrete ich schon die Auffassung, dass selbstverständlich auch über Strukturveränderungen gesprochen werden muss. Ich denke, es ist dringend geboten, sowohl vorhandene Strukturen zu vernetzen als auch zu straffen. Dies kann sowohl qualitative als auch finanzielle Synergien freisetzen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Haben Sie das auch in Stralsund mit dem Intendanten besprochen?)

Sicher, Theater und Orchester dürfen nicht nur unter einer ausschließlich fiskalischen Weise betrachtet werden, aber ganz ohne geht es jedoch auch nicht. Ein Theater ist ein Unternehmen, das Abendunterhaltung verkauft. Da bin ich ganz nahe bei Brecht.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Und selbstverständlich müssen wir dann auch einmal die Frage stellen dürfen, ob es denn solidarisch ist, wenn wir uns zwei A- und zwei B-Orchester leisten. Das, Herr Kreher, ist die Schiefelage, die ich erkenne. Sind zwei A- und zwei B-Orchester künftig langfristig für unser Land leistbar? Schleswig-Holstein hat beispielsweise nicht ein einziges A-Orchester.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Da liegt ja auch Hamburg dazwischen.)

Und wenn wir nun schon Fragen stellen, frage ich auch, warum Schwerin ein Einspielergebnis von 22 Prozent und Rostock eines von sage und schreibe nur 8 Prozent hat.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Nur, dass Sie das überhaupt nicht berücksichtigen. –
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Der Frust, der aufgrund des letztgenannten Beispiels bei den Theater- und Orchesterschaffenden im östlichen Landesteil darüber entstanden ist, ist für mich menschlich nachvollziehbar. „Theater, Theater, gehasst und geliebt, Himmel und Hölle zugleich. ... Alles ist nur Theater und ist doch auch Wirklichkeit.“

Auch das ist Wirklichkeit, sehr geehrte Damen und Herren von der linken Seite. Ich glaube, Sie stecken noch immer in der Schublade, in die Sie im Jahr 2000 das Dümcke-Gutachten versenkt haben, ein Gutachten, in welchem viele Strukturvorschläge gemacht wurden und Sie keinen einzigen davon auch nur ansatzweise besprochen beziehungsweise umgesetzt haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Richtig, völlig richtig. Genau das. –
Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Dann hätten Sie nämlich mit Wahrheiten agieren müssen und das können Sie nicht. Sie brauchen die Bühnen und die Masken, aber in diesem Hause ist beides nicht verfügbar. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Vierkant.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Borrmann. Bitte, Herr Borrmann.

Raimund Borrmann, NPD: Bürger des Landes! Bürger des Hauses! Bürger Präsident! Bürger Tesch!

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD –
Stefan Köster, NPD: Bürger Tesch!)

Wir Nationaldemokraten stehen uneingeschränkt für den Erhalt von Orchestern und Theatern im Land. Doch es reicht nicht, allein auf das Geld zu schießen. Wir betrachten das Problem – vielleicht auch im Gegensatz zu FDP und LINKE – in einem umfassenden Rahmen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das ist klar.)

Kultur, ich hatte das schon einmal gesagt, ist nach Johann Gottlieb Fichte die Art und Weise, wie ein Volk zur inneren Übereinstimmung mit sich selbst findet, indem es die individuellen Mängel und Unkenntnisse durch wechselseitige Vervollkommnung nach und nach vermindert. Damit ist nicht nur die Ausbildung der Rationalität inbegriffen, sondern zugleich auch die Moral und das sittliche Verhalten sowie die Ästhetik und die innere Empfindung. Theater und Orchester des Landes sind nicht nur Teil der kulturellen Identität von Mecklenburg-Vorpommern, sie sind auch kulturelle Leuchttürme, behauptet die FDP einfach. Entspricht dies jedoch der Wahrheit? Wer Teil einer Identität ist, kann nicht für sich leiden, eben weil er mit dem Ganzen übereinstimmt.

Wenn also Orchester und Theater dahinvegetieren und sterben, so sind sie entweder nicht Teil der kulturellen Identität oder Teil einer Identität einer kulturellen Gesamtheit, deren Wesen im Niedergang und Sterben besteht. Wer nicht an der Kultur stiftenden Kraft von Theatern und Orchestern zweifelt, muss an der Kultur stiftenden Kraft eines gesellschaftspolitischen Systems zweifeln, in dem sie verkümmert. Hat Mecklenburg-Vorpommern als Teil Deutschlands noch eine kulturelle Identität? Ist es nicht längst das erklärte Ziel der herrschenden Oligarchie und damit auch zur Wirklichkeit geworden, diese Identität unter dem Banner einer Vielfalt, die keine Gemeinschaft mehr stiften kann, aufzulösen in Beliebigkeit?

Diese Beliebigkeit mündet in Individualismus und parasitären Egoismus. Während die Zahl von Orchestern und

Theatern und ihre Fähigkeit ästhetisch anspruchsvoller Ausstrahlung stetig abnehmen, überflutet seit Jahren ein anglierter geistloser Schreilärm unseren Rundfunk, unser Fernsehen, ja, Kaufhäuser und Supermärkte. Dessen alleiniger Effekt besteht darin, die bereits individualisierten Menschen durch ihre aufpeitschende Form nach und nach an sich selbst irrewerden zu lassen, denn die Idole, die diese Unkultur verkörpern und denen nachzueifern das höchste Ziel unserer Jugend scheint, sind es bereits. Moralische Verkommenheit, Drogenkonsum, Sexorgien, Narzissmus und vieles mehr sind die Sterne, die auf unser Land herabregnen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Noch schlimmer ist Nazismus.)

Es ist entlarvend, wenn Anstalten, die nicht diesem entarteten Wahnsinn folgen, sich Kultursender nennen.

(Hans Kreher, FDP: Oh, oh, oh!)

Die FDP will Betteltheater und verarmte Orchester als Leuchttürme

(Gino Leonhard, FDP: Wie schlau!
Wie schlau er doch ist!)

gegen ein gleißendes Firmament aufgestellt sehen. Leuchttürme, dieses Wort ist Legion für gescheiterte Visionen. Keinem wird es schlechter gehen, aber vielen wird es besser gehen. Bürger des Landes, wo stehen Leuchttürme? Dort, wo Menschen den festen Boden unter den Füßen und die Orientierung verloren haben, wenn sie auf dem Meer bei Dunkelheit treiben. Ein Land, das Leuchttürme braucht, erklärt bereits, dass das Umland wie die Polder bei Anklam abgesoffen und nicht mehr zu retten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Wie Nusschalen treiben die Menschen auf das offene Meer zu, bedroht von den Stürmen der kommenden Völkerwanderung. Und die Orchester und Theater, sie degenerieren zu Irrlichtern, zu gehobenen Unterhaltungskörpern für eine gehobene Oberschicht, auch Oligarchie genannt. Es ist nicht mehr so, dass Theater und Orchester die Spitze einer kulturellen Bewegung sind, die ihren Nachwuchs und ihre Spiritualität aus dem Volke schöpft und in ästhetisch vollendeter Form diesem Volk seine Würde und Zuversicht zurückgibt. Nein, für die Lustbarkeit unserer Oligarchie reichen ein Hoftheater und eine Hofkapelle aus.

(Michael Andrejewski, NPD:
Ja, wie im Feudalismus.)

Und dem entspricht auch die Politik. Sie kürzt Mittel, indem sie sie nicht erhöht. Und damit das Volk nicht von einer radikalen Opposition wachgerüttelt wird, werden in Bund und Land Unsummen für Vielfalt und Toleranz in ein Tollhaus gepumpt, in dem der Wahnsinn der Schreimusik das Denken einlullt und das Fühlen abstumpft.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die LINKE)

Für Projekte gegen Rechts stehen Millionen, für Spekulanten in den Banken gar Milliarden an Steuergeldern zur Verfügung, ohne langatmige Konzepte, einfach so, von hier auf jetzt. Nun ja.

(Irene Müller, DIE LINKE: Er meinte die
Truppen, die seine Ideologie verherrlichen.)

Und sollten einmal Hoftheater und Hoforchester auf Auslandsreise sein, dann spielen wir eben selbst im Hohen Haus und singen, was das Herz begehrt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bisher hat nur einer hier gesungen, und das waren Sie!)

Aber vorher nicht vergessen, die Geschäftsordnung zu ändern, denn: Scheint die Sonne noch so schön, einmal muss sie untergehn.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Die Sonne scheint ins Kellerloch, lass sie doch.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP Vizepräsident Kreher. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Hans Kreher, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir auf jeden Fall eine sehr engagierte Debatte haben. Das ist für dieses Thema auch notwendig und richtig.

Meine Damen und Herren, ich kann nur kurz auf einige Dinge hier eingehen und möchte trotzdem noch mal dazu beitragen, dass unsere Vorstellungen hier besser verstanden werden, denn offenbar reden wir auch zum Teil aneinander vorbei. Also zunächst mal, meine Damen und Herren, die FDP kann keine Verlängerung des Status quo wollen, denn es ist uns klar, dass so, wie die Theater jetzt sind, die Theater auf Dauer auch nicht gesichert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das. Genau so. Richtig.)

Wir müssen uns auf jeden Fall Gedanken machen, wie es mit den Theatern weitergeht. Deshalb, ganz klar: keine Beibehaltung des Status quo. Wir müssen uns Gedanken machen. Und deshalb, Herr Tesch, es war nicht mein Angriff, dass Sie sich Gedanken gemacht haben, sondern mein Angriff geht daraufhin, dass wir Liberale befürchten, dass das, was Sie wollen, eine Abwärtsspirale in der Theaterlandschaft einleitet,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt ja gar nicht.)

und dass wir deshalb gegensteuern wollen. Wir brauchen aus unserer Sicht etwas anderes. Wenn wir in den Ausschüssen zu Gesprächen kommen können, können wir unsere Konzepte miteinander vergleichen. Deshalb will ich noch mal hier deutlich machen, was das ist, was wir vor allem wollen und wo wir vor allem sehen, dass damit eine gewisse Dynamik ins Spiel kommt.

Zunächst mal haben wir gesagt, wir wollen das bürgerliche Engagement für die Theater mit fördern in dem Moment, wo wir vor Ort mit belobigen mit entsprechenden Mitteln. Hier sind in Schwerin, in Rostock, in Greifswald, in Neustrelitz, in Neubrandenburg, in Parchim oder wo auch immer Leute, die sich für ihr Theater einsetzen, in Fördervereinen, vielleicht auch durch Stiftungen. Wenn wir das durch das Land noch belobigen, wenn wir das mitbringen, dann werden die Mittel aus der Bevölkerung, die sich einsetzt, mit denen des Landes und vielleicht der Kommunen verbunden. Dadurch können wir eine Dynamik in Gang setzen.

Zweitens haben wir gesagt, Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen. Das ist etwas, was wir alle wollen, und zwar die Qualität unserer Bildung verbessern. Und da können Theater eine ganz, ganz große Rolle einnehmen,

in allen Bereichen. Theater ist Bildung. Theater voran! Ich brauche das nicht länger auszuführen.

Und das war der dritte Punkt von uns. Sie sprechen auch vom lebenslangen Lernen. Dann sagen Sie uns doch mal, welche Lernorte wir fürs lebenslange Lernen entwickeln wollen. Das ist doch auch Theater. Ich weiß, dass die Theater untereinander nicht immer einig sind. Da gibt es zum Beispiel das, was Herr Bordel macht. Das ist durchaus eine Möglichkeit, Leute mit in das Theater einzubeziehen. Warum denn nicht? Das kann man doch, selbst wenn Sie hier sagen, jawohl, die Akademie wird ja auch gefördert, wenn Laienschauspieler und so weiter da mit einbezogen werden. Das ist ja nicht einfach nur die Akademie, das sind Menschen, Bürger, Bürgerinnen, die sich im Theater mit engagieren. Das kann man doch mit einbeziehen. Das wäre doch eine ganz andere Herangehensweise.

Weiterhin habe ich genannt den wirtschaftlichen Erfolg. Wirtschaftlicher Erfolg setzt auch eine Dynamik in Gang. Es ist nicht nur, wie ich es vorhin gesagt habe, dass die Qualität eines Theaters sich natürlich auch darin zeigt, wie viele Leute dabei sind im Theater, sondern es zeigt sich selbstverständlich auch daran, wie zum Beispiel hier in Schwerin durch das, was wir hier vor dem Schloss jeden Sommer erleben, die Hotels besser ausgelastet werden. Welche Wirkung hat das? Das ist natürlich schwer zu messen, ich weiß das. Aber das ist etwas, was zum Beispiel im Bereich der Wirtschaft noch stärker mit zu berücksichtigen ist.

Berücksichtigung der Randgruppen, von Behinderten. Wir wollen ein Land sein, das auch im Tourismus für die Behinderten da ist. Die Theater haben da noch Nachholbedarf. Das wissen Sie auch. Und wenn das mit berücksichtigt wird, entsprechend mit gefördert wird, dann ist das eine gute Sache.

Was mir aus der Diskussion noch aufgegangen ist, ist natürlich, Herr Minister, die Kooperation mit den umliegenden Gemeinden. Ich weiß, was das für ein Problem ist.

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Ich habe mich selbst im Kreis Nordwestmecklenburg für eine Kooperation mit Schwerin eingesetzt. Die ist nie so zustande gekommen. Komischerweise haben wir uns an der GmbH des Theaters in Lübeck mit beteiligt vom Kreis Nordwestmecklenburg.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das nehme ich euch auch übel.)

Ja, und ich habe damals im Kreis gesagt, jawohl, das ist ein Teil, der uns ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das habe ich nie verstanden.)

Ich habe mich dafür eingesetzt, das mit Schwerin zu machen. Das ist nicht gelungen. Aber in einem solchen Kreis, der in zwei Teile geteilt ist, der eine mehr nach Lübeck, der andere in die andere Richtung, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, da ist ja noch eine Landesgrenze.)

Ich weiß, Herr Dr. Jäger.

... können wir, zu der Verantwortung habe ich jedenfalls gestanden in meinem Kreis, das machen. Aber es sind ja

nicht nur die Kreise. Auch meine Gemeinde, die im Randbereich von Schwerin mit liegt, hat ein großes Interesse daran,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Jörg Vierkant, CDU: Das ist gut so.)

dass dieses Theater Ausstrahlung hat.

(Minister Henry Tesch: Und bezahlt.)

Jawohl, und darum geht es.

Meine Damen und Herren, ich bin damals auf Herrn Claussen zugegangen. Ich bin jetzt auf Herrn Friedersdorff zugegangen, der ja jetzt amtiert. Ich weiß ja noch nicht, wer in Zukunft in Schwerin Verantwortung trägt. Meine Gemeinde will den Aktivurlaub stärker voranbringen und da ist Kultur, Theater ein wichtiges Element. Und da wollen wir natürlich mit der Stadt, von der wir erwarten, dass sie hier am Schweriner See eine Führungsrolle mit übernimmt, zusammenarbeiten. Das ist uns leider bei den Verhältnissen, die wir hier in der Stadt haben, nicht gelungen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja, das stimmt.)

Aber das lag nicht an uns. Ja, also insofern können Sie uns als FDP nicht nachsagen, wir würden unserer Verantwortung nicht nachkommen. Und das ist ganz genauso in Rostock.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion
der FDP – Angelika Peters, SPD:
Gebt ihm doch mal einen Taktstock. –
Jörg Heydorn, SPD: Halt mal die
Arme ruhig oder willst du wegfliegen?!)

Unsere Fraktion war hier – Herr Kümritz ist, glaube ich, immer noch hinten – im Theater in Schwerin. Wir haben in Rostock eine Veranstaltung gemacht, da war Ihre Frau Schillen noch dabei.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das war was.)

Ja, also, wir suchen da nach Lösungen, erkundigen uns.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das haben
wir auch erlebt, furchtbar.)

Aber das was Ihre Frau Schillen damals gesagt hat, das geht auf keinen Fall. Wenn Frau Schillen einfach sagt, ja, wir haben ja jetzt höhere Steuereinnahmen und deshalb können wir ja nun alles weiter so lassen, wie es ist, dann ist das einfach dumm, dann ist das einfach nicht zu verantworten. Denn die höheren Steuereinnahmen, Herr Professor Methling, die sind ja vor allem gekommen durch die dreiprozentige Mehrwertsteuererhöhung.

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der SPD – Beifall bei
Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Gino Leonhard, FDP: Jawohl, durch
die dreiprozentige Steuererhöhung.)

Und das, meine Damen und Herren, trägt doch gerade dazu bei,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

dass wir weniger Leute haben, die sich das Theater leisten können.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Aber,
Herr Kreher, die Kommunen kriegen
keine Mehrwertsteuer! Was ist denn das?! –
Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kreher, bitte.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: 2,2 Prozent. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Hans Kreher, FDP: Deshalb komme ich jetzt zu dem Punkt, der uns hier auch vorgeworfen wurde. Natürlich wollen wir – ich spreche etwas ruhiger, damit Sie auch etwas ruhiger werden können –

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Sie haben sich doch hochgepumpt.)

keine unverantwortliche Neuverschuldung unseres Landes.

(Peter Stein, CDU: Was wollen Sie dann?)

Deshalb haben wir gesagt, in diesem Rahmen müssen wir uns Gedanken machen, wie wir das bürgerliche Engagement und solche Dinge stärker mit einbeziehen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sagen
Sie mal, woher Sie das Geld hernehmen dazu.)

Herr Professor Methling, auf jeden Fall nicht durch ständige Steuererhöhungen,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

sondern dadurch, dass wir uns Gedanken machen darüber, wie wir Kultur, Bildung besser nutzen können, um eine wirtschaftliche Dynamik hier im Land zustande zu bringen. Nur dadurch wird das möglich sein.

Meine Damen und Herren, es ist viel gesagt worden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Auch dieser Weg wird ein langer sein.)

Kommen wir zu dem, was wir dringend brauchen. Wir brauchen eine Überweisung in den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Aber es gehört auch in die Ausschüsse Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, Soziales und Gesundheit mitberatend, wenn es um Behinderte und Ähnliches geht, Verkehr und Landesentwicklung und natürlich in den Finanzausschuss.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und Innen. –
Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wir beantragen also die Überweisung.

(Zuruf aus dem Plenum: Bauausschuss haben
Sie vergessen, Herr Kreher! – Zuruf von
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Nein.

(Jörg Vierkant, CDU: Agrarausschuss.)

Wir haben uns dazu entschlossen, nicht in den Agrarausschuss.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Kreher, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Hans Kreher, FDP: Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Gramkow. Bitte, Frau Abgeordnete.

Angelika Gramkow, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die Fraktion DIE LINKE ist an einer sachlichen Diskussion interessiert. Das gilt auch für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die wie viele andere hier in diesem Raum sich in den Stadtvertretungen, in den Bürgerschaften, in den Kreistagen zurzeit mit dem Angebot der Landesregierung zur Diskussion beschäftigen. So weit, so gut.

Hier liegt kein kulturpolitisches Konzept, kein Angebot für die Arbeit der Orchester und Theater des Landes und eine Entscheidung, wie sie in die Entwicklung des Landes eingebunden werden, vor. Es liegt kein Angebot vor, Theater und Orchester als Wirtschaftsfaktor für die Kulturwirtschaft des Landes zu ermitteln und, ich sage es auch, die Effizienz der Arbeitsplätze in diesem Bereich zu bewerten. Was hier vorliegt, ist ein Diskussionspapier zur zukünftigen Entwicklung der Theater- und Orchesterlandschaft, das nicht mehr, aber auch nicht weniger ist als eine Rechenaufgabe. Und ich hätte mich nicht gewundert, wenn die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, der Kulturminister und insbesondere sein Staatssekretär sich heute geweigert hätten, dieses Diskussionspapier vorzulegen, weil es kein Diskussionspapier zur Kulturpolitik ist, sondern eins zu einer finanzpolitischen Entscheidung.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Deshalb habe ich meine Fraktion gebeten, reden zu dürfen. Denn die alles entscheidende magische Zahl, der sich alles unterzuordnen hat, ist die Zahl 36 Millionen Euro. Die steht im Papier. Und nach dieser Zahl wurde bemessen bis 2019, wie viel Schauspieler, wie viel Opernsängerinnen und -sänger, wie viel Balletttänzerinnen und Balletttänzer, wie viel Musikerinnen und Musiker wir uns davon leisten können, durch zwei dividiert für zwei Kulturentwicklungsräume. Das ist das, was hier auf dem Papier steht.

(Minister Henry Tesch: Kooperation.)

Sie nennen es Kooperationsräume, ich komme darauf noch zurück, auch wenn sich vielleicht der Minister auch dann wieder gemüßigt fühlt, sich zu rechtfertigen. Sie erwähnen Einwohnerzahlen, Sie erwähnen den Solidaritätspakt und Sie werden mir abnehmen ...

Meine Stimme macht nicht mehr mit.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Du hast es ja bald geschafft, Geli. – Hans Kreher, FDP: Das ist der Bürgermeisterwahlkampf. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ja.

Sie werden mir abnehmen, dass ich ziemlich genau weiß, wovon Sie hier reden. Und, Herr Minister, verzeihen Sie mir den Vergleich, aber er passt so schön. Wir wollen theologische Fakultäten im Land und jeder weiß, dass die theologischen Fakultäten eine kritische Masse brauchen, um sich so entwickeln zu können, wie wir sie haben wollen, unabhängig davon, wie viel Studentinnen und Studenten sie haben und wie viel Einwohner/-innen dieses Land hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Warum zählt das eigentlich bei Theatern und Orchestern nicht?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Den Vergleich habe ich jetzt nicht verstanden.)

Sie haben eine konzeptionelle Entwicklung mit der Maßgabe 36 Millionen Euro aus dem Finanzausgleich vorgelegt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr kompliziert. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Kritische Masse.)

Was wir allerdings in der Schule alle noch gelernt haben, ist, wenn ich eine Rechnung aufmache, dann gehört die Probe dazu. Und die Probe haben Sie nicht angestellt und auch nicht vorgelegt. Der prognostizierte Kostenanstieg bis 2020 ist mit 17 Millionen der Personalausgaben berücksichtigt worden. Das ist richtig. Die Inflationsrate, was ich heute investieren muss, um die Theater- und Orchesterlandschaft in der qualifizierten hochwertigen Form, wie wir sie uns vorstellen, letztendlich entwickeln zu können, auf diese Frage fehlt die Antwort.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Und lassen Sie mich jetzt zitieren aus der Stellungnahme der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin, die einstimmig und besonders initiiert durch die Fraktionen der CDU, SPD und der LINKEN verabschiedet worden ist:

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

„Hierbei wird die sehr unterschiedliche Situation der Mehrspartentheater im Land nicht hinreichend berücksichtigt. Insbesondere für das Mecklenburgische Staatstheater entsteht das Problem, dass die bisher umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen, die weit überwiegend geräuschlos umgesetzt worden sind, dazu führen, dass interne Optimierungsmöglichkeiten nicht mehr beziehungsweise nur noch sehr eingeschränkt zur Verfügung stehen.“ Was beweist das, dass überparteilich Diskussionen und Entscheidungen getroffen worden sind? Herr Minister, das beweist nur, dass Ihr Konzept dieses Kriterium leider nicht erfüllt.

Ich zitiere weiter: „Die Landeshauptstadt hat bereits eine Philharmonie mit über 60 Musikern aufgelöst und die traditionsreiche Staatskapelle von 90 auf 67 Mitglieder gestutzt. Und die in Schwerin eingespielten Einnahmen lagen in der Spielzeit 2006/2007 höher als bei allen anderen Mehrspartenhäusern im Land.“ Ich zitiere weiter: „Die Landesregierung prognostiziert bis 2020 Kostensteigerungen im Personalbereich von rund 17 Millionen Euro. Die angestrebten Verkleinerungen des gesamten Ensembles um 180 Stellen lassen jedoch allenfalls 9 Millionen Euro mit den kaum 50 Prozent der Kostensteigerung zu. Die zutreffend beschriebenen Probleme des kommunalen Anteils, der jetzt zum Beispiel in Schwerin in Höhe von 6,6 Millionen Euro die Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt bei Weitem überschreitet, werden völlig ausgeblendet.“ Und das war auch mein Zwischenruf vorhin. Sie haben die Probe auf das Exempel, ob denn die Rechnung stimmt, nicht beigelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Und Sie haben gar nichts.)

Das werden Sie im Finanzausschuss des Landtages machen müssen.

Und eine dritte Bemerkung: Auch das nehme ich Ihnen, Herr Tesch, überhaupt nicht übel, weil die Verantwortung für den Finanzausgleich, das heißt, die rechtmäßig gesehene Finanzausstattung der Kommunen und Kreise in diesem Land nicht bei Ihnen liegt, sondern beim Innenminister des Landes. Und es wundert mich schon sehr, mit welcher Ruhe und Gelassenheit der Innenminister zuhört, wenn bei der Debatte um das Schulgesetz gestern so mal nebenbei die Neujustierung der Schülerbeförderung im Zusammenhang mit dem ÖPNV sozusagen neu aufgemacht wird und da über Mehrbedarfe gesprochen wird, das aber offensichtlich im Rahmen des Finanzausgleichs überhaupt gar keinen interessiert. Es interessiert uns aber bei knapp 36 Millionen Euro der Theater und Orchester.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: So ist das.)

Ich höre in den Niederungen der Ministerien, dass man darüber nachdenkt, auch die Kitafinanzierung zukünftig aus dem Finanzausgleich zu machen. Ich kann den Beweis dafür antreten, dass ich eine derjenigen gewesen bin, die damals davor gewarnt haben, die 50 Millionen D-Mark, Herr Tesch, aus Ihrem Haus in den Finanzausgleich zu übertragen. Das sind nämlich nicht Mittel, wo wir als Land hier sagen können, wir entscheiden darüber. Zurzeit finanzieren diese Mittel die Kommunen gemeinsam aus dem kommunalen Finanzausgleich.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: So ist es.)

Und da ist es doch wohl angeraten, dass die Kommunen dazu auch Stellung nehmen können.

(Regine Lück, DIE LINKE: Stimmt.)

Deshalb habe ich gesagt, Herr Lietz, in Ihrer neuen Funktion, und andere, die hier sitzen, ich denke, die Frage ist nicht nur eine Frage an die Theater tragenden Kommunen dieses Landes und wir dürfen sie damit auch nicht alleinlassen. Es ist eine Frage der kommunalen Familie. Der Landkreistag, der Städte- und Gemeindegtag sind hier gefragt, über den FAG-Beirat insgesamt diese Frage miteinander zu bewerten. Für mich, das sage ich Ihnen ganz klar, steht die Eigenständigkeit der Theater an oberster Stelle. Ich sage Ja zu Kooperationen, auch für das Mecklenburgische Staatstheater Schwerin. Fusionen in einer derartigen Weise, ohne dass wir bewertet haben, ob nicht doch letztendlich auch eine Kostensteigerung von dem Land übernommen werden kann, ohne dass wir im Finanzausschuss bewertet haben, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Gramkow, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Führen Sie den Satz zu Ende.

Angelika Gramkow, DIE LINKE: ... die beiden Gutachten, die zum Finanzausgleich das bewertet haben, ohne dass wir gesagt haben, was ist eigentlich mit den 40 Millionen Sozialhilfe, die noch drin sind im Finanzausgleich und die verteilt werden müssen, und da soll nicht ein Zuschlag für Theater und Orchester drin sein? Das ist nicht richtig und deshalb müssen wir diskutieren, und zwar ernsthaft.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat ums Wort gebeten der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch. Bitte, Herr Minister.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Angelika Peters, SPD: Dann können ja alle anderen auch noch mal. – Michael Andrejewski, NPD: Das Stück wird fortgesetzt. – Raimund Borrmann, NPD: Das Theater nimmt kein Ende.)

Minister Henry Tesch: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich will auch herzlich für die Debatte danken.

Frau Gramkow, das ist natürlich die Polemik, die gemacht wird. Wir haben ein Finanzierungskonzept für Orchester und Theater vorgelegt und dann bemängeln Sie sozusagen, dass da keine kulturpolitische Semantik ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Hätten wir eine kulturpolitische Semantik vorgelegt, dann hätten Sie, genau wie Sie es beim FAG gemacht haben, hier gestanden und hätten die Zahlen bemängelt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau das, genau das. – Zuruf von Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Das heißt also, insofern bleibt es dabei: Das Schwarze sind die Buchstaben und wer lesen kann, ist echt im Vorteil.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Sie können mit Kritik gar nicht umgehen. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das ist einfach nur mal der Punkt. Und insofern ist unsere Überschrift, denke ich, eindeutig.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das machen Sie jetzt aber als Oberlehrer. – Udo Pastörs, NPD: Die Lehrer sind so.)

Das Zweite.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Das ist doch Spekulation, was Sie hier sagen. Das ist doch nur Spekulation! – Udo Pastörs, NPD: Widerlich!)

Es ist doch klar, dass Sie mit Unterstellungen und Beleidigungen arbeiten.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Aber das Zweite ist im Grunde genommen, wenn Sie sagen, Sie hören aus den Niederungen der Ministerien. Das ist auch sehr dankbar für mich, dann weiß ich demnächst, wo manche Veröffentlichung herkommt, dann rufe ich Sie einfach an.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das ist frech. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist mehr wie frech.)

Und ansonsten muss ich Ihnen einfach sagen, Frau Gramkow, haben Sie eben auch nicht über eine Struktur gesprochen und das verunsichert im Übrigen die Orchester- und Theatermitarbeiter ebenso. Die glauben Ihnen auch nicht die Additionsaufgaben, da 20 Millionen, da 20 Millionen, da 20 Millionen. Das glauben die Ihnen eben nicht. Das glauben die nicht. Die glauben Ihnen auch nicht die 19 Millionen, Herr Koplín. Das ist der Witz. Das klingt gut, damit kann man eine Überschrift kriegen. Dr. Thomas de Maizière hat mal gesagt, und insofern war die Debatte für mich hervorragend:

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Vielleicht ist das Ihre Denke, unsere nicht.)

Bei Beurteilungen ist es immer so, man erfährt mehr über den Beurteiler als über den Beurteilten. Und ich habe heute eine ganze Menge erfahren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Angelika Gramkow, DIE LINKE: Jetzt spielen
Sie nicht den Beleidigten! Sie können
keine Kritik vertragen.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Jäger. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme nicht für mich in Anspruch, ein Theaterspezialist zu sein, aber ich bekenne mich als einer, der Theater liebt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und, Frau Gramkow, Sie werden es mir nicht absprechen, dass in den vergangenen Jahren in der Stadtvertretung in Schwerin eine große Übereinstimmung war,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Habe ich auch nicht gemacht.)

dass wir das Theater, für das wir verantwortlich sind, unterstützen wollen mit großen, schwierigen finanziellen Schritten. Aber ich habe über lange Zeit auch erlebt, dass die Stadtvertretung und auch die Stadtverwaltung ein Stück alleingelassen worden sind, auch in den Verhandlungen zum Beispiel über bestimmte Vereinbarungen, gerade mit Parchim, und dass letztlich ein fertig ausgehandelter Vertrag mit Parchim daran scheiterte, dass keine Rechtssicherheit über die Zukunft im Finanzausgleich war. Das haben Sie, da war ich noch Stadtpräsident, von dem damaligen Oberbürgermeister zur Kenntnis bekommen.

Und da sage ich, jetzt verstehe ich eins nicht, jetzt kommt endlich mal ein Kultusminister daher und macht das, was wir von allen Kultusministern, die ich so erlebt habe, nachhaltig verlangt haben, und wir haben in diesem Theater,

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD, CDU und FDP –
Michael Andrejewski, NPD: Hier wird Theater
gemacht. – Raimund Borrmann, NPD: Ja! Ja!)

Entschuldigung, in diesem Hohen Hause über Theater – das passt –, in diesem Hohen Hause über Theater sehr oft gesprochen. Jetzt macht einmal ein Kultusminister das, was seine Aufgabe ist, und nun fallen einige von uns hier in diesem Hause über ihn her

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Nein, nicht.)

und sagen, was er alles nicht bedacht hat.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Ein bisschen
mehr Selbstbewusstsein könnte er haben. –
Torsten Koplín, DIE LINKE: Aber
Auseinandersetzung gehört dazu.)

Meine Damen und Herren, erstens nehme ich den Kultusminister in Schutz. Wenn Sie noch mal zur Kenntnis nehmen wollen: Der Koalitionsvertrag in Ziffer 199 sieht genau das vor, was der Kultusminister gemacht hat.

(Michael Roolf, FDP: Na ja.)

Das haben wir ihm als Hausaufgabe mitgegeben. Also das ist schon mal ein Lob wert.

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

Dass sein Papier diskutiert wird, wird ja wohl kaum jemanden von uns wundern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber ihn schon.)

Und, Herr Ritter, wenn Sie sich wundern sollten, dass in der CDU unterschiedliche Meinungen auch artikuliert werden, dann kennen Sie unsere Partei noch nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist in Ordnung.)

Wir sind sehr selbstbewusst, auch vor Ort, darauf bin ich stolz. Bei uns wird nichts,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

was Sie sich vielleicht wünschen, von oben nach unten durchgestellt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ha, ha!)

In einer solchen Partei möchte ich keine Verantwortung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ja, doch, Herr Professor, da muss ich Ihnen mal wirklich ins Stammbuch schreiben, wenn sich jemand darüber wundert, dass in einer großen demokratischen Volkspartei an einem solchen Punkt sehr unterschiedlich diskutiert wird, dann hat er manches noch nicht kapiert.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Aber dann stellen Sie sich doch nicht so hin
und sagen, bei Ihnen ist alles eine Meinung.)

Bleiben Sie doch mal ganz ruhig! Wir reden über Theater, wir wollen kein Theater machen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Dann brauchen
wir uns hier ja aber auch nicht anzugreifen. –
Raimund Borrmann, NPD: Nein, wirklich
nicht? – Michael Andrejewski, NPD:
Dann habe ich was falsch verstanden. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen und uns allen eins, und davon bin ich sehr fest überzeugt: Wer jetzt nichts Existenzielles tut, der gefährdet die Existenz unserer Theater in diesem Lande.

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

Wir müssen dort heran.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Da stimmen wir überein.)

Dennoch muss ich sagen, da bin ich etwas überrascht von der FDP.

(Michael Roolf, FDP: Positiv?)

Tut mir leid, Herr Roolf, nein,

(Michael Roolf, FDP: Dann vergessen Sie es.)

diesmal ausnahmsweise nicht positiv. Wissen Sie, alles das, was Sie aufgeschrieben haben in Ihren Anstrichpunkten mit dem bürgerlichen Engagement bis hin zu Kostensteigerungen im Bereich der Spielstätten, war

Gegenstand der Überlegung, warum sich das Kabinett vor einer Neuregelung des Finanzausgleichs – und da wird es sehr viele Anforderungen geben – bereit gefunden hat zu sagen: An die Theater lassen wir nichts herankommen. Das wird außen vorgestellt und dieser Betrag wird bis 2020 garantiert.

Meine Damen und Herren, das ist die wichtige Aussage an dem gesamten Konzept zunächst einmal. Das ist aber auch dann die Grenze dessen, was ich einem Kabinett zumuten und auch zugestehen möchte. Wie die Theater ihren Spielbetrieb ausgestalten, was sie bringen und wie sie es bringen, das steht unter dem Schutz der künstlerischen Freiheit und darauf sind wir stolz. Und ich hoffe, dass Intendanten dies auch wahrnehmen.

(Michael Roof, FDP:
Und wo ist jetzt das Problem?)

Das Nächste ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Dr. Jäger, gestalten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Kreher?

Dr. Armin Jäger, CDU: Gerne. Ich habe so vieles heute Morgen von Ihnen missverstanden, vielleicht kann ich was klarstellen.

Hans Kreher, FDP: Herr Dr. Jäger, wenn Sie das mit dem Finanzausgleichsgesetz sagen, geben Sie zu, dass Sie hier Herrschaftswissen haben, das wir anderen noch nicht wissen können?

Dr. Armin Jäger, CDU: Also da bin ich jetzt etwas überrascht, Herr Kreher.

(Egbert Liskow, CDU: Und enttäuscht.)

Die Zahl 35,8 Millionen ist hier mehrfach in diesem Hause gerade an diesem Vormittag genannt worden. Wer das nicht kennt, hat nicht gelesen.

Hans Kreher, FDP: Aber Sie müssen doch zugeben, dass wir das Finanzausgleichsgesetz nicht ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Kreher, Sie dürfen nur Zusatzfragen stellen und keine Bemerkungen machen.

Dr. Armin Jäger, CDU: Okay, ich diskutiere das gern mit Ihnen weiter. Es ist ja hilfreich, wenn man sich austauscht.

Meine Damen und Herren, Frau Gramkow, ich komme noch mal darauf zurück, weil wir beide, glaube ich, in der Stadtvertretung da nicht auseinanderlagen in den letzten Jahren. Nur, ...

(Michael Roof, FDP: Das ist aber kein Wahlkampf hier?!)

Nein, nein, es ist gar kein Wahlkampf, Entschuldigung. Ich kandidiere für nichts, oder?

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
Lassen Sie ihn mich doch unterstützen! –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ja, natürlich, mit guten Gründen. Ja, mit guten Gründen, aber das ist eine andere Frage, die hat hier nichts zu suchen. Was aber etwas hier zu suchen hat, ist die Diskussion zu unseren Theatern.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Ja, richtig.)

Und jetzt sage ich, ich bin froh, dass es nunmehr endlich gelungen ist, dass die Diskussion dort stattfindet, wo sie stattzufinden hat, nämlich in diesem Hause. Bisher sind wir als Kommunen mit dieser Frage alleingelassen worden. Und jetzt sage ich noch was. Der Innenminister ist nicht da, aber ich kriege das schon hin, ihm das auch persönlich noch zu sagen.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Ich habe in den Jahren darunter gelitten, dass wir bei Haushaltskonsolidierungskonzepten Hausaufgaben bekamen. Das muss der Innenminister so machen. Und ich verhehle auch nicht, dass ich sehr wohl an der Meinungsbildung beteiligt war, dass jetzt in einem Beschluss des Kabinetts, und das ist ziemlich einzigartig, steht, dass der Innenminister bei Haushaltsgenehmigungen gehalten ist, diese Vorstellung der Landesregierung zu berücksichtigen. Meine Damen und Herren, das ist für die Theater eine richtig satte, wirklich eine satte Zulage an Sicherheit. Und wer weiß, wie Theaterverträge, wie Verträge in dem sehr komplizierten Tarifkonstrukt für Theaterschaffende geregelt sind, welche Fristen da zu beachten sind, der kann, glaube ich, mir nachempfinden, wie froh ich darüber bin, dass sie an dem Punkt sicher sind.

Und jetzt habe ich eine ganz, ganz herzliche Bitte: Das macht ja Spaß, das glaube ich ja, dass man einem Minister sagt: Das ist noch nicht das, was wir eigentlich von dir erwartet haben. Aber was man ihm nicht vorwerfen kann, ist, dass er das als Geheimsache behandelt hat. Ich sage Ihnen mal meine Erfahrung bei den Gesprächen, die meine Fraktion vor Ort geführt hat.

(Michael Roof, FDP: Vor Ort im Ministerium oder wo?)

Vor Ort insbesondere in Anklam –

(Michael Roof, FDP: Ja.)

oh, oh, vielen Dank – und in Neustrelitz. Vielen Dank. Wenn Sie noch ein paar Orte hören wollen, ich kann da aufzählen, muss ich aber nicht.

Wissen Sie, was ich toll fand? Dass wir überhaupt nichts erklären mussten dort über das Konzept der Landesregierung, denn aus den Vorgesprächen mit dem Ministerium hatten die dort Beteiligten das gleiche Papier auf dem Tisch. Das nenne ich Verhandlungen auf Augenhöhe.

(Zuruf von Minister Henry Tesch)

Dass mit den Theater tragenden Kommunen gesprochen worden ist, halte ich für zwingend. Wen Theater tragende Kommunen zu solchen Gesprächen mitbringen, ist ihre Sache. Wir haben jedenfalls vor Ort auf unsere Einladung hin sowohl mit den Kommunalpolitikern, mit den Verwaltungsspitzen, aber auch mit den Intendanten gesprochen. Das ist manchmal mühsam, weil Betroffene natürlich nicht so abwägen wie nicht Betroffene, aber dieses Gespräch werden wir auch weiterführen. Deswegen, um zum Anfang dessen, was ich sagen wollte, zurückzukommen, bitte wundern Sie sich nicht, wenn es auch in meiner Partei eine sehr lebendige Diskussion hierüber geben wird. Das wünsche ich mir. Ich sage nur eines: Am Ende muss es so sein, dass wir eine klare und verlässliche Perspektive für unsere Theater haben. Dieser Schritt ist jetzt als Angebot gemacht worden und liegt auf dem Tisch, der wird auch diskutiert werden.

Ich muss leider sagen, dem Antrag der LINKEN, diesem Vierzeilenantrag, in dem eigentlich nichts Substanzielles steht, Herr Methling, bitte nehmen Sie mir das nicht übel, kann ich nicht folgen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aber wir sind es doch gewohnt, dass Sie das bewerten.)

Nein, nein, ich sage es einfach so, das gehört auch zur Ehrlichkeit.

Dem Antrag der FDP könnte man zustimmen, wenn das nicht schon im Konzept wäre. Das bringt uns nicht weiter. Lassen Sie uns die Zeit damit nicht vergeuden, sondern lassen Sie uns über das Konzept, das jetzt von einem Kabinett einstimmig beschlossen worden ist, diskutieren und an dem Konzept das verändern, von dem wir glauben, dass das nötig ist. Ich hoffe, dass wir diese Diskussion sehr schnell, sehr sachlich und offensichtlich auch erfolgreich führen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Jäger.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1776 zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Europa- und Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Verkehrsausschuss und an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmhaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE, der FDP und der NPD sowie Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1776. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmhaltungen? – Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1776 bei Zustimmung durch die Fraktionen der FDP und NPD, Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD und CDU sowie Stimmhaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1783. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. –

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:
So viel zur Diskussionsbereitschaft.)

Danke schön. Stimmhaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1783 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD sowie Gegenstimmen durch die Fraktion der SPD, der CDU und der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 33:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Nationale Identität statt Multi-Kulti-Extremismus, auf der Drucksache 5/1790.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Nationale Identität statt
Multi-Kulti-Extremismus
– Drucksache 5/1790 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zitat: „Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine ‚multikulturelle Gesellschaft‘ ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt. Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf die Dauer ignorieren dürfen.“ So der Staatsrechtler und ehemalige Berliner Staatssekretär Dr. Otto Uhlitz in „Aspekte der Souveränität“, 1987.

Die von Herrn Dr. Uhlitz genannte Ignoranz beherrscht das Leben in der BRD leider immer noch. Fremd im eigenen Land ist in der real existierenden BRD keine Satire, sondern bitterer Ernst. Unsere Heimat wird vielen Deutschen mit stark steigender Tendenz immer fremder. Nicht nur, dass sich der Anteil Kulturfremder in Deutschland zunehmend erhöht, viele Deutsche spüren, dass die etablierten Parteien die Interessen von uns Deutschen nicht vertreten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Was sind denn Kulturfremde?)

Die etablierten Parteien kümmern sich nur noch um die Durchsetzung der multikulturellen Gesellschaft. Deshalb herrscht in der BRD anstelle von Ausländerfeindlichkeit in Wirklichkeit eine Inländerfeindlichkeit.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Oh Gott! Oh Gott!)

In unseren Großstädten entstehen Gebiete, in denen Deutsche nachts nicht mehr die Straße betreten können.

(Raimund Borrmann, NPD: Ja, glaube ich.)

Unsere Schulen, vornehmlich noch in Westdeutschland, bekommen die ganze Härte der multikulturellen Gesellschaft am stärksten zu spüren. So werden in vielen Berliner Schulen mittlerweile private Sicherheitsdienste eingesetzt, um einen halbwegs geordneten Schulablauf gewährleisten zu können. Schulklassen, in denen deutsche Schüler in der Minderheit sind, werden in den westdeutschen Großstädten leider zur Regel.

Aufgrund dieser inländerfeindlichen Integrationspolitik entsteht eine kaum noch kontrollierbare Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, hervorgerufen durch zunehmend soziale, kulturelle und religiöse Spannungen. Einen Tabubruch, wenn es um das Schweigekartell der multikulturellen und multikriminellen Wirklichkeit geht, unternahm Hans-Ulrich Jörges, immerhin Mitglied der Chefredaktion des „Stern“, in seinem Beitrag „Die vergrabene Bombe“. Einige Auszüge

(Michael Andrejewski, NPD: Die sind schön.)

aus diesem Beitrag, Zitat: „Die ungelöste Integration von Zuwanderern ist das gefährlichste soziale Problem in Deutschland. ... Zahlen beschreiben die Dramatik treffender als jedes Wort. ... Migranten in Deutschland: 15,3 Millionen; Anteil der Migrantenfamilien: 27 Prozent; Migrantenquote bei Kindern bis zwei Jahre: 34 Prozent; Migranten ohne Berufsabschluss: 44 Prozent; Migranten im Alter zwischen 22 und 24 Jahren ohne Berufsabschluss: 54 Prozent; türkische Migranten ohne Berufsabschluss: 72 Prozent; ... Migrantenquote an der Eberhard-Klein-Schule, Berlin-Kreuzberg: 100 Prozent; Migrantenanteil bei Jugendlichen mit über zehn Straftaten ...: 79 Prozent.“

(Michael Andrejewski, NPD: Ordentlich.)

„Diese Daten sind nicht geheim. Aber sie sind auch nicht leicht zugänglich. ... Extrem schwierig ist es, an Daten über Ausländerkriminalität zu kommen. Es gilt immer noch als politisch inkorrekt und gefährlich, solche Zahlen an die Öffentlichkeit zu geben. Sie werden beschwiegen und weggeschlossen, die übrigen Daten still in Reserve gehalten.“ Zitatende.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern lassen sich diese Daten finden. Nicht ohne Grund ist die NPD-Fraktion Spitzenreiter in den parlamentarischen Initiativen. Die Ergebnisse der Kleinen Anfragen, auch wenn sie noch so mager beantwortet werden, hauen wir Ihnen ja ständig um die Ohren. In der Gemeinde Lüdersdorf, Landkreis Nordwestmecklenburg, um nur ein Beispiel zu nennen, fühlen sich Anwohner seit Jahren von einer ausländischen Familie bedroht. Mehr als 20 Polizeieinsätze waren aus diesem Grund bereits erforderlich.

Obwohl uns immer vorgehalten wird, wie niedrig doch der Ausländeranteil hier in Mecklenburg-Vorpommern sei, spricht der Ausländeranteil in den Justizvollzugsanstalten eine deutliche Sprache.

(Udo Pastörs, NPD: Wehret den Anfängen!)

So betrug am 31. März 2007 in der JVA Bützow der Ausländeranteil 9,28 Prozent, in der JVA Neubrandenburg gar 18,32 Prozent und in der JVA Ueckermünde 13,13 Prozent. Mehr als 6,6 Prozent aller Tatverdächtigen in 2006 in Mecklenburg-Vorpommern waren Ausländer. Schwerpunkt der ausländischen Kriminellen sind vor allem der Landkreis Uecker-Randow, 15,67 Prozent aller Tatverdächtigen in 2006,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Rostock in 2006 10,65 Prozent aller Tatverdächtigen und die Landkreise Ludwigslust und Müritz mit mehr als 7 Prozent aller Tatverdächtigen in 2006. Dennoch wird die ausufernde Ausländerkriminalität weitgehend verschwiegen. Es reicht! Alle straffällig gewordenen Ausländer müssen unverzüglich in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Aber nicht nur die internationale Kriminalität macht sich auch hier in Mecklenburg-Vorpommern breit. Gerade in unseren Städten machen Deutsche immer häufiger Bekanntschaft mit multikulturellen Banden. In Rostock musste sich jetzt beispielsweise eine multikriminelle Bande vor Gericht verantworten, nachdem ein deutscher Jugendlicher grundlos niedergestochen wurde. Viele andere Fälle sind uns bekannt. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann auch bei uns Zustände wie in den westdeutschen Ballungsgebieten herrschen.

Wir, die nationale Opposition, wollen es erst gar nicht so weit kommen lassen. Obwohl oder wahrscheinlich weil sich der Widerstand gegen diese inländerfeindliche Politik besonders in Mecklenburg-Vorpommern regt, wollen Multikultifanatiker weite Landstriche unserer Heimat mit Ausländern auffüllen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ja, ja, Sie sind für Monokultur.)

Da viele Mecklenburger und Pommern förmlich aus dem Land getrieben werden, sollen in Zukunft zum Machterhalt der Blockparteien Ausländer als dankbare Wähler angesiedelt werden. Herr Friedersdorff, der postkommunistische amtierende Verwaltungsvorsteher hier in der Landeshauptstadt, verschaffte diesem Wahnsinn kürzlich in der SVZ Platz. Und auch der selbst ernannte Christdemokrat Heiner Geißler forderte bereits ab 2015 die Zuwanderung von bis zu 300.000 neuen Ausländern jährlich. Im Landkreis Uecker-Randow sind bereits jetzt mehr als 900 polnische Staatsbürger mit Hauptwohnsitz gemeldet.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Allerdings nur 5 Prozent von ihnen gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach.

Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert. Gewalttätige Übergriffe von Fremden wie in Frankreich und den Niederlanden sind auch in weiten Teilen Deutschlands leider für viele Deutsche zur Regel geworden. Die Politik hat die Pflicht, die Mecklenburger und Pommern vor diesen Entwicklungen zu bewahren und unser Land vor diesen Verhältnissen zu schützen. In einer Zeit, in der die Menschen aus ihrer angestammten Heimat gerissen und damit enturzelt werden, ist es notwendig, Maßnahmen für die Stärkung des eigenen kulturellen Bewusstseins zu entwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Die Identität der Mecklenburger und Pommern als Deutsche muss bewahrt werden. Statt unzähliger Programme für die Integration von Ausländern und zur Förderung der multikulturellen Gesellschaft braucht unser Land endlich Maßnahmen für die Mecklenburger und Pommern und somit zur Förderung der nationalen Identität. Unsere Kinder sollen zum Beispiel lernen, dass die Volkssouveränität durch die innere Anteilnahme des Volkes an seinem Schicksal, also durch Bürgerbeteiligung entsteht, dass alle Völker, also auch wir Deutschen, das Recht auf eine lebenswerte Zukunft, das Recht auf Selbstbestimmung, auf kulturelle und nationale Identität haben, dass nationale Identität, nationale Souveränität und nationale Solidarität Grundlage für ein stabiles Gemeinwesen sind, dass nationale Identität bedeutet, Deutschland muss das Land der Deutschen bleiben und muss es dort, wo dies nicht mehr der Fall ist, wieder werden, dass der Mensch durch seine Identität sich seiner selbst bewusst wird, weshalb Volkstum und Kultur wesentlich für die Entfaltung der Würde des Menschen sind.

Wir wissen, die indianischen Völker konnten die Zuwanderer nicht stoppen. Jetzt leben sie in Reservaten.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie sind wohl ein Freund der Indianer oder was?!)

Weil wir unseren Kindern und uns das ersparen wollen, wehren wir uns, bevor es zu spät ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das glauben Sie doch wohl selber nicht!)

Statt weiterer Zuwanderung ist ein konsequentes Rückführungsgesetz bei gleichzeitiger Förderung deutscher Familien und Kinder das Gebot der Stunde. Deutschland ist ebenso wenig ein Einwanderungsland wie Mecklenburg und Pommern,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Ach, hören Sie doch auf!)

wobei festzuhalten ist, nicht die Ausländer sind an diesem Zustand schuld, sondern Sie von den Blockparteien.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Um diesen Zuständen zu begegnen, ist die NPD in diesen Landtag gewählt worden, und wir, liebe Blockflöten, nehmen diesen Auftrag sehr ernst.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Köster, ich weise Sie darauf hin, dass die Verfassungslage dieses Landes von den Landesteilen Mecklenburg und Vorpommern spricht. Dieses haben Sie, zumindest in dem letzten Teil Ihrer Rede, als Sie über die Landesteile geredet haben, nicht beachtet. Ich habe Sie deswegen in dieser Frage zur Sache zu rufen. Ebenso haben Sie die Abgeordneten dieses Hauses persönlich mit diesem Begriff beleidigt

(Michael Andrejewski, NPD: Nicht alle. –
Raimund Borrman, NPD: Uns nicht.)

und dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Michael Andrejewski, NPD:
Es gibt sechs Ausnahmen.)

Wer von Ihnen bewirbt sich jetzt um die Kritik an der Amtsführung des Präsidenten?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Borrman!
Borrman! – Michael Andrejewski, NPD:
Suchen Sie einen aus! –
Raimund Borrman, NPD: Irgendeinen.)

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat das Wort die Präsidentin des Landtages Frau Bretschneider. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

(Udo Pastörs, NPD: Hilde Benjamin kommt. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sylvia Bretschneider, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Köster, Sie haben recht, Sie sind Spitzenreiter,

(Michael Andrejewski, NPD: Ah ja?!)

Spitzenreiter wenn es darum geht, Steuergelder abzukassieren fürs Nichtstun. Das stimmt.

(Michael Andrejewski, NPD: Schauen
Sie sich mal Ihre Steuergelder an!)

Sie sind Spitzenreiter in schlechtem Deutsch und Spitzenreiter in schlechtem Benehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP und NPD –
Raimund Borrman, NPD: Sie haben ja nicht einmal die Unterstützung Ihrer eigenen Fraktion! Schauen Sie sich doch mal an, wie leer die Plätze sind!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute findet hier in Schwerin die Auftaktveranstaltung zur bundesweiten Interkulturellen Woche 2008 statt.

(Michael Andrejewski, NPD: Theater! –
Stefan Köster, NPD: Pfui!)

Da fragt man sich angesichts Ihres Antrages, meine Herren von der NPD, „Nationale Identität statt Multi-Kulti-Extremismus“, ob es sich nur um eine Ihrer üblichen Provokationen oder etwa um Realsatire in Mecklenburg-Vorpommern handelt.

(Stefan Köster, NPD: Das ist bitterer Ernst. –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Raimund Borrman, NPD)

Als Erstes habe ich mich gefragt: Wovor, meine Herren von der NPD, haben Sie Angst?

(Udo Pastörs, NPD: Vor Ihnen. Unglaublich!)

Vor gewalttätigen Übergriffen ausländischer Mitbürger oder Menschen mit Migrationshintergrund in Mecklenburg-Vorpommern?

(Michael Andrejewski, NPD:
Wo es sie ja gar nicht gibt.)

Der Ausländeranteil in unserem Land beträgt derzeit 2,3 Prozent.

(Udo Pastörs, NPD: Das wissen
wir. Hoffentlich bleibt das so.)

Fühlen Sie sich dadurch bedroht?

(Raimund Borrman, NPD: Wir fühlen
uns durch die Tendenz bedroht.)

Ein solches Bedrohungspotenzial oder Bedrohungsgefühl

(Michael Andrejewski, NPD: In Kreuzberg
waren es auch mal zwei Prozent.)

scheint ja in Ihren Kreisen weit verbreitet zu sein.

(Udo Pastörs, NPD:
In Amerika war das auch mal so.)

Jetzt ist es die Angst vor „Multikulti“. Wir erinnern uns noch an die nahezu ans Weinerliche grenzenden Ausführungen Ihres Kollegen Borrman am 1. Februar dieses Jahres. Der Abgeordnete Borrman hatte ja bekanntlich Angst vor dem großen Blondem mit dem schwarzen Schuh.

(Raimund Borrman, NPD: Ja, aber ich durfte
ja meine Ausführungen dank Ihrer präsidialen
Diktatur nicht weiterführen, Frau Präsidentin.)

Die meisten von uns hatten damit ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Präsidentin, einen Moment bitte.

Herr Borrman, wegen des Vorwurfs der Präsidialdiktatur erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Bitte schön, Frau Präsidentin.

Sylvia Bretschneider, SPD: Die meisten von uns hatten damit bisher ja nur die Komödie mit Pierre Richard assoziiert, aber passend zur Karnevalszeit präsentierte uns Ihr Kollege

(Raimund Borrmann, NPD:
Das war kein Karnevalsscherz.)

einen neuen großen Blondinen mit schwarzen Schuhen, der diesmal aber furchterregend war.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, für Sie.
Fürchtet euch nicht, ich werde bei euch sein bis ans Ende der Zeit.)

Jetzt hat sich das Bedrohungsszenario gewandelt. Es sind nicht mehr die blonden Menschen, sondern die Fremden an sich, vor denen Sie Angst haben,

(Michael Andrejewski, NPD: Auch vor
Osama bin Laden. – Raimund Borrmann, NPD:
Sie haben ja Leibwächter, bei Ihnen kann ja
nichts passieren. – Stefan Köster, NPD:
Wir möchten ihn nur nicht hier haben.)

Angst vor 2,3 Prozent Ausländern, von denen vielleicht noch eine gewisse Anzahl groß und blond ist, was die Gefahr ja potenzieren könnte.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja. –
Michael Andrejewski, NPD: Und den 11. September gab's gar nicht. – Raimund Borrmann, NPD:
Ja, ja. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Oder ist es gar nicht die Angst vor gewalttätigen Auseinandersetzungen?

(Raimund Borrmann, NPD:
Gucken Sie sich doch mal diese Unruhen
in Frankreich an in den letzten Jahren!)

Warum sehen Sie in der multikulturellen Gesellschaft den Untergang der sogenannten nationalen Identität?

(Udo Pastörs, NPD: Sie können ja sehen,
was in Paris abläuft zum Beispiel.)

Sollten wir die deutsche Currywurst und Frikadelle vor der Unterwanderung unserer Gesellschaft durch Döner und Falafel schützen?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Curry ist übrigens auch ein Original.)

Müssen wir Ihren Antrag als Aufruf „Rettet das Mettbrötchen“ verstehen?

(Michael Andrejewski, NPD: Wir brauchen
keine Al Kaida hier, aber Sie vielleicht. –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Sie missbrauchen doch den Terminus „deutsche Kultur“ für Ihre Rechtfertigung von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Sozialdarwinismus.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, DIE LINKE und NPD –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie warnen vor dem angeblich gefährlichen multikulturellen Ansatz. Was ist denn für Sie reine deutsche Kultur?

(Michael Andrejewski, NPD: Jedenfalls
keine Moschee. – Stefan Köster, NPD:
Bei Ihnen gibt es Deutschland ja gar nicht.)

Etwa das Bayerndirndl mit Körbchengröße Doppel-D? Sind es Klaus und Klaus von der Nordseeküste?

(Stefan Köster, NPD: Wir sind gut.)

Oder vielleicht doch eher Goethe, an den Sie denken? Vielleicht ...

(Stefan Köster, NPD: Der ist auch gut. –
Udo Pastörs, NPD: Aber ganz bestimmt nicht Sie. –
Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE,
und Raimund Borrmann, NPD)

Vielleicht kann ich Ihnen die Auffassung Goethes anhand einer Passage aus dem „West-östlichen Diwan“ näherbringen.

(Stefan Köster, NPD: Sind Sie eine Diva? –
Udo Pastörs, NPD: Sie sieht so aus, wie
eine alternde zwar, aber immerhin.)

Bildung schadet ja bekanntlich nicht. Ich zitiere:

„Wer sich selbst und andere kennt,
Wird auch hier erkennen:
Orient und Okzident
Sind nicht mehr zu trennen.“

Also Goethe können Sie mit Ihrem Angstantrag zur Bewahrung der nationalen Identität nicht heranziehen.

(Michael Andrejewski, NPD: Der hat
auch ein bisschen mehr geschrieben.
Schade, dass Sie das nicht wissen. –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Noch mal: Wodurch zeichnen sich für Sie denn nationale Identität, nationale Kultur aus? Ist es die deutsche Sprache, zu der der Abgeordnete Müller das wichtige Kapitel „Rettet den Dativ“ hinzufügen möchte?

(Jörg Heydorn, SPD: Blackbox,
Blackbox nach vorn.)

Ist es das unermüdliche lebenslange Lernen, das uns Herr Andrejewski vorgemacht hat,

(Udo Pastörs, NPD: Laden Sie
uns doch mal ein zu einer Diskussion,
Frau Bretschneider. Ich unterhalte mich
gerne mit Ihnen in der Öffentlichkeit.)

der seine Berufsausbildung auf Kosten des Steuerzahlers nach 20 Jahren abschloss?

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD –
Gelächter bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD)

Ist es vielleicht der respektvolle zivilisierte Umgang mit Frauen, die woanders geschlagen und getreten werden, Herr Köster?

(Udo Pastörs, NPD: Immer dieselbe Leier.)

Ist es die Zivilcourage,

(Stefan Köster, NPD: Sie können ja
gerne mal zu mir nach Hause kommen.)

der deutsche Mut und das Heldentum, selbst wenn große Blonde mit schwarzen Schuhen auf einen zukommen, Herr Borrmann? Ist es das?

Sie reden hier über Bewahrung der nationalen Identität. Wissen Sie eigentlich, wo Sie sich befinden, hier im Schloss in Mecklenburg,

(Michael Andrejewski, NPD: In einem Hohen Hause. – Raimund Borrmann, NPD: In einem Hoftheater, ja, ja.)
 gegründet von Slawen im 14. bis 18. Jahrhundert,
 (Udo Pastörs, NPD: Das waren auch Germanen.)
 erweitert von den Nachkommen der Slawen,
 (Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)
 vor 150 Jahren umgebaut nach dem Vorbild des Schlosses des französischen Königs Franz I.?

(Stefan Köster, NPD: Ja und?)

Meine Herren von der NPD, angesichts eines solchen multikulturellen Hauses

(Michael Andrejewski, NPD: Deswegen holen wir uns jetzt die Chinesen oder wie?)

dürften Sie sich doch hier gar nicht wohlfühlen.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, so ist das.)

Übrigens, wir können auch gut auf Sie verzichten.

(Michael Andrejewski, NPD: Wir auf Sie auch.)

Ich würde jetzt an dieser Stelle durchaus eine Pause machen wollen, wenn Sie die Gelegenheit ergreifen wollen, das Haus zu verlassen.

(Stefan Köster, NPD: Sie können ja auch gehen.

Ich wünsche Ihnen einen guten Heimflug. –

Udo Pastörs, NPD: Das könnte Ihnen so passen. –

Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um die Situation in unserem Land richtig einordnen zu können, schauen wir uns doch zum Vergleich einmal den Ausländeranteil in anderen deutschen Regionen an:

(Michael Andrejewski, NPD: In Kreuzberg zum Beispiel.)

Frankfurt etwa 25 Prozent, München und Stuttgart circa 24 Prozent, Nürnberg, Köln, Düsseldorf etwa 17 bis 18 Prozent, Berlin oder Hamburg circa 14 Prozent.

(Michael Andrejewski, NPD: Da wollen Sie doch hin. – Udo Pastörs, NPD: Das gefällt Ihnen wohl. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Wenn man in diesen Regionen von einer multikulturellen Gesellschaft spricht,

(Udo Pastörs, NPD: Dann können Sie doch da mal leben.)

so hat das vielleicht eher seine Berechtigung.

Und, meine Herren von der NPD, schlimme Regionen sind das,

(Stefan Köster, NPD: Verwenden Sie lieber das Wort „kriminell“!)

schlimme Regionen, so schlimm, dass in diesen Regionen –

(Raimund Borrmann, NPD: Dass die Polizei da keine Hoheitsgewalt mehr ausüben kann.)

hören Sie gut zu –, dass in diesen Regionen die NPD

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

mit ihren ausländerfeindlichen Parolen kein Bein auf die Erde kriegt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So ist es. – Michael Andrejewski, NPD: Jüdische Rabbis werden abgestochen von Arabern.)

Stattdessen verschanzen sich die Rechtsextremisten in bevölkerungsarmen Gegenden in der Hoffnung, dass die dort lebenden Menschen so gut wie nie mit einem Ausländer in Kontakt kommen.

(Michael Andrejewski, NPD: Ah ja!)

Und dort warnt die NPD dann vor der gefährlichen Überfremdung, darauf hoffend, dass man am meisten Angst vor dem hat, was man sowieso nicht kennt.

(Udo Pastörs, NPD: Schauen Sie sich mal die BKA-Statistik an!)

Und dann, meine Herren, schauen wir uns mal das wirtschaftliche Ranking Deutschlands an. Nach Ihrem Ansatz müsste sich ja spätestens hier das von Ihnen propagierte Scheitern einer multikulturellen Gesellschaft zeigen. Welche Regionen sind also in Deutschland die wirtschaftlich erfolgreichsten? Man kommt zu einem überraschenden Ergebnis: Platz 1 München.

(Stefan Köster, NPD: Das liegt nur an den Ausländern. – Michael Andrejewski, NPD: Die sind aber dort die Unterschicht. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Dann folgen Stuttgart, Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt. Das sind genau die Städte, meine Herren, die in Deutschland den höchsten Ausländeranteil aufweisen –

(Zurufe von Raimund Borrmann, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

also ein überzeugender Beweis für deren Scheitern und Ihre abstrusen Theorien.

(Udo Pastörs, NPD: Komische Logik. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrmann, NPD)

Oder vergleichen wir einmal die Wanderungsströme der Menschen in Deutschland. Wo gehen denn die so armen, entwurzelten Menschen hin, die leider unser Land verlassen?

(Udo Pastörs, NPD: Dahin, wo Arbeit ist, weil Sie es nicht schaffen, hier Arbeit zu bieten.)

Im Hinblick auf die bei uns überbordene multikulturelle Ausprägung gehen sie doch bestimmt in Gebiete, in denen sie davon verschont bleiben, nach Ihrer Theorie. Wo gibt es also im innerdeutschen Transfer Zuwanderung? Sie werden es kaum glauben, wohin die jungen Menschen gehen:

(Stefan Köster, NPD: Na dahin, wo Arbeit ist.)

Wiederum Platz 1 Bayern mit seiner Hauptstadt München, Platz 2 Baden-Württemberg mit seiner Hauptstadt Stuttgart und Platz 3 Nordrhein-Westfalen mit seiner Hauptstadt Düsseldorf.

(Udo Pastörs, NPD: Wenn Sie Multikulti so schön finden, gehen Sie doch da hin.)

Und wenn Sie es auf den Wanderungsstrom aus Mecklenburg-Vorpommern reduzieren,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

so gehen die Menschen vor allen Dingen nach Hamburg, Berlin, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen –

(Udo Pastörs, NPD: Warum leben Sie hier?)

wahrscheinlich aus Angst vor der bei uns drohenden Überfremdung.

(Michael Andrejewski, NPD: Auf der Flucht vor Ihrer Wirtschaftspolitik.)

Gehen Sie einmal in diese Regionen, meine Herren von der NPD, und erklären Sie den Menschen dort,

(Michael Andrejewski, NPD: Gehen Sie auch da hin und bleiben Sie da.)

dass Ihr Ansatz gescheitert ist. Erklären Sie ihnen, dass ihr wirtschaftlicher Erfolg nur scheinbar ist.

(Reinhard Dankert, SPD: Von da sind sie ja abgehauen.)

Erklären Sie den Münchnern, dass ihre kulturelle Identität in Gefahr ist.

(Udo Pastörs, NPD: Ist schön, was Sie hier loslassen.)

Ich glaube, gerade jetzt auf dem Oktoberfest würden Sie damit so einen richtigen Brüller landen.

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind uns Brüller genug. – Gelächter bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Wahr ist, Zuwanderung ist ein besonderer und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Allein in München entfallen bis zu 100.000 Arbeitsplätze auf ausländische Unternehmen. Das ergab die Studie „Ethnische Ökonomie“ in München. Österreicher, Italiener, Griechen, Asiaten und Personen aus Ex-Jugoslawien stellen die meisten ausländischen Selbstständigen in der bayerischen Landeshauptstadt und machen einen Großteil der Selbstständigen mit Migrationshintergrund und ihrer Beschäftigten aus. Sie leisten nicht nur in Bezug auf die Integration der Menschen einen wertvollen Beitrag,

(Udo Pastörs, NPD: Eine Kebab-Bude mit Rauschgiftabteilung.)

mit ihrem wirtschaftlichen Potenzial beeinflussen sie auch die allgemeine Beschäftigungs- und Wirtschaftssituation der Stadt.

(Michael Andrejewski, NPD: Die verdrängen Deutsche.)

Sie entlasten den Arbeitsmarkt und schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze, heißt es in der Studie.

(Stefan Köster, NPD: Ja, natürlich. –

Michael Andrejewski, NPD: Ja, ja, Idiotenstudie. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sogenannte ethnische Ökonomien verkörpern also ein enormes Beschäftigungspotenzial,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

denn Ausländer in Bayern machen sich generell 3,6-mal mehr selbstständig als beispielsweise Deutsche.

(Michael Andrejewski, NPD: Die werden auch mehr gefördert.)

Und nur drei Prozent, meine Herren, dieser Existenzgründer waren zuvor arbeitslos. Der Schritt in die Selbstständigkeit stellt somit nur in Ausnahmefällen einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit dar. Auch nach Auffassung des Oberbürgermeisters Christian Ude stellen Migrantinnen und Migranten einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar.

(Michael Andrejewski, NPD: SPD, da braucht man auch nicht mehr dazu zu sagen.)

Ja, darauf bin ich auch stolz.

(Stefan Köster, NPD: Da können Sie gerne drauf stolz sein.)

So sehen die erfolgreichen deutschen Regionen die Situation der Migranten.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, ja, in Ihren Märchenbüchern vielleicht.)

Meine Herren, Erfolg braucht Vielfalt. Dort werden Menschen mit unterschiedlicher Herkunft als Chance gesehen.

(Michael Andrejewski, NPD: Für Ausbeuter.)

Die NPD dagegen diffamiert alles Fremde, hetzt die Menschen aufeinander und schreckt auch vor Gewalt gegenüber Schwächeren nicht zurück.

(Udo Pastörs, NPD: Wer hier hetzt, das sind Sie. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir verschweigen auch nicht, dass das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund Probleme mit sich bringt.

(Udo Pastörs, NPD: Was denn? So was darf es doch gar nicht geben in Ihrer Fantasiewelt.)

Das klappt nicht immer so reibungslos, wie wir uns das vielleicht wünschen würden. Aber was ist die Ursache dafür?

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Wir sollten uns davor hüten, hier einseitige Schuldzuweisungen vorzunehmen. Ich denke, das muss man sehr differenziert betrachten. Darüber haben wir schon viel geredet, auch in diesem Hause. Pauschalisierungen sind in diesem Zusammenhang sicherlich falsch.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Obwohl es sicherlich auch in Köln Probleme gibt, haben die über 15.000 friedlichen Demonstranten gezeigt, was sie von pauschalen Diffamierungen,

(Michael Andrejewski, NPD: Bis auf die gehetzten Polizisten, die sind anderer Meinung. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

von Hetze gegen Teile unserer Gesellschaft halten.

(Stefan Köster, NPD: Und warum sind 500 Personen festgenommen worden? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wie die Menschen denken und wie sie handeln, konnte man den Berichten über das vergangene Wochenende entnehmen. Kein Taxi nahm sie mit, Wirte und Hoteliers warfen sie raus, Demonstranten verhinderten ihre Kundgebung, im Stadtzentrum sind sie nicht willkommen, der Flughafen hat den ungebetenen Gästen Hausverbot erteilt. Und wen hat das getroffen? Nicht die friedlichen Demonstranten, nicht die Migrantinnen und Migranten.

(Gelächter bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD)

Die waren nicht unwillkommen.

(Michael Andrejewski, NPD: Davon träumen
Sie wohl hier. – Stefan Köster, NPD:
Mein Gott, ist Ihre Brille rosa.)

Aus den Hotels und aus den Taxis rausgeworfen wurden diejenigen, die so wie Sie Angst um ihre Identität vorschreiben, um Menschen auszugrenzen, um Hass und Intoleranz zu verbreiten.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Ich will deshalb in Respekt mit einem Zitat der kölschen Musikgruppe „De Höhner“ schließen:

(Udo Pastörs, NPD: Ja, da können
Sie mitmachen als Oberhuhn. –
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

„Da simmer dabei! Dat is prima! ... Mer sin multikulinarisch mer sin multikulturell ... Viva Colonia!“ – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Herr Pastörs, mit einem Zwischenruf haben Sie Frau Abgeordnete Bretschneider persönlich beleidigt. Ich erteile Ihnen dafür wegen des Verstoßes gegen die Ordnung des Hauses einen Ordnungsruf.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Köster.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Bretschneider, Sie haben versucht, den Nebel von draußen nach drinnen zu bringen. Das ist Ihnen nicht gelungen.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:
Hier scheint die Sonne.)

Schnappen Sie sich doch lieber die Eistüte, die gerade draußen vorbeifliegt, das steht Ihnen besser.

(Egbert Liskow, CDU: Schauen Sie
doch mal raus, da scheint die Sonne! –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Im Namen meiner Fraktion beantrage ich jetzt schon mal namentliche Abstimmung.

(Heiterkeit bei
Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das war uns klar. –
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das hätte
uns auch sehr gewundert. – Zuruf von
Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel für Ihre ausländischen Mitbürger für das, was sich hier in Mecklenburg-Vorpommern wirklich abspielt, und zwar einen Vorgang in der kleinen Gemeinde Lüdersdorf im Landkreis Nordwestmecklenburg.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah ja!)

Die Schilderung habe ich von einem Anwohner bekommen.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Eine kleine Anwohnerstraße mit etwa 30 Häusern, eigentlich eine ruhige Wohngegend, kommt seit 2002 nicht mehr zur Ruhe,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da
müssen sie Herrn Köster fragen. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

denn 2002 verkaufte die Gemeinde die ehemalige Molke-
rei in dieser Straße an einen Roma-Klan.

(Udo Pastörs, NPD: Zigeuner halt.)

Laut Anwohner zog der Klan mit etwa 30 Personen in dieses Gebäude ein und lässt die Nachbarn seitdem nicht mehr zur Ruhe kommen. Sie unternehmen alles, um uns, so der Anwohner, dort rauszuekeln und die Häuser dann zu einem Spottpreis wie in der Kleinstadt Celle in der Lüneburger Heide zu übernehmen.

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist
die Methode der NPD. Sie beschreiben
gerade Ihre Methoden. – Udo Pastörs, NPD:
Da haben sie schon 40 Prozent der Innenstadt. –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
Volker Schlotmann, SPD, und
Dr. Armin Jäger, CDU)

Die erste Familie hat bereits die Flucht ergriffen, weil sie den Drohungen, Anzeigen, Nötigungen und Lärmbelästigungen nicht mehr standhalten konnte. Da der Klan weit über 100 Personen umfasst, versuchen sie alles, um einen nach dem anderen von uns Anwohnern systematisch fertig zu machen, um dann die Häuser für fast umsonst zu übernehmen.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das ist eine große Bereicherung. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es wurde bereits geäußert, wer von uns als Nächstes dran ist. Es ist leider so, dass hauptsächlich meine Familie im Moment terrorisiert wird und sie es fast geschafft haben, uns rauszubekommen. Seit Mai vergangenen Jahres ist es ganz massiv geworden. Es kann, glaube ich, niemand lange aushalten, wenn man in einem halben Jahr über 60-mal die 110 anrufen musste und circa 20 Anzeigen erstattet hat.

Dies ist nur ein ganz kleiner Einblick in das Geschehen. Hier passiert weit mehr als nur Ordnungswidrigkeiten. Wir Anwohner haben bereits mehrere Eingaben eingereicht an das Ordnungsamt Schönberg, an den Landrat, an den Innenminister Caffier sowie an den Polizeichef von M-V.

(Raimund Borrmann, NPD: Alles umsonst.)

Leider hat dies alles fast nichts genützt. Es war nur eine ganz kurze Zeit Ruhe und ging dann doppelt so stark weiter als vorher. Um ehrlich zu sein, wir sind am Ende. Wir können nachts nicht schlafen wegen des Lärms dieser Familie Tag und Nacht. Meine Kinder sacken drastisch in den Schulleistungen ab. Da diese Familie weiß, dass von uns allen vielfach die Polizei gerufen wurde, haben wir ebenso große Angst vor Übergriffen. Allein im Monat Dezember 2007 hat diese Familie mir einen finanziellen Schaden von über 5.000 Euro zugefügt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Alle bisherigen Anzeigen wurden eingestellt, weil die Straftaten von Kindern der Familie begangen wurden beziehungsweise die Täter nicht namentlich benannt werden konnten.

(Michael Andrejewski, NPD:
Deutsche interessieren hier nicht.)

Wir haben mittlerweile den Eindruck, dass hier bestochen, geschmiert oder eingeschüchtert wird, sonst hätte doch schon längst gehandelt werden müssen. Wir sind mittlerweile so weit, dass wir hier nur noch weg wollen. Wir haben Angst, nach Hause zu kommen, dass womöglich Schlimmeres passiert. Morddrohungen wurden von den Ausländern gegenüber anderen bereits ausgesprochen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wie ist das eigentlich in Jama? –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wer jetzt glaubt, den Anwohnern würde von den Behörden Unterstützung zukommen, der irrt sich gewaltig. Statt die Anwohner zu beschützen, werden diese von den Behörden gegängelt. Das Jugendamt schaut vorbei, ganz plötzlich, und prüft, ob die Frau eines betroffenen Anwohners ihrer Tätigkeit als Tagesmutter ausreichend nachkommt.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, ja.)

Dieses ist die multikulturelle und multikriminelle Wirklichkeit und zugleich hier in M-V auch vorhanden.

(Udo Pastörs, NPD: Das wissen die.)

Und dies ist kein Einzelfall, Frau Bretschneider. In unseren Bürgerbüros und auch hier in der Fraktionsgeschäftsstelle erfahren wir täglich von den kriminellen Ausmaßen Ihrer Politik.

(Volker Schlotmann, SPD: Und wir von den
kriminellen Machenschaften von der NPD. –
Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir können nur sagen, wir wünschen den Ausländern einen guten Heimflug,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und wir wünschen Ihnen, dass Sie ab 2011 sich einen neuen Arbeitsplatz suchen können. – Tschüss.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Peter Ritter, DIE LINKE: Fliegen Sie ab,
Herr Köster. Das ist in Ordnung.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum TOP 33 auf Drucksache 5/1790 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen jetzt mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Barbara Borchardt,
Lorenz Caffier und Gino Leonhard werden
nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. Wir unterbrechen die Sitzung für zwei Minuten und ich bitte die Schriftführer, das Stimmergebnis auszuzählen.

Unterbrechung: 12.14 Uhr

Wiederbeginn: 12.15 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich darf Ihnen das Ergebnis der Abstimmung bekannt geben. An der Abstimmung haben 58 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 6 Abgeordnete, mit Nein stimmten 52 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1790 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 39:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Deckelung der Krankenhausfinanzierung aufheben – für eine solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens, Drucksache 5/1785. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1822 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Deckelung der Krankenhausfinanzierung
aufheben – für eine solidarische
Finanzierung des Gesundheitswesens
– Drucksache 5/1785 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 5/1822 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplin für die Fraktion DIE LINKE. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Paragrafen 71 Sozialgesetzbuch V und dem Gesundheitsstrukturgesetz wurde am 1. Januar 1993 die Budgetdeckelung – ich verweise auf die gelben Zettel, die uns ausliegen, seit drei Tagen falsch formulierter Text dieses Antrages, es geht um die Deckelung, nicht um die Deckung – für die Krankenhausfinanzierung eingeführt.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Dieses Gesetz gilt heute immer noch ungeachtet der DRG-Einführung im Jahre 2003 oder der Gesundheitsreformen 2004 und 2007 mit ihren gravierenden Veränderungen. Seit über 15 Jahren gilt somit in der gesetzlichen Krankenversicherung für die stationäre Versorgung die sogenannte Beitragssatzstabilität.

Die Frage, die sich stellt, ist: Was heißt das? Die Vertragspartner haben bei den Verhandlungen über die Finanzierung der Pflegeleistungen die Vereinbarungen so zu gestalten, dass Beitragssatzerhöhungen für die Versicherten ausgeschlossen werden. Das klingt erst einmal gut und wünschenswert. Wer zahlt schon gern höhere Beiträge? Wo also liegt der Ansatz zur Kritik? Lesen wir deshalb weiter im Gesetz. Die Zuwächse des Budgets für die Krankenhausbehandlung, also für die medizinische

und pflegerische Versorgung sowie für die Verwaltungsausgaben, sind an die durchschnittlichen Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen aller Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen, also die Grundlohnsumme, gebunden, wobei die Veränderungsrate das Bundesministerium für Gesundheit festlegt.

Diese Festlegung war 1993 möglicherweise gut gemeint und sinnvoll. Inzwischen hat die Bundesrepublik Deutschland allerdings rückläufige Reallohneinnahmen und stagnierende Renten, einen wachsenden Anteil geringfügig Beschäftigter und eine zunehmende Zahl von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern, Faktoren, die dauerhaft die Einnahmesituation der Sozialkassen schwächen und auf die Budgetverhandlungen der Krankenhäuser rückwirken. Da schlägt eine Festlegung natürlich besonders zu Buche, die eine Überschreitung der Vergütung für die Krankenhäuser nur zulässt, sofern die Mehrausgaben durch bereits erfolgte oder vertraglich abgesicherte Einsparungen der Krankenhäuser in anderen Leistungsbereichen kompensiert werden. Hier liegt dann wohl der Hase im Pfeffer, meinen wir.

Die Leistungsvergütung der Krankenhäuser wuchs in den letzten Jahren etwas stärker als der Anstieg der Grundlohnsumme der gesetzlich Versicherten. Die Krankenkassen begründen das mit zusätzlichen Zuweisungen außerhalb des Budgets. Diese resultieren aus Mehrkosten, die mit dem begrüßenswerten Wegfall des Arztes im Praktikum und der Umwandlung dieser Stellen in Assistenzarztstellen im Oktober 2004 entstanden sind.

Die Beteiligung der gesetzlichen Krankenkassen an den entstandenen Mehrkosten für die Pflegeausbildung durch das „Gesetz über die Berufe in der Krankenpflege“ vom Juni 2003 hat diese Entwicklung ebenfalls verursacht. Ungeachtet dieser Sonderzuweisungen sind die Ausgaben der Krankenhäuser in den letzten Jahren aber tatsächlich stärker gestiegen als die Einnahmen. Entscheidend hierfür sind neben den Tarifierhöhungen für das medizinische Personal die wachsenden Ausgaben für Arznei- und Hilfsmittel, für Energie, Wasser und Abwasser und eine Politik, welche die Krankenhäuser durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie den jährlichen Sanierungsbetrag von 400 Millionen Euro an die gesetzlichen Krankenkassen zusätzlich enorm belastet hat. Diese Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben führte in den Krankenhäusern zu Strategien, die vom Gesetzgeber in Paragraph 71 SGB V bereits intendiert sind, wie dem Erschließen von Effizienzreserven.

Viele Einrichtungen haben ihre Prozessstrukturen überprüft und verändert, beispielsweise durch Kooperationen bei der Leistungserbringung oder beim Einkauf mit anderen Krankenhäusern. Das ist sinnvoll. Beispielgebend sind hierbei die neuen Länder, die ihre Investitionsverpflichtungen mit einer versorgungsorientierten Prozessökonomie gut in Übereinstimmung bringen konnten, dabei inzwischen über die bundesweit geringsten Basisfallwerte und auch Verweildauern verfügen, seit geraumer Zeit jedoch deutlich an ihre Sparsamkeitsgrenzen gelangt sind.

Die sich bundesweit zeigende Diskrepanz zwischen Ausgaben und Einnahmen der Krankenhäuser führte zu gravierenden Fehlentwicklungen, die sich vor allem in einer Privatisierungswelle kommunaler Krankenhäuser äußerte. Viele Kommunen fühlten und fühlen sich dem finanziellen Druck einer verfehlten Steuerpolitik des Bundes nicht gewachsen, haben unausgeglichene Haushalte, suchen Finanzreserven zu erschließen und

verkaufen ihre Krankenhäuser. Beispiele wie in Schwerin oder Wismar sind uns allen noch in Erinnerung. Die Stadt Rostock wird durch die Landesregierung gegenwärtig stark gedrängt, sich von ihrem Krankenhaus wegen einer einmaligen Haushaltsaufbesserung zu trennen. Kommunen wie Ostvorpommern und Wolgast, die mithilfe der rot-roten Landesregierung diese Entwicklung nicht mitmachen wollten, landeten vor zwei Jahren vor dem Bundeskartellamt, konnten dem Privatisierungsdruck bisher allerdings standhalten.

Warum sehen wir die Privatisierung der Krankenhäuser gerade im Zusammenhang mit dem Paragraphen 71 SGB V besonders kritisch? Weil diese in zahlreichen Fällen mit der Einführung von untertariflichen Haustarifen, mit der Einsparung und folglich Freisetzung von Personal, insbesondere im pflegerischen Bereich, mit dem Ersatz von Vollzeit- durch Teilzeitstellen und der Verringerung ihrer Stammebelegschaften durch verstärkten Einsatz von Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmern einhergeht. Durch diese Maßnahmen wuchs die Arbeitsplatzunsicherheit in den Krankenhäusern und es kam zu einer deutlichen Arbeitsverdichtung. Die Folgen sind hohe Krankheits- und Fehlzeiten der Beschäftigten in vielen Krankenhäusern, eine sinkende Arbeitsmotivation und überdurchschnittliche Fluktuationsraten. Der ungerechtfertigte Stellenabbau und die Arbeitsverdichtung gefährden darüber hinaus die Quantität und Qualität der notwendigen und bedarfsgerechten stationären Versorgung der Patienten.

Nach Angaben von ver.di wurden in den letzten zehn Jahren etwa 50.000 Vollzeitkräfte in den Krankenhäusern reduziert. Die Zahl der Überlastungsanzeigen durch Krankenhausmitarbeiter ist in dem Zusammenhang stark gestiegen. Nach Angaben von ver.di, nachzulesen in „ver.di PUBLIK“ vom 7. Juli dieses Jahres, verdeutlichen diese Überlastungsanzeigen, dass einige Krankenhäuser den Zustand der gefährlichen Pflege bereits erreicht haben. Verbände werden nicht mehr wie notwendig gewechselt, Infusionen nicht angemessen kontrolliert oder der Blutdruck wird unzureichend überwacht.

Fraglich ist nun, ob eine Abkehr der Krankenhausaussgaben von der Entwicklung der Grundlohnsumme eine Lösung der geschilderten Probleme bringen würde. Die Krankenkassen lehnen das ab, weil dies zu einer zusätzlichen Belastung der Versicherten führen und die Beitragssatzstabilität verletzen würde. Das ist nachvollziehbar, denn die Finanzierungslücken im Gesundheitswesen nehmen immer bedrohlichere Ausmaße an.

Vor einigen Tagen streikten, wir haben es heute auch im „Medienspiegel“ lesen können, die niedergelassenen Ärzte, die Mitarbeiter der Krankenhäuser. 130.000 an der Zahl, so die Angaben, hatten gestern gestreikt. Übermorgen könnten es die Patienten sein. Und alle demonstrieren zu Recht. Ärzte dürfen nicht zu Handlangern einer Zweiklassenmedizin herabgewürdigt und aus Geldmangel an einer bedarfsgerechten Behandlung ihrer Patienten gehindert werden. Wir fordern deshalb endlich umfassende Lösungen statt dieser ständigen Einzellösungen, die insgesamt alle nicht mehr passfähig sind. Die meisten Krankenhäuser benötigen finanzielle Hilfen, und zwar sofort. Sie können nicht noch Jahre auf eine Neuordnung der Krankenhausfinanzierung warten. Auch die vom Bund angekündigten finanziellen Anreize für die Schaffung von 21.000 zusätzlichen Stellen im Pflegebereich sind noch nicht Teil eines Gesetzes.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bund für die Aufhebung der begrenzten Mittelzuweisungen an die Krankenhäuser sowie eine angemessene Berücksichtigung der Kostensteigerungen im stationären Bereich bei der Honorierung der Krankenhäuser einzusetzen. Unter der Losung „Der Deckel muss weg“ sollte die Krankenhausfinanzierung von der strengen Bindung an die Entwicklung der Grundlohnsomme entkoppelt werden. Wir sind uns in dieser Forderung mit der Bundesärztekammer, dem Verband der Krankenhausesdirektoren, dem dbb beamtenbund, mit ver.di, dem Marburger Bund, dem Deutschen Pflegerat und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber einig.

Diese Maßnahme allein umgesetzt würde jedoch sehr kurz greifen und das Gesundheitswesen wohl kollabieren lassen. Deshalb fordern wir gleichzeitig: Der Topf muss größer werden, nicht nur den Deckel weg, der Topf muss größer werden.

(Harry Glawe, CDU:
Das ist schon der größte Topf.)

Angesichts der Einkommenssituation der abhängig Beschäftigten kann eine echte Beitragssatzstabilität nur erreicht werden, wenn einerseits Löhne und Gehälter mit den Gewinnen steigen und der Kreis derjenigen, die zur Finanzierung des Gesundheitswesens beitragen, vergrößert wird. Es ist im Übrigen auch eine Antwort auf die berechtigten Fragen von gestern im Zusammenhang mit dem Gesundheitsfonds, wer soll es bezahlen, und hierauf auch unsere Reaktion.

Die Bundesregierung, meine Damen und Herren, zeigt sich seit Jahren nicht in der Lage, die gesundheitspolitischen Fragen der Gegenwart zu lösen, weshalb die Finanzierungsregelungen des Gesundheitswesens von Jahr zu Jahr immer stärker die gesetzlich Krankenversicherten belasten. Als Partei fordern wir vehement seit Jahren, also auch während unserer Beteiligung an der Landesregierung, die Finanzierung des Gesundheitswesens so umzugestalten, dass alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer finanziellen Situation in die gesetzlichen Krankenkassen einzahlen und damit in Deutschland die solidarische Bürgerversicherung eingeführt wird. Nur über eine dauerhaft ausreichende Finanzierung können in den Krankenhäusern humane Arbeitsbedingungen und eine gerechte Bezahlung durchgesetzt werden. Nur so können die Mängel in der stationären Versorgung beseitigt und eine ausreichende, notwendige und bedarfsgerechte Versorgung sichergestellt werden.

Es ist deshalb erforderlich, die Pflichtversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger auszudehnen und die Beitragsbemessungsgrenze zu erhöhen. Alle Frauen und Männer sollten nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit beitragspflichtig werden, wobei alle Einkommensarten zur Beitragsberechnung herangezogen werden müssen. Auf diese Weise ließe sich das Beitragsaufkommen deutlich erhöhen. Solange sich die Finanzbasis der gesetzlichen Krankenversicherung allein aus den rückläufigen Einkommen, aus unselbstständiger Arbeit und sinkenden Realrenten speist, werden die Probleme des Gesundheitswesens nicht im Interesse einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung gelöst werden. An einer hohen Qualität der Krankenhausversorgung sowie deren stabilen Finanzierbarkeit sollte jedem von uns gelegen sein, denn auch wir sind potenzielle Patientinnen und Patienten. Ich bitte deshalb um Unterstützung der protestierenden Mitarbeiter unserer Krankenhäuser und natürlich auch unseres Antrages. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplín.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 10 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Soziales und Gesundheit Herr Sellering.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Was, 10 Minuten nur?)

Minister Erwin Sellering: Da stimmt was nicht, glaube ich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Entschuldigung, ich korrigiere, eine Redezeit von 45 Minuten.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ah ja! –
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Was, 45 Minuten? – Zuruf von
Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Minister Erwin Sellering: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Damit war ich jetzt nicht gemeint, sondern die Aussprachezeit insgesamt.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, die LINKE greift hier in der Tat ein aktuelles Problem auf, die angespannte Lage der Krankenhäuser. Ich glaube, die Großdemonstration von Ärzten und Pflegenden des Aktionsbündnisses „Rettung der Krankenhäuser“ gestern in Berlin zeigt, wie dramatisch die Lage der Krankenhäuser vor Ort wahrgenommen wird. Man muss allerdings sagen, sehr unterschiedlich vor Ort.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Das stimmt.)

Unsere Krankenhäuser sind das Rückgrat der Gesundheitsversorgung und wir in Mecklenburg-Vorpommern können stolz sein auf unsere modern ausgestatteten, sanierten und leistungsfähigen Häuser. In Deutschland weisen die Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich die niedrigste Verweildauer und den zweitniedrigsten Basisfallwert auf. Also an Effizienz mangelt es uns wahrlich nicht.

Einen Pflegenotstand haben wir hier im Land nicht. Auch die Krankenhausgesellschaft kann die von Ihnen vorgebrachten Zahlen für Mecklenburg-Vorpommern so nicht bestätigen. Dennoch zeichnet sich natürlich ab, dass die angespannte Situation der Kliniken im Land zulasten der Pflege geht, indem zum Beispiel den Pflegenden Lohn-einbußen zugemutet werden. Eine gute Pflegequalität, ich glaube, da sind wir uns einig, kann dauerhaft nur von qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewährleistet werden. Also ganz klar ist: Ein Abwärtstrend bei der Qualität der Pflege darf nicht eintreten.

Deutschlandweit ist es in der Tat so, dass sich die Lage der Krankenhäuser immer mehr zuspitzt. Die jüngsten Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst bedingen höhere Personalkosten, die unter den jetzigen Rahmenbedingungen nicht getragen werden können. Die Schere zwischen den Einnahmen und den Kosten öffnet sich immer weiter. Das ist auch der Grund, weshalb wir in Plön auf

der Gesundheitsministerkonferenz kürzlich gefordert und vereinbart haben, dass die steigenden Kosten der Krankenhäuser angemessen und auskömmlich finanziert werden müssen. Es hat lange Gespräche darüber gegeben, viele Verhandlungen. Seit dem vergangenen Freitag gibt es hierfür zwischen dem Bund und den Ländern eine einvernehmliche Lösung. Alle Länder waren Antragsteller. Ich bin darüber sehr erleichtert.

Der neue Entwurf des Krankenhausfinanzierungsrahmengesetzes hat das Ziel, die angespannte finanzielle Situation der Krankenhäuser nachhaltig zu verbessern. Dieser Entwurf sieht vor, dass die Tarifierhöhung für Löhne und Gehälter für 2008 und 2009 ab dem Jahr 2009 anteilig durch die Krankenkassen finanziert wird, soweit diese Erhöhung die Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassen überschreitet. Um darüber hinaus auf Dauer die strikte Bindung der Krankenhausbudgets an die Einnahmen der Krankenkassen zu überwinden, soll zudem vom Statistischen Bundesamt ein Orientierungswert ermittelt werden, der zeitnah die Kostenentwicklung im Krankenhausbereich erfasst und in der Perspektive als Alternative zur bisherigen strikten Grundlohnbindung der Krankenhauspreise dienen kann.

Der Sanierungsbetrag der Krankenhäuser wird aufgehoben. Seit 2007 wurden den Häusern 0,5 Prozent des Rechnungsbetrages abgezogen, wenn gesetzlich Versicherte behandelt werden. Diese Belastung fällt in Zukunft weg. Zusammen mit einer höheren Grundlohnrate im Jahre 2009 werden den Krankenhäusern dadurch deutlich mehr Mittel zur Verfügung stehen.

Das Maßnahmenpaket umfasst auch ein Programm zur Finanzierung der Einstellung von weiteren 21.000 ausgebildeten Pflegekräften. Das ist ein großer Fortschritt. Bis zu fünf Prozent der Mittel des Förderprogramms sollen zur Erprobung neuer Arbeitsorganisationen, Arbeitsabläufe und Arbeitsstrukturen verwendet werden und damit oftmals noch nicht genutztes Verbesserungspotenzial in der Arbeitsorganisation erschließen. Und schließlich wird eine Konvergenzphase zur schrittweisen Angleichung der unterschiedlichen Basisfallwerte der Länder ab 2010 in Richtung eines bundesweit einheitlichen Basisfallwertes vorgesehen. Die Entwicklung zu einem einheitlichen Basisfallwert bedeutet für Mecklenburg-Vorpommern auch höhere Einnahmen für die Krankenhäuser.

Die Gesundheitsminister aller Länder haben sich mit dem einstimmig gefassten GMK-Beschluss vom 3. Juli zur Verantwortung der Länder für die Krankenhausfinanzierung bekannt. Die vorgesehenen gesetzlichen Änderungen werden eine höhere Flexibilität beim Einsatz der investiven Mittel ermöglichen. Dies ist auch aus Sicht der Krankenhausträger sehr wichtig. Es wird eine neue Form der leistungsorientierten Investitionsfinanzierung für Krankenhäuser mittels Investitionspauschalen entwickelt. Die Länder behalten aber – das ist mir persönlich sehr wichtig – Spielraum, auch die bisherige Investitionsförderung fortzuführen. Unsere Krankenhäuser brauchen finanzielle Unterstützung und sie werden sie auf diesem Wege durch diese Maßnahmen auch erhalten. Wir werden als Landesregierung sehr genau darauf achten, dass die besprochenen Punkte auf Bundesebene auch umgesetzt werden. Für die erforderliche Verlässlichkeit der finanziellen Rahmenbedingungen für Krankenhäuser wird damit ein ganz entscheidender Schritt getan.

Diese Maßnahmen sind mit erheblichen Mehrausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung verbunden. Dar-

über haben wir gestern schon gesprochen. Das müssen wir im Blick behalten und, wie gesagt, nicht dem Fonds anlasten, sondern das sind wirkliche Verbesserungen. Deshalb brauchen wir keine Rückkehr zum Selbstkostendeckungsprinzip. Dass Sie als Fraktion DIE LINKE immer wieder gerne darauf hinweisen, dass die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Krankenversicherung verbreitert werden muss, dafür habe ich natürlich eine gewisse Sympathie.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Haben wir ein Glück!)

Aber wir haben in der Politik die Kunst des Machbaren zu üben und deshalb gehen wir mit dem Gesundheitsfonds einen ersten Schritt zu einer gerechteren Finanzierung.

Eines ist mir besonders wichtig: Wenn wir über Solidarität in der Finanzierung des Gesundheitswesens sprechen, dann muss das auch heißen, dass wir eine generationsübergreifende Solidarität üben. Der demografische Wandel gebietet, über Verteilungsgerechtigkeit neu nachzudenken. Wir brauchen weiterhin ein solidarisch finanziertes Gesundheitswesen, aber wir brauchen in Verantwortung für kommende Generationen auch eine Begrenzung der Gesundheitsausgaben. Wir sind auf einem guten Weg.

(Stefan Köster, NPD: Das sagen Sie immer.)

Dieser Weg muss weiterverfolgt werden und das werden wir weiter tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der
Fraktionen der SPD und CDU –
Stefan Köster, NPD: Die Begeisterung
in Ihren Reihen hält sich ja in Grenzen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kuhn von der Fraktion der CDU.

Werner Kuhn, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Sellering hat die Situation der Finanzierung der Krankenhäuser deutschlandweit, aber auch speziell für Mecklenburg-Vorpommern sehr klar und anhand von Zahlen und Fakten erläutert.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich möchte das nur noch einmal unterstreichen und rede auch gemeinsam für die Koalitionsfraktionen, also für den Kollegen Nieszery mit. Damit können Sie erkennen, dass wir, was diese Sachverhalte betrifft, eine große Übereinstimmung erzielt haben, wenn es auch in Einzelfragen noch unterschiedliche Auffassungen gibt.

Es ist richtig, es existiert eine gesetzliche Deckelung des Krankenhausbudgets. Wir haben es heute erläutert bekommen. Gleichwohl steigt aber dieses Budget jährlich um 0,64 Prozent, so auch im Jahr 2008, und das ist auch notwendig. Wir wissen selber, welche Lohnkostensteigerungen wir in den Krankenhäusern zu verkraften haben, was sicher auch für die Mitarbeiter sehr gut und stimulierend wirkt. Die Energiekosten sind in einer Größenordnung gestiegen, sodass wir darauf tatsächlich immer wieder große Obacht geben müssen. Auch die Arbeitszeitrichtlinie der Europäischen Union hat uns in den letzten Monaten streckenweise großes Kopfzerbrechen bereitet. Wir reden also eher über ein Mehr im Haushalt. Der Topf ist, zumindest was die Kostendeckung betrifft, größer geworden.

Zum Zweck der jährlichen Budgeterhöhung gibt das Bundesgesundheitsministerium vor den Budgetverhandlungen eine sogenannte Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen bekannt. Herr Minister hat das bereits erläutert. Diese Veränderungsrate ist dann die Obergrenze für die Erhöhung des Krankenhausbudgets des folgenden Jahres. Diese Budgetdeckelung ist also seit 1993 schon eingeführt worden. Die Krankenhausausgaben der Krankenkassen sollten dann natürlich einigermaßen unter Kontrolle bleiben. In Mecklenburg-Vorpommern betrifft den Bereich der Kosten in der stationären medizinischen Versorgung vom Gesamtbudget ein Volumen von fast 36 Prozent. Damit liegen wir im Durchschnitt über den Ausgaben prozentual, die wir in Deutschland haben. Der Rest ist stationär und Pflege. Deshalb, denke ich, ist es für uns natürlich immer wieder notwendig, dass wir das Augenmerk auf solche bundespolitischen Rahmenbedingungen legen. Ich glaube aber, wir sind in Mecklenburg-Vorpommern mit unseren Krankenhäusern gut aufgestellt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist auch so ein Modewort: „Wir sind gut aufgestellt“.)

Wir haben fast alle Häuser durchsaniert und damit medizinisch und technisch exzellente Rahmenbedingungen. Wir können glücklicherweise verzeichnen, dass wir Pfleger, Pflegerinnen und medizinisches Personal nicht abbauen müssen, sondern es eigentlich noch suchen. Das ist auch für die verantwortungsvolle Aufgabe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Krankenhäusern in der stationären medizinischen Versorgung eine Botschaft, die heute hinaus ins Land gehen soll.

Dass natürlich auch in anderen Bundesländern höchst schwierige Situationen existieren, haben wir bei den Demonstrationen, die in den letzten Tagen in Berlin gewesen sind, mitbekommen. Und dass dort auch die Forderung in eine Richtung ging, die 3 Milliarden Euro, über die die Bundesregierung jetzt verhandelt hat, respektive das Bundesgesundheitsministerium, reichen nicht aus, um diese zusätzlichen Kosten zu kompensieren, können wir erst einmal zur Kenntnis nehmen, dass es in Richtung 6,7 Milliarden Euro gehen soll. Aber die 3 Milliarden Euro bedeuten für uns in Mecklenburg-Vorpommern 60 Millionen Euro zusätzliches Geld im nächsten Jahr. Möglicherweise bekommen wir dieses Jahr schon Tranchen davon, was uns sehr freuen würde. Deshalb ist es natürlich wichtig, dass wir die wohnortnahe flächendeckende medizinische, stationär-medizinische Versorgung realisieren können. Das ist als weicher Standortfaktor in Mecklenburg-Vorpommern auch ganz wichtig.

Was uns natürlich auch Sorge bereitet, und da sind auch einige von denen, die da gestern demonstriert haben, eher in einer Lage, dass sie erst die Krankenhäuser aus dem kommunalen Bereich an die Privaten verkauft haben, sich hinterher wundern, dass man einen so hohen Kapitaldienst für Fremdkapital zu zahlen hat. Rendite will natürlich der eine oder andere als Kapitalanleger auch noch haben und dann staunt man im Anschluss darüber,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Torsten Koplín, DIE LINKE)

wie denn solche Systeme funktionieren, wenn der Stellenkegel nicht immer schmaler werden soll. Deshalb – und das will ich an dieser Stelle auch ganz offen sagen – bin ich der Auffassung, dass das Geld, das auch in der stationären medizinischen Versorgung, sprich in den Kran-

kenhäusern, erwirtschaftet wird, im System bleibt und nicht herausgezogen wird. Das wäre eine Aufgabe, der wir uns gemeinsam widmen sollten.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Sehr schön.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Krankenkassen sind jetzt mit der neuen Strukturierung auch Möglichkeiten gegeben worden, dass sie an den Verbänden vorbei separat Verhandlungen führen können,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Ralf Grabow, FDP: Also, Herr Kuhn!)

die möglicherweise von den DRGs weg, die ganz klar die Kostenerstattung regeln, Separatverträge anstreben dürfen. Herr Kollege Glawe, Sie haben vor Kurzem darüber berichtet. Ich bin nicht der Auffassung, dass das ein gangbarer Weg sein sollte und wir schon für die Leistungen, die unsere Häuser erbringen, auch ganz klar über die DRGs die entsprechende Vergütung bekommen sollten.

Die Forderungen nach der Bürgerversicherung, auch in Ihrem Antrag, verehrte Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, zum wiederholten Mal vorgebracht, wir wissen selber, dass auch Privatversicherte natürlich in ihrem direkten Versicherungssystem nicht nur Beiträge einzahlen, die Größenordnungen haben, sondern auch Leistungen erwarten. Diese Leistungen würden sie genauso erwarten können, die stehen ihnen auch zu, wenn sie in einer kompletten Bürgerversicherung mit eingebunden werden. Und wenn wir die dort rausrechnen, dann ist das eher eine Systemfrage, in welche Richtung man da marschieren will. Wir haben das – der Minister hat das gesagt – mit dem neuen Gesundheitsfonds relativ gut reguliert. Diesbezüglich, denke ich, gerade was Mecklenburg-Vorpommern betrifft, sind wir auf einem guten Weg.

(Udo Pastörs, NPD: Wir sind alle auf einem guten Weg.)

Wir müssen wachsam bleiben. Aber ich freue mich sehr, dass die stationäre medizinische Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern auf einem hohen Niveau ist,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dass sie finanzierbar ist und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch Freude daran haben, ihre Aufträge zu erledigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Irene Müller, DIE LINKE: Der Weg ist das Ziel.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kuhn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Problem bei der gegenwärtigen Finanzlage der Krankenhäuser ist, dass wir den Kliniken nicht den notwendigen Rahmen geben, damit sie ihren gegenseitigen Wettbewerb um eine bessere Versorgung, um innovative Konzepte und um Einsparungen erzielen, damit sie Wirtschaftlichkeitsreserven aufbauen beziehungsweise diese nutzen können. Wir geben den Krankenhäusern einen starr reglementierten Rahmen von Budgeteinsparungen und immer mehr Vorgaben.

(Toralf Schnur, FDP: Genau.)

Wir ermöglichen ihnen letztlich nicht, Kostensteigerungen an diejenigen weiterzuleiten, die das alle finanzieren. Dazu hat die schwarz-rote Koalition meines Erachtens erheblich beigetragen. Und wenn sie es jetzt abbaut, dann hat das auch wirklich nichts mit dem Fonds zu tun.

Im Jahr 2007 ist das Budget statistisch um 0,56 Prozent gestiegen, netto gab es eine Steigerung um 0,28 Prozent. Gleichzeitig haben wir aber Kostensteigerungen um 4 Prozent, die dem gegenüberstehen. Man braucht kein großer Mathematiker zu sein, um zu sehen, dass diese Differenz, die die Krankenhäuser auszugleichen haben, insgesamt 1,3 Milliarden Euro beträgt. Rationalisierungsreserven bei den Krankenhäusern sind nur insoweit vorhanden, als Personal abgebaut werden kann, denn bei den Krankenhäusern sind circa 60 bis 70 Prozent der Kosten Personalkosten. Das heißt, die Rationalisierung, die die Krankenhäuser im Moment durchführen, geht zulasten der Versorgung der Patienten.

Zu erwähnen ist eine weitere Entscheidung, welche die schwarz-rote Koalition in Berlin zu verantworten hat. Dabei geht es um die Kostensteigerungen, die die Krankenhäuser zu schultern haben. Ich will noch einmal aufzählen, was die Krankenhäuser erlebt haben: Sie haben eine Mehrwertsteuererhöhung erlebt – 500 Millionen Euro Kostensteigerung, sie haben eine Tarifsteigerung erlebt – 1,5 Milliarden Euro Kostensteigerung, sie haben Energiekostensteigerungen erlebt, sie haben ein Arbeitsplatzgesetz, was bedeutet, dass sie mehr Personal einstellen müssen, weil Bereitschaftszeit auch Arbeitszeit wird, ebenfalls eine Kostensteigerung. Den Krankenhäusern werden unter dem Stichwort „integrierte Versorgung“ 500 Millionen Euro von der Rechnung abgezogen. Die ersten Ergebnisse zeigen, dass die Krankenhäuser nicht die Möglichkeit haben, dieses Geld, das ihnen von der Rechnung abgezogen wird, über Verträge zur integrierten Versorgung wieder hereinzuholen.

Vor diesem Hintergrund kommt die Berliner Koalition nicht etwa auf den Gedanken, zu fragen, wie unterstützen wir die Krankenhäuser dabei, mit dieser Kostensteigerung umzugehen, nein, sie streicht den Krankenhäusern auch noch 0,5 Prozent von jeder Rechnung. Das macht summa summarum 300 Millionen Euro und ist der sogenannte Sanierungsbeitrag. Mit dem Sanierungsbeitrag soll doch nur eine schlechtgemachte Gesundheitsreform verdeckt werden. Der Bund braucht Geld, um die versprochenen Leistungsverbesserungen zu ermöglichen, aber der Sanierungsbeitrag ist von ihnen inhaltlich überhaupt nicht begründet worden. Das wird auch von den Gerichten bestätigt.

Zu Recht klagen einige und wollen vor Gericht begründet sehen, warum diese Sanierungsbeiträge erhoben werden. Meine Hauptkritik ist, der Sanierungsbeitrag ist nicht begründet und trifft in den schwierigen Situationen der Krankenhäuser pauschal alle Krankenhäuser. Ich bin dafür, dass wir über wettbewerbliche Modelle Wirtschaftlichkeitsreserven erheben. Wir wollen einen wirklichen Wettbewerb der Krankenhäuser untereinander, denn es gibt gut geführte Krankenhäuser. An dieser Stelle haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Und, Herr Kuhn, es gibt auch gute private Träger, die nicht nur Kohle aus Krankenhäusern ziehen. Das will ich an dieser Stelle sagen. Es gibt auch gute Träger, die Krankenhäuser führen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Egbert Liskow, CDU: Das gibt es gar nicht. Dafür haben die kein Geld. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

„Kliniken droht der Kollaps

Schwestern hetzen über die Stationsflure. Sie betreuen immer mehr Patienten in immer kürzerer Zeit. Zuwendung und ein gutes Wort für den Kranken bleiben häufig auf der Strecke.“

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Wann waren Sie denn das letzte Mal im Krankenhaus?)

„Die Pflegekräfte sind an der Grenze ihrer Belastbarkeit“, so die „Ostsee-Zeitung“ am 25. September 2008.

Etwa 130.000 Krankenschwestern, Pfleger, Ärzte und weiteres Klinikpersonal machten gestern in Berlin auf ihren Frust über die Situation in den Krankenhäusern aufmerksam. Während die Qualität in den Kliniken vom Personal nur durch Überstundenverzicht und Verzicht auf freie Tage halbwegs aufrechterhalten werden kann, steigen die Krankenhausaussgaben rasant an: 51 Milliarden Euro im Jahr 2007. 1993 wurde die Budgetdeckelung eingeführt und sollte erreichen, dass die Krankenhausaussgaben der Krankenkassen nicht stärker steigen als ihre Einnahmen, wodurch wiederum die Beitragsstabilität gewährleistet werden sollte. Dennoch wurde keine Beitragsstabilität erreicht. Diese wäre in der Logik des Deckelungssystems nur zu erreichen, wenn in den jährlichen Verhandlungen nur so viel Budgeterhöhung für das nächste Jahr vereinbart wird, wie die beitragspflichtigen Einkommen der Kassenmitglieder im nächsten Jahr steigen werden. Dieses kann natürlich niemand vorhersagen. Um überhaupt eine Zahl vorgeben zu können, wird gegenwärtig die Veränderungsrate eines zurückliegenden Jahreszeitraumes als Obergrenze für ein folgendes Jahr verwendet. Hier wird sich wie so häufig vollkommen verrechnet. Aber das kennen wir ja auch vom Sozialminister.

Wichtiger noch als die unlösbaren technischen Probleme der Budgetdeckelung ist aber, dass die Deckelung im Widerspruch zu den zentralen Zielen der staatlichen Krankheitspolitik steht. Das Grundgesetz verpflichtet den Staat im Rahmen der Daseinsvorsorge für seine Bürger zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung mit leistungsfähigen Krankenhäusern. So schreibt der Paragraph 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes vor, dass das überragende Ziel staatlicher Krankenhauspolitik nicht Beitragsstabilität ist, sondern die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung der Bevölkerung. Da die Budgetdeckelung die Leistungsfähigkeit vieler Kliniken gefährdet, steht sie im Widerspruch zu den zentralen Zielen staatlicher Krankenhauspolitik. Es ist unverantwortlich, dass die Beschäftigten in den Krankenhäusern die Konsequenz der Sparpolitik der Bundesregierung tragen müssen. Die Pflegekräfte und Krankenschwestern sind extrem demoralisiert und überlastet. Das ist das Ergebnis des Stellenabbaues seit über zehn Jahren.

Nach einer Studie von ver.di wurden in den letzten zehn Jahren 100.000 Stellen abgebaut, davon allein schon 50.000 in der Pflege. Im Gegenzug dazu steht die Patientenzahl, die seit zehn Jahren um 670.000 Patienten gestiegen ist. Klar und deutlich bedeutet das, dass eine Pflegekraft für 52 Patienten sorgen muss. Zum Vergleich: In der Schweiz liegt das Verhältnis von einer Pflegekraft bei nur 24 Patienten.

Die ursprüngliche Deckelung sollte Krankenhäuser vor übermäßigen Kostensteigerungen schützen und die Krankenversicherungsbeiträge stabilisieren. Dies ist aber nicht gelungen. Als Allererstes geht es darum, den Budgetdeckel abzuschaffen, eine umgehende Besetzung der fehlenden Personalstellen einzuleiten sowie eine volle Refinanzierung der Tarifsteigerung 2008/2009 zu ermöglichen. Ansonsten: Lichter aus im Krankenhaus!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Köster.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss ganz ehrlich gestehen, dass ich ein bisschen irritiert war durch die Wortbeiträge des Herrn Minister und von Herrn Kuhn, weil ich immer überlegt habe, stimmen Sie nun zu oder werden Sie ablehnen. Ich vermute aber, Sie werden diesen Antrag ablehnen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber dass Sie ihn so ernsthaft behandelt haben und abgewogen haben, das möchte ich schon anerkennen. Das empfinde ich als eine gute Sache.

(Udo Pastörs, NPD: Schwätzer!)

Ja, Sie vor allen Dingen!

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Friedliches Wochenende!)

Es gibt doch eine ganz große Schnittmenge, die wir hier bei der Darlegung der Problemlage in den Sichtweisen zu verzeichnen haben. Herr Minister, Sie haben bekräftigt, dass es einen großen Druck auf die Qualität der Pflege gibt. Das haben wir hier in der Einbringung des Antrages auch deutlich gemacht. Und, Herr Kuhn, da sind wir sehr bei Ihnen, wenn Sie sagen, Augenmerk immer wieder auf die Bundespolitik legen und Geld nicht aus dem System ziehen.

Herr Glawe und ich waren vor einigen Tagen beim Serahner Kreis. Expertinnen und Experten treten dort auf und verständigen sich zu gesundheitspolitischen Problemstellungen. Ich durfte dieses Jahr zu einem Thema referieren, das mich im Rahmen einer wissenschaftlichen Forschungsarbeit beschäftigt, und zwar „Organisationsstrukturen von Krankenhäusern“. In diesem Zusammenhang habe ich mich wiederum mit Bilanzen der Krankenhäuser beschäftigt. Da gibt es in der Tat eine Situation, dass etwa fünf bis zehn Prozent der Krankenhäuser wirklich satte schwarze Zahlen schreiben. Ich nenne mal einige: Asklepios-Kette, die Fresenius-Kette, die ziehen Geld aus dem System.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Bundesweit oder hier im Land?)

Bundesweit.

Es gibt etwa 34 Prozent der Krankenhäuser, denen geht es nicht gut. Ich kann mir schwerlich vorstellen, Herr Dr. Nieszery, dass die Situation in unserem Land so deutlich abweichen würde. Ich denke schon, dass die Situation bei vielen Krankenhäusern ziemlich kompliziert ist und es einige gibt, die gut im Saft stehen. Die Frage ist: Wie geht man mit einer solchen Situation um? Das eine ist natürlich eine auskömmliche Finanzierung, darüber habe ich gesprochen. Es wird mehr Geld ins System gegeben. In den letzten Tagen ist noch einmal deutlich geworden, das ist nur eine teilweise Entlastung. Wir müssen uns also weiterhin darüber Gedanken machen, wie wir dafür eine ganzheitliche Lösung schaffen. Insofern bin ich dankbar für die Redebeiträge.

Den Änderungsantrag der Fraktion der FDP bitten wir getrennt abzustimmen. Bei der Ziffer 1 dieses Änderungsantrages möchten wir nicht zustimmen, aber bei der Ziffer 2 möchten wir zustimmen. Insofern ist das auch eine Antwort auf Ihre Bemühungen, sich mit unserem Antrag auseinanderzusetzen. – Ich bedanke mich sehr für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplin.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1822 abstimmen. Hier wurde eine punktweise Abstimmung beantragt.

Wir stimmen also zuerst über den Punkt 1 ab. Wer diesem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Punkt 1 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1822 bei Zustimmung der Fraktion der FDP und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und NPD abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1822 abstimmen. Wer diesem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1822 bei Zustimmung der Fraktionen der FDP, DIE LINKE und NPD sowie Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1785 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1785 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und NPD sowie Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und FDP abgelehnt.

Meine Damen und Herren, bevor ich die Landtagssitzung schließe, möchte ich noch auf Folgendes hinweisen: Heute haben der Ministerpräsident, die Finanzministerin sowie der Verkehrsminister zum letzten Mal in dieser Eigenschaft an einer Plenarsitzung teilgenommen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Na, wer weiß!)

Dies ist ein Anlass, von dieser Stelle aus ein Wort des Dankes und einen ganz kurzen Rückblick auf die bishe-

rige parlamentarische Leistung und das Wirken zu ziehen. Allein in Zahlen ausgedrückt heißt das, dass der Ministerpräsident, der, wie wir alle wissen, von 1990 bis 1994 und von 1996 bis 1998 als Vorsitzender der SPD-Fraktion gewirkt hat, von 1994 bis 1996 Minister für Wirtschaft und Angelegenheiten der Europäischen Union sowie Stellvertretender Ministerpräsident und seit dem 3. November 1998 Ministerpräsident ist, wobei er bis zum September 2000 auch gleichzeitig Justizminister war,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

insgesamt in diesem Hause 223 Reden gehalten hat, das möchte ich besonders hervorheben, davon 92 als Ministerpräsident.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Damit haben Sie, Herr Ministerpräsident, wie kaum ein anderer die Arbeit und die Debatten dieses Hauses in Ihrem bisherigen Wirken entscheidend mitgeprägt.

Herr Ministerpräsident Dr. Ringstorff, ich danke Ihnen an dieser Stelle auch im Namen des Landtages für Ihr Wirken als Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ich gehe davon aus, dass Sie in Ihrer Eigenschaft als Abgeordneter auch weiter die Debatten des Landtages befruchten und mitgestalten werden. Herzlichen Dank noch einmal.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Frau Keler hat, wie ebenfalls allen bekannt ist,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:
Wo ist sie denn?!)

von 1990 bis 1996 als Vorsitzende des Finanzausschusses und ab diesem Zeitpunkt als Finanzministerin gewirkt. Sie hat diese Aufgaben mit großer Leidenschaft wahrgenommen. Während ihrer Zeit als Ausschussvorsitzende hat sie sechs Landeshaushalte und während ihrer Zeit als Finanzministerin neun Haushalte für 13 Jahre begleitet. Dazu kommen Nachtragshaushalte, Vorschaltgesetze sowie Haushalts- und Haushaltsanpassungsgesetze. In dieser Zeit hat sie im Landtag 186 Reden gehalten, davon 109 als Ministerin.

Auch ihr danke ich von dieser Stelle aus im Namen des Landtages für ihr Wirken in diesem Hause und wünsche ihr, da sie nicht mehr aktiv an der Landtagssitzung teilnehmen kann, für ihr weiteres Handeln und Wirken für die Zukunft Gesundheit, alles Gute und Gottes Segen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Herrn Dr. Ebnet als Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung möchte ich von dieser Stelle aus auch im Namen des Landtages herzlich für das Wirken in diesem Hohen Hause danken. Mit vielen Reden haben Sie sich eingebracht, die Debatten wirksam begleitet und geprägt. Besonders dafür möchten wir Ihnen ganz herzlich danken, dass Sie in den vielen Jahren hier entscheidend dazu beigetragen haben, das Land weiterhin voranzubringen. Auch für Ihren weiteren Lebensweg wünschen wir Ihnen in Zukunft alles Gute, Gesundheit und viel Freude in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Ich möchte aber nicht vergessen und es auch noch einmal bekannt geben, Sie haben in unserem Landtag 102 Reden gehalten, waren in vielen Ausschusssitzungen und haben sich dort eingebracht. Also vielen Dank noch einmal.

Wir sind somit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Montag, den 6. Oktober 2008, 11.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13.02 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Norbert Baunach, Rudolf Borchert, Vincent Kokert, Dr. Marianne Linke, Beate Schlupp, Karin Strenz, Dr. Gottfried Timm und Udo Timm.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion der NPD Nationale Identität statt Multi-Kulti-Extremismus

– Drucksache 5/1790 –

Jastimmen

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino
Pastörs, Udo

Lochner-Borst, Ilka
Löttge, Mathias
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Seidel, Jürgen
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning
Waldmüller, Wolfgang

DIE LINKE

Neinstimmen

SPD

Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Gramkow, Angelika
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Měšťan, Gabriele
Dr. Methling, Wolfgang
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Leonhard, Gino
Ratjen, Sebastian
Reese, Sigrun
Roof, Michael
Schnur, Toralf

CDU

Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kuhn, Werner
Lenz, Burkhard
Lietz, Matthias
Liskow, Egbert

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	58
Gültige Stimmen	58
Jastimmen.....	6
Neinstimmen.....	52
Enthaltungen.....	-